

Willy Klages

**Offene Fragen
der
Geschichte**

**Das
Heilige Römische Reich
Deutscher Nation
von
1816 bis 1913**

Sonderheft Nr. 23



**Das
Heilige Römische Reich
Deutscher Nation
von
1816 bis 1913**

Sonderheft Nr. 23

Die Habsburger, Teil 3

Inhaltsverzeichnis	Seite
Chronik des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation von 1816 bis 1913	2-90
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	91-93

Chronik des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation von 1816 bis 1913

"Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten gerade an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen".

Josef Strasser (1870-1935, österreichischer Politiker und Journalist)

1816

Europa: Im 19. Jahrhundert verschlimmern sich die sozialen und wirtschaftlichen Probleme dramatisch, weil das Bevölkerungswachstum in Europa rapide ansteigt.

Deutscher Bund: In den deutschen Staaten erhöht sich die Bevölkerung von rd. 24,8 Millionen Einwohnern im Jahre 1816 auf rd. 39,4 Millionen Einwohnern im Jahre 1864 und auf rd. 64,9 Millionen Einwohner im Jahre 1910 (x056/201).

Die mittlere Lebenserwartung der Deutschen erhöht sich vom 18. Jahrhundert bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts um rd. 14 Jahre (x141/19,164): >>18. Jahrhundert = 32,5 Jahre, 1871/80 = 37,0 Jahre, 1881/90 = 38,7 Jahre, 1891/1900 = 42,3 Jahre und 1901/10 = 46,6 Jahre.<<

Der deutsche Staatswissenschaftler C. L. von Haller schreibt im Jahre 1816 in seinem Buch "Restauration der Staatswissenschaften" (x056/185):

>>1. Die Fürsten ... herrschen nicht aus anvertrauten, sondern aus eigenen Rechten. ... Es ist ihnen keine Gewalt von dem Volk übertragen worden, ... sie besitzen diese Macht ... durch sich selbst, ... von der Natur. ...

2. Sie sind also nicht von dem Volk gesetzt. ... Das Volk ... (kommt) nicht vor dem Fürsten, sondern im Gegenteil der Fürst vor dem Volk, gleich wie der Vater vor seinen Kindern ...

3. Fürsten sind nicht ... bloß Oberhaupt des Staates ... (wie es das) falsche Prinzip der Volkssouveränität und delegierter Volksgewalt voraus(setzt): sondern die Fürsten sind unabhängige Herren.<<

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1816-1847 (x809/76-78): >>(Italien) ... Das Schicksal Italiens sollte auch bei der Neugestaltung Europas in keiner Weise durch Italien selbst, sondern abermals ausschließlich durch den Willen der fremden Mächte und durch die Abmachungen der Kabinette bestimmt werden. Als der hauptsächlichste Gesichtspunkt für die Ordnung der italienischen Verhältnisse galt

den Alliierten die einfache Restauration ... Die alten Dynastien waren ... sämtlich in Italien wieder zur Herrschaft gelangt, einige trugen sogar bedeutende Vergrößerungen ihres Besitzes davon.

Österreich erhielt zur Lombardei das ganze Gebiet der Stadt und des Festlandes von Venedig nebst Dalmatien; Genua fiel an den König von Sardinien, welcher im übrigen in den Besitz von Savoyen und Nizza und aller seiner früher zum Königreich Italien gehörigen Länder nach den Grenzen von 1792 gesetzt wurde; das Haus Österreich-Este gelangte wieder zur Souveränität in Modena, Mirandola, Reggio, Massa und Carrara; der Kaiserin Maria Luise von Frankreich überließ man auf Lebenszeit Parma, Piacenza und Guastalla, während die Infantin Maria von Parma zunächst mit Lucca entschädigt wurde.

Auch der Kirchenstaat wurde in allen seinen Teilen wiederhergestellt, mit Ausnahme der am linken Ufer des Po gelegenen Besitzungen, welche Österreich verblieben. Dem Erzherzog Ferdinand von Österreich fiel die Sekundogenitur (Besitzrecht) in Toskana nach den früheren Verträgen zu. In Neapel und Sizilien herrschte, wie zuvor, die bourbonische Dynastie. Die Engländer erlangten durch den Besitz Maltas ein unbestreitbares Übergewicht in den italienischen Gewässern. Eine gewisse Selbständigkeit behielten der Fürst von Monaco und die kleine Republik San Marino.

Da unter all diesen Staaten keinerlei Bündnis bestand und kaum eine Verständigung auch nur dynastischer Art zu erwarten war, so drückte die Macht Österreichs jede selbständige Regung um so mehr zu Boden, als die restaurierten Fürsten mit dem größten Widerwillen gegen die sogenannten Ideen der französischen Revolution Haß gegen politische Verfassungen und Furcht vor dem nationalen Geist verbanden.

Italiens Ruhe konnte aber unmöglich durch die Rückkehr zu den Zuständen vor der französischen Revolution gesichert sein. Trotz aller polizeilichen Überwachung und eines über ganz Italien verbreiteten Spioniersystems, dessen Fäden von Österreich geleitet wurden, entwickelte sich der Gedanke der Einheit oder doch das Bedürfnis einer föderativen Vertretung der italienischen Interessen unter den Gebildeten immer mächtiger. In wenigen Jahren war ganz Italien von einer Menge geheimer Gesellschaften durchzogen, welche ... eigenartige, wohlgegliederte Organisationen besaßen.

Darunter war die Karbonari die verbreitetste und einflußreichste, da ihre Mitglieder selbst in den höchsten militärischen und Beamtenkreisen zu finden waren. Unter den Karbonari gab es aber zwei vorherrschende Richtungen: die eine hatte mehr den inneren Ausbau freiheitlicher Zustände, die andere mehr das nationale Ziel der italienischen Einheit im Auge.

Als 1820 die spanische Revolution von Erfolg gekrönt war, fand dieselbe mächtigen Nachhall in ganz Italien und alsbald eine wohlgelungene Nachahmung in Neapel. Wie in Spanien, so war auch in Neapel das Militär der Herd der Unzufriedenheit mit den Maßregeln des despotischen Königs beider Sizilien, der sich als solcher Ferdinand I. nannte. Bei der unglaublichsten Mißverwaltung, dem Räuberunwesen und der einseitigsten Begünstigung des Klerus war die Aufpflanzung der Fahne der Empörung bei einem einzigen Regiment hinreichend, um die absolute Regierung zu stürzen. Der König willigte in die Erteilung einer Verfassung, welche derjenigen der spanischen Cortes von 1812 nachgebildet war. ...

In Laibach ... wurde 1821 die Intervention Österreichs in Neapel beschlossen. Ein österreichisches Truppenkorps stellte die sogenannte Ordnung in Neapel wieder her, indem das neapolitanische Heer und die Nationalgarden wenig Tapferkeit an den Tag legten. ...

Im Mailändischen hatte die österreichische Polizei allen Erhebungsversuchen vorgebeugt; die Grausamkeit aber, mit welcher alle Kompromittierten verfolgt und bestraft wurden, ... trugen wesentlich dazu bei, den Haß des italienischen Volkes gegen Österreich zu verallgemeinern und zu vertiefen. ...

Nach der Pariser Julirevolution 1830 hoffte man in Italien auf die Unterstützung der liberalen

Ideen durch Frankreich. Die Gärung wuchs namentlich im Kirchenstaat, wo der Papst Gregor XVI. die schärfsten Ansprüche des Pontifikats in geistlicher und weltlicher Beziehung erneuerte.

Binnen wenigen Monaten waren in den Legationen, in Umbrien, Parma, Modena, Reggio die Regierungsbehörden vertrieben, und am 26. Februar 1831 kamen die Abgeordneten der freien Provinzen Italiens zu Bologna zusammen und proklamierten die völlige Unabhängigkeit der auf der Versammlung vertretenen Länder und Provinzen von der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhles und die Einheit derselben unter einer gemeinsamen selbstgewählten Regierung.

Da die Zeiten der Kongresse vorbei waren, so nahm Österreich auf eigene Faust es auf sich, die legitimen Regierungen zu schützen. Der Herzog von Modena erschien mit seinen eigenen und österreichischen Truppen, schlug bei Carpi am 6. März 1831 die Bürgergarden in die Flucht und zog am 9. März wieder in seiner Residenz ein. Mittlerweile hatten die Österreicher den Po überschritten, besetzten Ferrara, Parma und Bologna und schlugen am 25. März die Italiener bei Rimini, so daß die provisorische Regierung abdankte und die Gewalt in die Hände des Kardinals Benvenuti niederlegte. Die Österreicher besetzten Ancona und die päpstlichen Truppen Spoleto.

Die Ruhe schien hergestellt zu sein, aber die törichte Strenge des Herzogs von Modena und des Papstes machte 1832 eine neue Intervention Österreichs nötig, nachdem die Truppen bereits zurückgezogen waren. Es lag jetzt vor den Augen Europas zu Tage, daß diese Staaten ohne fremde Hilfe und österreichische Schergendienste nicht bestehen konnten; allein der neue König, Ludwig Philipp, in Frankreich wollte seinen Thron nicht durch waghalsige Unternehmungen zu Gunsten Italiens aufs Spiel setzen und begnügte sich seinerseits mit der Besetzung Anconas, als die Österreicher keine Miene machten, 1833 die besetzten Orte des Kirchenstaates zu verlassen.

Aber die Gärung dauerte fort, nur in Parma hatte die Herzogin nach ihrer Rückkehr durch Milde und einige zeitgemäße Reformen vieles zur Versöhnung getan. Auch der König von Sardinien, Karl Albert, welcher das Vertrauen der Höfe wiedergewonnen hatte und am 27. April 1831 zur Regierung gelangt war, befolgte anfangs ein mildes und freisinniges Regierungssystem. Doch widerstand er nicht lange dem Druck Metternichs und schloß sich den gemeinsamen Reaktionsmaßregeln der Regierungen an, welche dann zu einer Reihe von Verschwörungen Anlaß gaben, die aber alle mißlangen. ...

Vorerst kam es darauf an, die Gärung nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Die Erhebungen in Neapel und in der Romagna 1843 und 1844 sorgten aber dafür, daß der erwachte Nationalgeist nicht wieder erlosch.

Als nun nach dem Tod Gregors XVI. 1846 im Kirchenstaat Pius IX. den päpstlichen Stuhl bestieg, schien eine Wendung eintreten zu sollen. Der neue Papst, aus Opposition gegen den österreichischen Einfluß gewählt, galt als der nationalen Sache nicht abgeneigt und sprach es offen aus, daß die Zustände Italiens reformbedürftig seien. Eine Partei der Kardinäle war für den Gedanken einer auf ... Selbsttätigkeit der Gemeinden gestützten Verwaltung gewonnen worden. Anfang 1847 wurde ein milderer Zensurgesetz gegeben ...

Diese schwachen Anfänge einer Reform machten den Papst in ganz Italien nicht nur populär, sondern sie regten auch überall zu Forderungen gleicher Art gegenüber den Regierungen an. Namentlich in dem österreichischen Italien erlangte die oppositionelle Stimmung eine bis dahin nicht gekannte Höhe und verschaffte sich zunächst durch kleinliche, aber doch verständliche Mittel, wie das geheime Verbot des Rauchens österreichischen Tabaks, Geltung. ...<<

1817

Europa: Die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts wird in erster Linie durch die Machtkämpfe zwischen absoluter Monarchie und Volkssouveränität sowie durch große Na-

tionalitätenkonflikte und Nationalismus geprägt. In jener Zeit entstehen viele historische Wörterbücher. Man sammelt Volkslieder und Märchen oder studiert verstärkt die nationale Geschichte. In den deutschen Staaten werden die nationalen und demokratischen Bewegungen vor allem von den studentischen Bewegungen unterstützt.

Deutscher Bund: Am 18. und 19. Oktober 1817 versammeln sich etwa 500 Studenten der "Deutschen Burschenschaften" (1815 von jungen Kriegsteilnehmern in Jena gegründet, Farben = "Schwarz-Rot-Gold") im 300. Jahr der Reformation und zum 4. Jahrestag der Leipziger Völkerschlacht auf der Wartburg bei Eisenach. Ihr Wahlspruch lautet: "Ehre, Freiheit, Vaterland."

Die deutschen Burschenschaften fordern während des Wartburgfestes in erster Linie die Einheit Deutschlands und freiheitliche Bürgerrechte (x239/114): >>Deutschland ist eins und soll nur einen Sinn und ein Herz haben. ...

Der Wille des Fürsten ist nicht das Gesetz des Volkes, sondern das Gesetz des Volkes soll der Wille des Fürsten sein. ...

Freiheit und Gleichheit ist das Höchste, wonach wir zu streben haben. ...

Der 13. Artikel (der Bundesakte) kann keinen anderen Sinn haben, als daß das deutsche Volk auch frei gewählte Vertreter unter der Sanktion der deutschen Fürsten seine Verhältnisse ordnen, die Gesetze beschließen, die Abgaben bewilligen soll.

Jeder, von welchem der Staat Bürgerpflichten fordert, muß auch Bürgerrechte haben. ...

Das Recht in freier Rede und Schrift seine Meinung ... zu äußern, ist ein unveräußerliches Recht jedes Staatsbürgers. ...

(Wir wollen) uns der untersten Klassen der Gesellschaft um so lebendiger annehmen, je tiefer sie im Elend sind. ...<<

Ein Student der "Deutschen Burschenschaften" erklärt während der Eröffnungsrede am 18. Oktober 1817 (x233/41): >>... "4 Jahre sind seit jener Schlacht verflossen; das deutsche Volk hatte schöne Hoffnungen gefaßt, sie sind alle vereitelt; alles ist anders gekommen. ...

Von allen Fürsten Deutschlands hat nur einer sein gegebenes Wort gelöst, der, in dessen freiem Lande wir das Siegesfest begehen.

Über solchen Ausgang sind viele wackere Männer kleinmütig geworden, ... ziehen sich zurück vom öffentlichen Leben, das uns so schön zu erblühen versprach. ...

Nun frage ich euch, die ihr hier versammelt seid, ... ob ihr solcher Gesinnung beistimmt? Nein! Nun und nimmermehr! ...

Der Geist, der uns hier zusammenführt, ... soll uns leiten durch unser ganzes Leben, ... daß uns nicht blenden soll der Glanz des Herrscherthrones, zu reden das starke freie Wort, wenn es Wahrheit und Recht gilt!" ...<<

Am Ende der Feier rufen die Studenten der "Deutschen Burschenschaften" am 19. Oktober 1817 zum Zusammenschluß aller Deutschen auf (x253/146): >>Liebe Freunde!

Diesen Augenblick der Rührung und Stimmung müßt ihr nicht verrauchen lassen. Jetzt werdet ihr einig oder niemals. Eine Schande ist es, durch Studieren es nicht weiter gebracht zu haben, als ein Thüringer, ein Hesse, ein Franke, ein Schwabe, ein Rheinländer geblieben zu sein. Ihr sollt und könnt weiter nichts sein als gebildete Deutsche, die sich alle gleich sind. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über das "Wartburgfest" (x816/401-402): >>Wartburgfest heißt das am 18. Oktober 1817 auf der Wartburg gefeierte Fest, welches von der Jenaer Burschenschaft angeregt wurde, um die dritte Säkularfeier der Reformation mit der Feier der Leipziger Schlacht zu verbinden und dadurch die innere Verwandtschaft der religiösen Befreiung vom Papsttum mit der nationalen von der französischen Fremdherrschaft anzudeuten; Abgeordnete von allen Universitäten wurden dazu eingeladen.

Der Großherzog Karl August gab seine Einwilligung, und so zogen am 17. Oktober 1817 etwa 500 Studenten von den meisten deutschen Universitäten (200 allein von Jena) in Eisenach ein.

Nachdem sich die Studenten am 18. Oktober früh um 6 Uhr auf dem Markt zu Eisenach gesammelt hatten, zogen sie auf die Wartburg, wo im Rittersaal in Gegenwart der Professoren Schweitzer, Oken, Kieser und Fries aus Jena das Lutherlied "Ein' feste Burg ist unser Gott" gesungen und vom Studenten der Theologie Riemann aus Mecklenburg eine Rede gehalten wurde.

Am Nachmittag hielt Generalsuperintendent Nebe in Eisenach einen Festgottesdienst. Am Abend einten sich die Studenten zu einem Fackelzug nach dem nahen Wartenberg, um daselbst die gewohnten Siegesfeuer für die Leipziger Schlacht anzuzünden, wobei mehrere Reden für Deutschlands Ruhm und Größe gehalten wurden.

Schon hatte sich die Mehrzahl der Beteiligten entfernt, als von einigen zurückgebliebenen Studenten ohne Wissen des festordnenden Ausschusses der Einfall ausgeführt wurde, verschiedene Schriften oder die Titel von solchen (unter anderen von Schmalz, Kamptz, von Ancillon, von Kotzebue, von Haller, Dabelow, der Code Napoléon), zusammen 28, die mit der allgemeinen Volksstimmung im Widerspruch zu stehen schienen, dazu eine Schnürbrust, auf das übliche Schnüren der Offiziere zielend, einen Haarzopf, auf die Zöpfe in Hessen deutend, und einen Korporalstock den Flammen zu übergeben.

Am 19. Oktober begaben sich die in Eisenach zurückgebliebenen Studenten wieder auf die Wartburg, wo einige Reden gehalten wurden. Zuletzt genoß man das Abendmahl in einer Kirche zu Eisenach.

Das Wartburgfest machte in Deutschland, ja in ganz Europa ungemeines Aufsehen. Die Schriftsteller deren Werke verbrannt worden waren, schlugen ungeheueren Lärm, und an die Staatsregierungen ergingen Denunziationen über auf der Wartburg gestiftete geheime staatsgefährliche Verbindungen; seitens der deutschen Großmächte wurde der Großherzog von Weimar veranlaßt, gegen Fries und Oken eine Kriminaluntersuchung einzuleiten.

Obschon beide freigesprochen wurden, gründete doch Alexander Sturza zum Teil mit hierauf seine Anklage der deutschen Hochschulen, und durch Sands blutige Tat (im März 1819) erhielt die Wartburgfeier neue Bedeutung und trug viel zu den Maßregeln bei, welche die Regierungen gegen die deutschen Akademien und namentlich gegen die Burschenschaften ergriffen.<<

Ungarn: Ferenc Kölcsey (1790-1838) verfaßt 1817 oder 1823 den Text der späteren Nationalhymne Ungarns (x230/187):

>>Segne, Herr, mit frohem Mut
Reichlich den Magyaren.
Schütze ihn gegen Feindeswut
In des Kampf's Gefahren.
Gönn' nach langem Mißgeschick
Ihm ein Jahr der Freude.
Hat's bezahlt, der Zukunft Glück,
Mit vergang'nem Leide.<<

1819

Deutscher Bund: Der Theologiestudent Karl Ludwig Sand (1795-1820, hingerichtet) erdolcht im Jahre 1819 in Mannheim den bekannten Schriftsteller August von Kotzebue (1761-1819, ab 1789 russischer Staatsrat und Spion des Zaren) wegen burschenschaftsfeindlicher Artikel.

Der preußische Gesandte in Baden berichtet damals über die ersten Reaktionen nach der Ermordung Kotzebues (x239/115): >>Die Aufregung und Bestürzung über das furchtbare Ereignis war allgemein. ... Dazu kam die Nachricht, in Mannheim sei fast die ganze Bevölkerung für ihn (Sand) gestimmt, preise den begangenen Mord als die Heldentat eines edlen vaterländischen Jünglings. ...

Wie ein Märtyrer wurde er gefeiert, ihm wurden Blumen und Erfrischungen gesandt, das Volk

sammelte sich ... und rief ihm Lebehoch und Beifall, eifrige Katholiken beteten öffentlich für sein Seelenheil. ...

In Berlin ... wußte man sich auf unsicherem, unterhöhltem Boden. ... Man wußte, daß es geheime Vereine gab und glaubte sie mächtig und furchtbar. ... Die Größe der Furcht weckte hier den Mut, ihr zu begegnen, ... um staatsgefährliche Dinge zu entdecken, zu bestrafen. ...<<
Fürst von Metternich setzt nach der Ermordung Kotzebues im Jahre 1819 die sog. "Karlsbader Beschlüsse" durch, um die vermeintliche deutsche Aufstandsbewegung der Lehrer und Studenten zu zerschlagen (x056/185-186): >>Die Bundesregierungen verpflichten sich ... Universitäts- und andere Lehrer, die ... durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen bestehender Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit ... an den Tag gelegt haben, von den Universitäten oder Lehranstalten zu entfernen. ...

Die bestehenden Gesetze gegen geheime ... Verbindungen auf den Universitäten sollen ... auf den ... unter dem Namen der Allgemeinen Burschenschaften bekannten Verein ... ausgedehnt werden. ...

(Es) dürfen Schriften, die in der Form täglicher Blätter oder heftweise erscheinen, desgleichen solche, die nicht über 20 Bogen im Druck stark sind, in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen ... der Landesbehörden zum Druck befördert werden.

Zentraluntersuchungskommission zu Mainz

Ihre Aufgabe ist: Untersuchung und Feststellung ... der gegen die bestehende Verfassung und innere Ruhe ... des ganzen Landes (und) ... einzelner Bundesstaaten gerichteten revolutionären Umtriebe und demagogischen (hetzerischen) Verbindungen.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die "Karlsbader Beschlüsse" (x809/542): >>Karlsbader Beschlüsse, die von dem zu Karlsbad abgehaltenen deutschen Ministerkongreß (Karlsbader Konferenzen 6.-31. August 1819) verabredeten und am 20. September vom deutschen Bundestag angenommenen Beschlüsse, welche gegen die Freiheit der Universitäten (Überwachung der Lehrer, der Disziplin und der Studierenden durch besondere Kuratoren), gegen die Freiheit der Presse (strenge Zensur aller nicht über 20 Bogen starken Schriften), gegen die freisinnige Auslegung des Art. 13 der Bundesakte über die landständischen Verfassungen in den deutschen Bundesstaaten (Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzips) gerichtet waren und zur Untersuchung "des Ursprungs und der mannigfachen Verzweigungen der gegen die bestehende Verfassung und innere Ruhe sowohl des ganzen Bundes als einzelner Bundesstaaten gerichteten revolutionären Umtriebe und demagogischen Verbindungen" eine Zentral-Untersuchungskommission einsetzten.

Sie wirkten besonders durch die sogenannten Demagogenverfolgungen auf die politische Entwicklung des deutschen Volkes höchst nachteilig, indem sie den Aufschwung, den dasselbe seit den Freiheitskriegen genommen (hatte), völlig lähmte und Mißtrauen und Unzufriedenheit großzogen. Am 2. April 1848 hob der Bundestag, vom Vorparlament dazu genötigt, diese wie alle anderen Ausnahmebeschlüsse wieder auf.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtet später über die "Karlsbader Beschlüsse" (x283/166): >>... Metternich ... witterte eine deutschlandweite Verschwörung blutigieriger Jakobiner zur Ausrottung des Adels. Er sprach von "Terrorismus" und benutzte die Tat dankbar und wirksam zur Panikmache unter den Fürsten, um "die möglichste Partie aus ihr zu ziehen" so am 9. April 1819 zu Friedrich von Gentz, der ihm geraten hatte, den Fall propagandistisch auszuschlachten. Dem stimmte Metternich zu. In dieser Sache werde er "nicht lau vorgehen".

Die Folge waren die von Metternich angeregten, von Gentz formulierten und durch den Frankfurter Bundestag prompt abgesetzten Karlsbader Beschlüsse.

Die deutsche Burschenschaft, die Professoren als "Ideengeber" und mit ihnen die akademische

Welt überhaupt, die Turner- und Sängerbewegung gerieten unter Terrorismusverdacht und wurden von den obrigkeitlichen Signatarmächten von Karlsbad kriminalisiert, polizeilich überwacht und verfolgt.

Die populärsten Patrioten, die alles andere als Jakobiner waren, wurden als "Demagogen" gebrandmarkt: Ernst Moritz Arndt kam vor Gericht, der Turnvater Jahn in Spandau hinter Schloß und Riegel, der Nationalökonom Friedrich List wurde zu Festungshaft verurteilt, der Germanist Hoffmann von Fallersleben amtsenthoben und verbannt, der Theologe Schleiermacher und andere Professoren wurden ihrer Papiere beraubt.

Presse und Buchdruck standen unter Zensur, die öffentliche Meinung war zum Schweigen gebracht. In Mainz wurde als "Inquisitionsbehörde" eine Zentraluntersuchungskommission eingesetzt. Das hielt sich bis zur Märzrevolution 1848. Sie zeigte, daß die nationalliberale Bewegung nicht endgültig aufzuhalten war. ...<<

Infolge der Karlbader Beschlüsse werden in allen Staaten des Deutschen Bundes die Burschenschaften aufgelöst und strenge Pressekontrollen durchgeführt. Da man nach der französischen Besatzungszeit das gefürchtete, aber äußerst wirksame französische Polizei- und Spitzelsystem in den deutschen Staaten beibehalten hat, verfügen fast alle deutschen Fürsten über schlagkräftige Polizeiformationen und erfolgreiche Überwachungssysteme. Die Polizeispitzel sind praktisch überall. Auch die Kirche beteiligt sich tatkräftig an diesen "Sicherheitsmaßnahmen". Die katholische Kirche setzt für diese Sonderaufgaben vor allem die gutausgebildeten Jesuiten ein.

Die vermeintlichen deutschen Revolutionäre und Unruhestifter werden systematisch verfolgt und nicht selten grundlos verhaftet. Zahlreiche Anführer der deutschen Freiheitsbewegungen verurteilt man zu langen Zuchthausstrafen. Viele deutsche Nationalisten lassen sich jedoch trotz aller Polizeiverfolgungen nicht einschüchtern. Ungeachtet der jahrelangen Schikanen und Unterdrückungsmaßnahmen breitet sich allmählich ein gewisses Nationalgefühl aus.

Ein Österreicher, der damals nach Amerika flieht, berichtet später über das damalige Spitzelsystem in Österreich (x254/96): >>... Der Kaiser ist nicht nur bestrebt, die Beamten ausspionieren zu lassen, sondern dieses Erkundigungssystem wird überall gehandhabt. Für jede der Polizei hinterbrachte Meldung erhalten Dienstboten einen oder zwei Dukaten.

Jeder Hoteldiener ist ein bezahlter Spion; es gibt Spione, die dafür entlohnt werden, an der Wirtstafel zu horchen, und die Buchhandlungen werden von Spionen heimgesucht, welche sich über die Einkäufe der Kunden unterrichten lassen. Selbstverständlich werden alle nur im geringsten verdächtigen Briefschaften geöffnet.<<

Deutsche Kaufleute und Fabrikanten bitten die Frankfurter Bundesversammlung im Jahre 1819 in einer "Alleruntertänigsten Bittschrift", die Zölle und Straßengebühren innerhalb Deutschlands aufzuheben (x239/78): >>... In einem Lande, wo ... die Mehrzahl der Fabrikanten entweder eingegangen ist oder ein sieches Leben kümmerlich dahinschleppt, wo die Messen und Märkte mit Waren fremder Nationen angefüllt sind, wo die Mehrzahl der Kaufleute fast untätig geworden ist, bedarf es da noch näheren Beweises, daß das Übel den höchsten Grad erreicht habe?

Entweder liegt die Ursache dieses schauerlichen Zerfalls deutscher Gewerbe und Handlung im einzelnen oder in der gesellschaftlichen Ordnung. Wer aber mag den Deutschen zeigen, daß es ihm an Kunstsinn und Fleiß fehle? ... Wer mag ihm Unternehmensgeist absprechen? ...

Einzig in den Mängeln der gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland suchen und finden wir die Ursache des Übels. ...<<

Der schwäbische Nationalökonom Friedrich List (1789-1846, Selbstmord) kämpft im Jahre 1819 ebenfalls für eine deutsche Zollunion und den Ausbau der Eisenbahn (x253/133): >>... Achtunddreißig Zolllinien in Deutschland bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in eine

anderes überfließe. Um von Hamburg nach Österreich, von Berlin in die Schweiz zu handeln, hat man 10 Zollordnungen zu studieren, zehnmal Zoll zu bezahlen.

Wer aber das Unglück hat, an einer Grenze zu wohnen, der verlebt sein ganzes Leben unter feindlich gesinnten Zöllnern, der hat kein Vaterland. Kleine Staaten liegen überall an der Grenze, daher sind diese 38 Linien dem deutschen Volke so unsagbar schädlich.<<

Friedrich List wird 1822 wegen seiner "revolutionären Ideen" zu Festungshaft verurteilt und wandert später vorübergehend nach Amerika aus.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Friedrich List (x810/830-831):
>>List, Friedrich, deutscher Nationalökonom, geboren am 6. August 1789 zu Reutlingen, arbeitete sich vom Schreiber bis zum Oberrevisor am Oberamt in Tübingen empor, hörte seit 1816 noch akademische Vorlesungen und erhielt 1818 die dort neuerrichtete Professur für Staatskunde und Staatspraxis.

Wegen seiner politischen Wirksamkeit in der Presse von der Regierung zur Rechenschaft gezogen, legte er 1819 sein Amt nieder und nahm die Stelle eines Konsulenten des Deutschen Handelsvereins an, dessen Mitbegründer er gewesen war. Von seiner Vaterstadt 1820 in die Kammer gewählt, wurde List wegen einer ... Petition an die Stände, welche eine Reihe von Mißständen in Verwaltung und Rechtspflege rügte, im Februar 1821 seiner Stellung als Abgeordneter enthoben und am 6. April 1822 zu zehnmonatlicher Festungsstrafe verurteilt. Er entfloh nach dem Elsaß, kehrte aber nach dritthalbjährigem Aufenthalt daselbst und in der Schweiz in die Heimat zurück und trat seine Haft auf dem Asperg an.

Nach einigen Monaten aber erhielt er (1825) auf sein Nachsuchen die Erlaubnis zur Auswanderung nach Amerika, wo er sich bei Harrisburg ankaupte. ... Nachdem er auf einem Ausflug in die Blauen Berge Pennsylvanias ein Kohlenlager entdeckt hatte, verband er sich 1830 mit anderen zur Ausbeutung desselben ... und zur Gründung einer Eisenbahn von Tamaqua bis Port Clinton. Überhaupt entfaltete List auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens, dessen Bedeutung er schon frühzeitig klar erkannte, eine ausgedehnte, insbesondere die planmäßige Bildung ganzer Schienennetze erstrebende Tätigkeit.

1833 zum amerikanischen Konsul in Leipzig ernannt, rief er hier ... das "Staatslexikon" ins Leben und wirkte durch die Presse, z.B. in der Schrift "Über ein sächsisches Eisenbahnsystem als Grundlage eines allgemeinen deutschen Eisenbahnsystems" (Leipzig 1833), zunächst für das Projekt der Leipzig-Dresdener Eisenbahn. Gleichwohl vermochte er bei derselben keine Anstellung zu finden.

1837 begab er sich nach Paris, von wo aus er sich an der "Allgemeinen Zeitung", der "Deutschen Vierteljahrsschrift" etc. beteiligte.

1840 nach Stuttgart zurückgekehrt, arbeitete er, jedoch ohne Erfolg, gemeinschaftlich mit Joseph Meyer in Hildburghausen für (den) Ausbau einer Eisenbahn von Nürnberg über Bamberg, Hildburghausen, Kassel nach den Hansestädten.

In Augsburg, wohin er 1842 übersiedelte, schrieb er "Das nationale System der politischen Ökonomie" (Stuttgart 1841, Band 1). In derselben setzte er der Lehre des Adam Smith, nach welcher möglichst viele Tauschwerte erzielt werden müßten, seine Theorie der produktiven Kräfte entgegen, nach welcher jedes Volk in erster Linie seine eigenen Kräfte zu heben habe, wenn auch zunächst mit Verzichtleistung auf Gewinn an Tauschwerten.

Auf diesem Gedanken baute er seine Forderung des Zollschutzes für eine junge, noch aufstrebende Industrie auf. Anfang 1843 begründete er sein "Zollvereinsblatt", in welchem er den Krieg gegen den Freihandel fortsetzte.

Vergeblich bewarb er sich in Württemberg, wo er endlich vollständig amnestiert worden war, in Bayern sowie in Wien, wo er 1844-45 verweilte, um eine Anstellung; auch eine 1846 nach England unternommene Reise, um den in seiner Denkschrift über eine Allianz zwischen Großbritannien und Deutschland entwickelten Gedanken praktisch zu verfolgen, blieb ohne

Ergebnis. Tief verstimmt und körperlich leidend, suchte er auf einer Alpenreise Erholung, kam aber nur bis Kufstein, wo er am 30. November 1846 seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende machte.

Lange entschieden bekämpft, hat List als Verfechter des Protektionssystems in der neueren Zeit, als seine Ausführungen praktisch verwertet werden konnten, allgemeine Anerkennung gefunden.<<

1820

Kirchenstaat: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der "Jesuiten" von 1820-1884 (x809/210-212): >>... In letzterem Land (Spanien) hatte zwar die liberale Bewegung im März 1820 ihre abermalige Vertreibung, die Herstellung des Absolutismus 1823 aber auch ihre Rückkehr zur Folge. Abermals wurde der Orden 1835 und 1868 in Spanien verboten. ...

In Frankreich gewährte ihnen selbst die Restauration bloß Duldung, und infolge der Julirevolution wurde der Orden für alle Zeiten aufgehoben. Gleichwohl bestanden sie auch unter Ludwig Philipp mehr oder weniger offen fort. Ihre beiden Provinzen waren Lyon und Francia (Gebiet zwischen Seine und Maas) ... sowie Missionen in Afrika, Syrien und Indien. Das Gesamtpersonal dieser beiden Provinzen betrug am 1. Juli 1845: 351 Priester, 202 Scholaren und 182 Laienbrüder.

Zwar wurden die französischen Jesuiten infolge der Kammerverhandlungen von 1845 unter Auflösung der Kollegien in die Kategorie des ordentlichen Klerus zurückgeführt und unter die Autorität der Bischöfe und Pfarrgeistlichen gestellt; allein ihr Einfluß trat besonders unter Napoleon III. wieder im gleichen Verhältnis mit der wachsenden Macht des Klerus hervor. Bei ihrer Austreibung 1880 betrug ihre Zahl in Frankreich 2.464; sie verfügten über 60 Institute.

In Belgien, wo die Jesuiten bei der Revolution von 1830 sehr tätig gewesen waren, haben sie seitdem immer größeren Einfluß erlangt und fast das ganze Unterrichts- und Erziehungswesen an sich gerissen. Zentralstätte ihrer Wirksamkeit ist die Universität Löwen.

In England besitzen sie seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts Kollegien mit Erziehungsanstalten zu Stonyhurst bei Preston in Lancashire und zu Hodderhouse.

In Irland errichteten sie seit 1825 Ordenshäuser und Schulen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist ihr Einfluß ebenfalls im Zunehmen begriffen, ebenso in Südamerika trotz wiederholter Verbote und Austreibungen. Ungünstiger gestalten sich die Verhältnisse in Mexiko, wo der Orden 1868 verboten wurde.

In Rußland erfolgte, nachdem sie ihrer Umtriebe wegen schon durch Ukas vom 1. Januar 1817 aus Petersburg und Moskau verwiesen worden (waren), durch Ukas vom 25. März 1820 ihre Aufhebung im ganzen russischen Reich und für immer.

Ebenso ist ihr Einfluß in Italien, wo Viktor Emanuel I. von Sardinien sie begünstigte, seit der Umwälzung von 1859 im Sinken begriffen; jetzt sind sie auf Rom beschränkt, seitdem der Orden im gesamten Königreich Italien gesetzlich aufgehoben ist.

In der Schweiz fanden sie zuerst im Kanton Freiburg Aufnahme und gründeten schon 1818 daselbst ein Kollegium. Später faßten sie auch in anderen Kantonen, namentlich in Luzern, Fuß; doch hatte ihre offizielle Berufung dorthin (Herbst 1844) erst die Gründung des Sonderbundes, dann aber auch den Sonderbundskrieg und damit einen ihnen entschieden ungünstigen Umschwung der gesamten politischen Verhältnisse der Eidgenossenschaft zur Folge. Trotz ihrer Austreibung aus der ganzen Schweiz gibt sich ihr Einfluß aber noch hier und da, namentlich im Kanton Freiburg, kund.

In Deutschland fanden sie Aufnahme zunächst in Innsbruck, Graz und Linz und für einige Zeit auch in Anhalt-Köthen, als dessen Fürst zum katholischen Glauben übertrat. In Bayern waren sie als Redemptoristen geduldet und unter dem Ministerium Abel entschieden begünstigt; unter demselben Namen hatten sie auch in Österreich Erziehungsanstalten gründen dürfen.

Die politische Reaktion nach 1848, ... welche der revolutionären Aufregung folgte, war der Gesellschaft Jesu so günstig, daß sie durch Missionen und durch die geflissentliche Hervorhebung ihres die Revolution bekämpfenden Wirkens ihren Einfluß selbst über die Grenzen des katholischen Deutschland hinaus geltend gemacht hat.

In Österreich hatten die Jesuiten bereits 1854 wieder drei Kollegien, und 1857 erhielten sie auch die theologische Fakultät zu Innsbruck übertragen. In Bayern, Preußen und in den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz haben sie seit 1850 besonders als Reiseprediger eine große Tätigkeit entwickelt, und namentlich in der Rheinprovinz und in Westfalen war ihr Einfluß von Jahr zu Jahr in auffälligstem Wachstum begriffen.

Aber die goldenen Tage der Jesuiten sollten erst in den späteren Zeiten der Regierung Pius' IX. (1846 bis 1878) anbrechen, welcher mit der Zeit ganz unter ihren Einfluß geriet. Neben ihm, dem "weißen Papst", regierten in Rom als "schwarzer Papst" der Jesuitengeneral, Pater Roothaan (1829-53), und sein Nachfolger, Pater Beckx (bis 1884).

In der Tat hat der Jesuitenorden es im Verlauf der 60er Jahre dahin gebracht, daß er unter, mit und durch Papst Pius IX. sein Prinzip zum herrschenden in der Kirche machen konnte. Die katholische Presse ... läßt keinen Zweifel darüber, daß die herrschende Meinung in der Kirche genau den Ideen Gregors VII. und Bonifacius' VIII. entspricht. Schon 1854 wurde das von den Jesuiten gegen die Dominikaner verfochtene Dogma von der unbefleckten Empfängnis der Maria vom Papst kanonisiert. ...

Erst die Jesuiten haben die ultramontane Theologie aus dem Gebiet der bloßen Spekulation in das praktische Leben zu übertragen und zur äußerlichen Geltung in der Kirche zu bringen gewußt, bis sie endlich 1870 ihr Werk mit der Proklamierung der päpstlichen Unfehlbarkeit krönten. Gleichzeitig bewiesen die von ihnen eingeführten Lehrbücher, wie z.B. die berüchtigte "Moral" vom Pater Gury, daß auch noch die alte Unart kasuistischer Verdrehung und Entstellung des Sittengesetzes zu Gunsten des Ordensinteresses und der äußerlichen kirchlichen Observanz bei ihnen in vollem Schwange war.

Steht es auch buchstäblich in keinem dieser Lehrbücher geschrieben, so faßt man doch den Geist derselben mit Recht in dem Grundsatz zusammen, daß der Zweck die Mittel heilige. Eingekleidet wird dieser Grundsatz in die alte Losung des Ordens, wonach sein letzter Zweck die größere Ehre Gottes ist, sämtliche Mittel, sie zu vergrößern, daher gut sein müssen, was natürlich unter der Voraussetzung zu verstehen ist, daß der Orden allein wisse, was zur größeren Ehre Gottes dient.

Jedenfalls verzichtet die jesuitische Moraltheologie gänzlich auf das Gesetz, welches die sittliche Natur des Menschen mit sich bringt, und gibt anstatt dessen ein Strafgesetzbuch, in welchem die verschiedenen Gewissensfälle sämtlich spitzfindig erörtert und zu Gunsten des kirchlichen Interesses entschieden werden.

Ein besonders charakteristischer Zug liegt dabei in ... der Lehre, daß in solchen Fällen, wo das Urteil über eine Sache Gründe für sich wie gegen sich hat, dasjenige ohne Gewissensnot ... als "wahrscheinlich" richtig angenommen werden dürfe, was auch nur einige oder nur ein einzelner angesehener Theologe billigen.

Ferner wird jeder Überschreitung innerlicher Moralität dadurch Tür und Tor geöffnet, daß gelehrt wird, der sittliche Charakter jeder einzelnen Handlung werde durch die dabei obwaltende Absicht bestimmt, so daß unter Umständen die Übertretung sämtlicher Gebote gerechtfertigt erscheint. Endlich wird jede Wahrhaftigkeit des Verkehrs dadurch zerstört, daß bei Eiden, Versprechungen oder Zeugnissen ein geheimer Vorbehalt und Zweideutigkeit des Ausdrucks als zulässig gelten.

Zu der wachsenden Empörung, welche diese in Predigt, Beichtstuhl und Jugendunterricht verbreiteten Grundsätze allmählich hervorriefen, trat nun aber seit 1871 ein politischer Gesichtspunkt, welcher in den Jesuiten eine Gefahr für das neue Deutsche Reich erkennen ließ. ...

Schon gegen den Norddeutschen Bund hatte der Orden in Frankreich und Österreich zum Kriege geschürt.

Dann suchte er in steigendem Maß bei den Wahlen, in der Volksvertretung und im kirchlichen und bürgerlichen Gemeinwesen seine antinationalen und staatsfeindlichen Zwecke zu fördern, was um so gefahrdrohender erschien, als seit der Unterwerfung der deutschen Bischöfe unter die vatikanischen Dekrete auch die übrige katholische Geistlichkeit, selbst wo sie den Jesuiten durchaus nicht günstig gestimmt war, sich den Zielen des Ordens dienstbar machen lassen. Unter diesen Verhältnissen schien ihre Ausweisung Pflicht der Selbsterhaltung, sie erfolgte durch das Reichsgesetz vom 4. Juli 1872. ...<<

1821

Italien: Im Auftrag der "Heiligen Allianz" schlugen österreichische Truppen im Jahre 1821 die Revolutionen in Piemont, Neapel und Venetien nieder.

1823

Deutscher Bund: Heinrich Freiherr von Gagern (1799-1880, 1848 zum Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung gewählt), der nach längerer Abwesenheit im Jahre 1823 aus den Niederlanden zurückkehrt, berichtet über die Unterdrückungspolitik in den deutschen Staaten (x233/41-42): >>... Die Ströme, die Berge, die alten Türme erkenne ich noch, aber die Menschen nicht mehr. ...

Als ich hier anfangs, noch unbekannt mit den neuen Verhältnissen, nach alter Gewohnheit von der Politik des Tages reden wollte, erhielt ich kaum eine Antwort; der Eine wich aus, der Andere brach ab, viele stahlen sich weg. –

Wo niemand über öffentliche Angelegenheiten öffentlich spricht, da ist gewiß keine Freiheit; wenn aber gebildete Männer selbst in der Mitte ihrer Bekannten solche Gegenstände zu berühren vermeiden, ... dann hat entweder die feige Selbstsucht oder der Despotismus den Gipfel erreicht. ...

Die Zeitungen stehen alle unter strenger Zensur, sie sind so bleich, daß ein geübtes Auge dazu gehört, um einen Unterschied der Farbe zu erkennen. Sie liefern selten selbständige Artikel, sondern enthalten meistens nur Auszüge aus fremden Blättern – und dienen den Regierungen als Anschlagbretter.

Man hat die Universitäten ihrer Freiheit beraubt. ... Ausgezeichnete Lehrer sind entfernt ... – in den Hörsälen der Philosophie, der Geschichte, des Staatsrechts horcht der Verdacht. ...

Überall ist die Polizei mit ihren Spionen tätig – selbst die Briefe werden geöffnet. Eine eigene Inquisition ist eingesetzt, um Verschwörungen nachzuspüren, die nirgends existieren. ...

Daher liefern die Berichte der Mainzer Kommission nichts als den Thermometer des Hasses, und den Maßstab, wie sehr der gegenwärtige Zustand im Widerspruch ist mit den Meinungen und Wünschen aller. ...<<

1828

Königreich Württemberg: Moritz Mohl (1802-1888, deutscher Nationalökonom, 1871-73 Mitglied des Reichstages) berichtet im Jahre 1828 über die Kinderarbeit in der württembergischen Landwirtschaft und in der Gewerbeindustrie (x239/88): >>Die Nachlässigkeit, womit die Kinder der Fabrikarbeiter in ihren ersten Lebensjahren behandelt werden mögen, kann nicht größer sein, als die schreckliche Verwahrlosung, welche in Gegenden ländlicher Überbevölkerung Kinder von Eltern erfahren, denen ... (es) an Mitteln fehlt. ...

Bei dem kleinen Grundbesitze der Eltern ... müssen sie (im) Sommer mühselig Futter für Vieh an Straßen und Hecken, (im) Winter Brennmaterial in Feld und Wald sammeln. ...

Noch unerwachsen müssen Knaben in Weingegenden Butten von Erde den Berg hinan, ... in unmäßigen Ladungen, kleine Mädchen schon Futterbündel und andere Lasten schleppen und häufig zeigen ein verkrüppelter Körperbau ... die ... Folgen einer solchen ... Anstrengung.

Dabei schlechte und unreinliche Kleidung, oft kaum mehr als Lumpen, häufig keine Fußbe-

deckung, schlechte Nahrung und schlechte Betten. ...

Mögen die Kinder von Fabrikarbeitern vielleicht ein paar Jahre früher und zu einer einförmigeren Arbeit angehalten werden, immer werden sie weniger zu beklagen sein. ...<<

1831

Deutscher Bund: Julius Mosen (1803-1867, deutscher Schriftsteller) verfaßt im Jahre 1831 das Gedicht "Der Trompeter an der Katzbach" (x273/135-136):

>>Von Wunden ganz bedeckt,
Der Trompeter sterbend ruht,
An der Katzbach hingestreckt,
Der Brust entströmt das Blut.

Brennt auch die Todeswunde,
Doch sterben kann er nicht,
Bis neue Siegeskunde
Zu seinen Ohren bricht.

Und wie er schmerzlich ringet
In Todesängsten bang,
Zu ihm herüber dringet
Ein wohlbekannter Klang.

Das hebt ihn von der Erde,
Er streckt sich starr und wild. –
Dort sitzt er auf dem Pferde
Als wie ein steinern Bild.

Und die Trompete schmettert. –
Fest hält sie seine Hand, -
Und wie ein Donner wettet
Viktoria in das Land.

Viktoria – so klang es,
Viktoria – überall,
Viktoria – so drang es
hervor mit Donnerschall.

Doch als es ausgeklungen,
Die Trompete setzt er ab;
Das Herz ist ihm zersprungen,
vom Roß stürzt er herab.

Um ihn herum im Kreise
Hielt's ganze Regiment;
Der Feldmarschall sprach leise:
"Das heißt ein selig' End!"<<

1832

Deutscher Bund: Am 20. April 1832 werden die Einladungen für das Hambacher Fest von 23 Kaufleuten, 3 Handwerkern, 2 Beamten, 2 Notaren sowie einem Arzt unterschrieben und danach versendet (x261/51): >>Völker bereiten Feste des Dankes und der Freude beim Eintritt

heilvoller großer Ereignisse. Darauf mußte das deutsche Volk seit Jahrhunderten verzichten. Zu solcher Feier ist auch jetzt kein Anlaß vorhanden, für die Deutschen liegen die großen Ereignisse noch im Keim; will er ein Fest begehen, so ist es ein Fest der Hoffnung; nicht gilt es dem Errungenen, sondern, dem zu Erringenden, nicht dem ruhmvollen Sieg, sondern dem mannhaften Kampf, dem Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde.

Alle deutschen Stämme sehen wir an diesem heiligen Kampfe teilnehmen; alle seien darum geladen zu dem großen Bürgerverein, der am Sonntag, 27. Mai, auf dem Schlosse zu Hambach bei Neustadt am Haardtgebirge stattfinden wird.

Im Mai hielten, nach germanischer Sitte, die Franken unsere ruhmbekränzten Väter, ihre National-Versammlungen; ... im Mai regt sich die ganze physische und geistige Natur: wie sollte, wo die Erde mit Blüten sich schmückt, wo alle keimenden Kräfte zur Entwicklung streben, wie sollte die Empfindung des freien Daseins, der Menschenwürde, starren unter der Decke kalter Selbstsucht, verächtlicher Furcht, strafbarer Gleichgültigkeit?

Auf, ihr deutschen Männer und Jünglinge jeden Standes, welchen der heilige Funke des Vaterlandes und die Freiheit die Brust durchglüht, strömet herbei!

Deutsche Frauen und Jungfrauen, deren politische Mißachtung in der europäischen Ordnung ein Fehler und ein Flecken ist, schmücket und belebet die Versammlung durch eure Gegenwart!

Kommet Alle herbei zu friedlicher Besprechung, inniger Erkennung, entschlossener Verbrüderung für die großen Interessen, denen ihr eure Liebe, denen ihr eure Kraft geweiht.<<

Beim Hambacher Fest fordern am 27. Mai 1832 etwa 30.000 deutsche und ausländische Teilnehmer größere Volkssouveränität und die Vereinigung der deutschen Staaten. Neben den schwarz-rot-goldenen Fahnen der nationalen deutschen Einheit wehen auch die rot-weißen Fahnen der polnischen Freiheitsbewegung.



Abb. 35 (x261/51): Zug auf das Schloß am 27. Mai 1832. Zeitgenössische Darstellung.

Teilnehmer berichten damals über das Hambacher Fest (x261/52, x233/59): >>Weithin über die gesegneten Auen weht nun das stolze Banner unseres Vaterlandes, ein Anblick, der die Freude aller Anwesenden zu Begeisterung steigerte. – Nach der Ankunft auf dem Berge gewahrte man erst, wie groß die Menge der angekommenen Gäste war. Es waren mindestens 30.000 Personen versammelt.

Man bemerkte insbesondere Bürger aus Straßburg, Colmar, Paris, Metz, Weisenburg, Manchester, Konstanz, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Mannheim, Marburg, Tübingen, Würzburg, Jena, Göttingen, Stralsund, Coburg, München, Frankfurt, Nürnberg, Mainz, Worms, Wiesbaden, Köln, Trier, Gießen, Stuttgart, Darmstadt, Kassel, Magdeburg, Pymont, Braunschweig, Nordhausen usw. ...<<

>>... Von dem höchsten Turm (der Schloßruine) flatterte eine große Fahne ... (mit den deutschen Farben schwarz, rot, gold. Auf einem niedrigeren Absatz des Gemäuers erblickte man eine weiße und rote Fahne mit dem weißen Adler, die polnische. ...

Nun betrat Dr. Wirth die Rednertribüne. Ihm scholl ein lautes und allgemeines Lebehoch entgegen. ...

In den niederen Regionen hatten sich während dem Nachmittage unzählige Gruppen gebildet, welche tranken und Freiheitslieder sangen. ... Studenten von Heidelberg gaben den Ton an.

Viele andere Gruppen von Landbauern, Knechten und Weibern sangen zwar auch bei ihren Bier- und Weinkannen der Freiheit Lieder und jauchzten ihr ein Lebehoch zu, indessen schienen sie, was höher oben verhandelt wurde, doch nicht zu begreifen. ...<<

Während dieser Kundgebung halten deutsche Patrioten leidenschaftliche Reden und greifen die herrschende Ordnung an (x176/187): >>Es lebe das freie, das einige Deutschland! - Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! – Hoch leben die Franken, der Deutschen Brüder,

die unsere Nationalität und Selbständigkeit achten! – Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund hoch!<<

Philipp Jakob Siebenpfeiffer (1789-1845, Jurist und Journalist, flieht 1833 in die Schweiz) fordert die Gründung eines gemeinsamen Vaterlandes (x056/186): >>... Wir widmen unser Leben der Wissenschaft und der Kunst, ... aber die Regungen der Vaterlandsliebe sind uns unbekannt, die Erforschung dessen, was dem Vaterland Not tut, ist Hochverrat, selbst der leiseste Wunsch, nur erst wieder ein Vaterland, eine freimenschliche Heimat zu erstreben, ist ein Verbrechen. ... Es wird kommen der Tag, ... wo ... die Zollstöcke und die Schlagbäume, wo alle Hoheitszeichen der Trennung ... und Bedrückung verschwinden. ... Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland - Volkshoheit - Völkerbund hoch! ...<<

Wegen dieser Rede wird Siebenpfeiffer später wegen Hochverrats angeklagt ("Verbrechen gegen die innere Sicherheit des Staates") und 1832 inhaftiert. Er kann im Jahre 1833 mit Hilfe von Freunden aus dem Gefängnis fliehen.

Die schwarz-rot-goldene Fahne, mit den Farben des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, wird im Jahre 1832 verboten (x063/338).

Johann Georg August Wirth (1798-1848, Jurist und Schriftsteller, emigriert 1837 nach Frankreich und 1839 in die Schweiz, ab 1847 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung) fordert ebenfalls ein vereintes Deutschland (x261/52-53): >>Das Land, das unsere Sprache spricht, ... dieses schöne Land wird verwüstet und geplündert, zerrissen und entnervt, geknebelt und entehrt.

Reich an allen Hilfsquellen der Natur sollte es für alle seine Kinder die Wohnung der Freude und der Zufriedenheit sein, allein ausgesogen von 34 Königen, ist es für die Mehrzahl seiner Bewohner der Aufenthalt des Hungers, des Jammers und des Elends.

Deutschland, das große, reiche, mächtige Deutschland, sollte die erste Stelle einnehmen in der Gesellschaft der europäischen Staaten, allein beraubt durch europäische Aristokratenfamilien, ist es aus der Liste der europäischen Reiche gestrichen und der Verspottung des Auslandes preisgegeben.

Berufen von der Natur, um in Europa der Wächter des Lichts, der Freiheit und der völkerrechtlichen Ordnung zu sein, wird die deutsche Kraft gerade umgekehrt zur Unterdrückung der Freiheit aller Völker und zur Gründung eines ewigen Reiches der Finsternis, der Sklaverei und der rohen Gewalt verwendet. So ist denn das Elend unseres Vaterlandes zugleich der Fluch für ganz Europa.

Darum, deutsche Patrioten, wollen wir die Männer wählen, die durch Geist, Feuereifer und Charakter berufen sind, das große Werk der deutschen Reform zu beginnen und zu leiten; wir werden sie leicht finden und dann auch durch unsere Bitten bewegen, den heiligen Bund sofort zu schließen. ...

Dieser schöne Bund möge dann das Schicksal unseres Volkes leiten, ... er möge unser Volk erwecken, um von innen heraus, ohne äußere Einmischung, die Kraft zu Deutschlands Wiedergeburt zu erzeugen; er möge auch zu gleicher Zeit mit den reinen Patrioten der Nachbarländer sich verständigen, und wenn ihm Garantien für die Integrität unseres Gebietes gegeben sind, dann möge er immerhin auch die brüderliche Vereinigung suchen, mit den Patrioten aller Nationen, die für Freiheit, Volkshoheit und Völkerglück das Leben einzusetzen entschlossen sind.

Hoch! dreimal hoch leben die vereinigten Freistaaten Deutschlands!

Hoch! dreimal hoch das konföderierte republikanische Europa!<<

Wirth wird wegen seiner Rede während des Hambacher Festes später in Bayern verhaftet und danach unter Polizeiaufsicht gestellt.

Ernst Moritz Arndt, dem man bereits im Jahre 1820 wegen seiner politischen Ansichten Lehrverbot als Professor für Geschichte erteilt hat, schreibt damals über die Zersplitterung der deutschen Länder (x063/339, x253/110-111): >>... Man hat uns Weltmenschen, allgemeine Philosophen, Kosmopoliten genannt und wunder gemeint, wie sehr man uns mit diesem Namen lobt. Man hätte uns die Juden des neuesten Europa nennen sollen, denn wie die Juden sind wir umherverstreut und ihnen fast gleich geachtet, nur daß die Juden in ihrer ewigen Physiognomie (äußeren Erscheinung) noch mehr Stärke und Charakter verraten als die jetzigen Deutschen.

Wie, wenn zu dieser Verachtung, die uns von den Fremden widerfährt, noch der Haß kommt? Dann nehmen wir wahrlich einen zu traurigen Abschied aus der Weltgeschichte. ...<<

>>... O daß wir einen Glauben, einen Willen, einen Zorn hätten, wie wir eine Sprache sprechen! Es stände sogleich ein herrliches Volk da. Dann Welch ein Gewimmel edler Kräfte und Kämpfe! Welche Bahn geöffnet jeder Kühnheit, jeder Tugend, jeder Herrlichkeit! Dann würden wir Mut und Stolz haben auf den Namen Deutsche.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Ernst Moritz Arndt (x801/851-852): >>Arndt, Ernst Moritz, deutscher Patriot, wurde am 26. Dezember 1769 zu Schoritz auf der Insel Rügen geboren, die noch schwedisch war.

Sein noch als Leibeigener geborener Vater, damals Inspektor auf dem Gute des Grafen Malte-Putbus, ließ ihn die gelehrte Schule zu Stralsund besuchen; 1789 vollendete er im Vaterhaus seine Vorbereitung für die Universität.

Er besuchte zuerst Greifswald, dann Jena, wo er neben der Theologie mit Vorliebe Geschichte, Erd- und Völkerkunde, Sprachen und Naturwissenschaften trieb. Nachdem er dann wieder eine Zeitlang in der Heimat als Kandidat und Hauslehrer zugebracht hatte, machte er 1798-99 eine größere Reise nach Österreich, Oberitalien, Frankreich und zurück durch Belgien und einen Teil von Norddeutschland, die er in den "Reisen durch einen Teil Deutschlands, Ungarns, Italiens und Frankreichs" (Leipzig 1804, 4 Bände) beschrieb, nachdem er schon vorher mehrere Reisewerke ... herausgegeben hatte.

Nach seiner Rückkehr habilitierte sich Arndt im Jahr 1800 zu Greifswald als Privatdozent der Geschichte und Philologie, verheiratete sich mit der Tochter des Professors Quistorp, die ihm aber bald wieder durch den Tod entrissen wurde, und erhielt, nachdem er sich ein Jahr (1803-1804) in Schweden aufgehalten (hatte), 1805 eine außerordentliche Professur.

Die 1803 erschienene "Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen" zog ihm eine Anklage von seiten mehrerer adliger Gutsbesitzer zu. Der König von Schweden urteilte aber, nachdem er das Buch gelesen (hatte), Arndt habe recht gehabt, so zu schreiben, und hob 1806 die Leibeigenschaft ... in Vorpommern auf. ...

Im Jahr 1806 erschien der erste Teil desjenigen Werkes, durch welches Arndt am meisten auf seine Zeit eingewirkt hat, und in welchem sich seine Eigentümlichkeit am treuesten abspiegelt. Es ist der "Geist der Zeit", dessen erster Teil die kommenden Ereignisse prophetisch voraus verkündete. Arndt selbst arbeitete damals in der schwedischen Kanzlei zu Stralsund. In jener Zeit war es, wo er mit einem schwedischen Offizier, der geringschätzig von Deutschland sprach, einen Zweikampf hatte, in dem er schwer verwundet wurde.

Nach der Schlacht bei Jena floh er nach Schweden und fand dort eine Anstellung, die ihm Zeit ließ, den zweiten Teil des Werkes "Geist der Zeit" auszuarbeiten, der 1809 in London erschien und im feurigsten patriotischen Schwung auf die Wege hinwies, auf denen allein Deutschland aus der Erniedrigung erlöst werden könne. Der Sturz des Königs Gustav IV. von Schweden bewog ihn 1809, sein bisheriges Asyl zu verlassen und nach Deutschland zurückzukehren, wo er nach einem Aufenthalt zu Berlin sein Amt in Greifswald für kurze Zeit wieder antrat und enge Beziehungen mit hervorragenden preußischen Patrioten anknüpfte.

Im Jahr 1812 begab er sich nach Prag und von da nach Petersburg, auf eine Einladung des

Freiherrn vom Stein, der in ihm einen kräftigen Beistand in der Anfeuerung des deutschen Nationalgeistes gegen die Fremdherrschaft zu finden glaubte. In diesem Sinn und im Auftrag Steins verfaßte Arndt Pamphlete, Aufrufe, Verkündigungen, Gegenschriften und Widerlegungen französischer Verkündigungen und Berichte, sowie er auch zu dem sehr ausgebreiteten Briefwechsel mit England und Deutschland, besonders in Sachen der zu errichtenden russisch-deutschen Legion, einer Koalition Englands mit Rußland etc., gebraucht wurde.

Nach der großen Katastrophe in Rußland kehrte Arndt mit Stein nach Deutschland zurück und fuhr fort, das deutsche Volk durch allerhand fliegende Blätter und Schriften, wie: "Was bedeutet Landwehr und Landsturm?", den "Deutschen Volkskatechismus", "Über Entstehung und Bestimmung der deutschen Legion", "Grundlinien einer deutschen Kriegsordnung" und die Schrift "Der Rhein, Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Grenze", zu patriotischen Taten anzufeuern.

Alle diese Schriften kennzeichnen Arndt als entschiedenen Gegner Frankreichs und des Franzosentums; so auch die Flugblätter: "Über Volkshaß und über den Gebrauch einer fremden Sprache" (1813), "Über das Verhältnis Englands und Frankreichs zu Europa" (1813), "Noch ein Wort über die Franzosen und über uns" (1814). ...

Im Jahr 1818 wurde er Professor der Geschichte an der neubegründeten Universität zu Bonn, nachdem er 1817 die Schwester Schleiermachers, Nanna (gestorben am 16. Oktober 1869), als zweite Gattin heimgeführt hatte. In demselben Jahr erschienen seine "Märchen und Jugenderinnerungen" und der vierte Teil vom "Geist der Zeit". Seine akademische Wirksamkeit war indessen von kurzer Dauer.

Nach Beginn der Demagogenverfolgungen infolge von Kotzebues Ermordung wurden wegen des vierten Bandes des "Geistes der Zeit" und wegen Privatäußerungen im September 1819 Arndts Papiere in Beschlag genommen, er selbst im November 1820 von seinem Amt suspendiert und im Februar 1821 die Kriminaluntersuchung wegen demagogischer Umtriebe gegen ihn eröffnet.

Dieselbe hatte kein Resultat: Arndts Forderung einer Ehrenerklärung wurde nicht erfüllt, er wurde aber auch nicht für schuldig erklärt, sein Gehalt ihm gelassen, die Erlaubnis, an der Universität Vorlesungen zu halten, jedoch nicht wieder erteilt. ...

Noch ein anderer tiefer Schmerz traf ihn 1834 durch den Verlust seines Sohnes Willibald, eines blühenden Knaben von neun Jahren, der in den Fluten des Rheins ertrank. Es war einer der ersten Regierungsakte Friedrich Wilhelms IV., Arndt wieder in sein Amt einzusetzen und ihm seine Briefe und Papiere zurückgeben zu lassen. Die Universität wählte Arndt 1841 zum Rektor. Neben seiner wieder begonnenen amtlichen Tätigkeit setzte er seine literarische fort.

...

So kam das Hoffnungsjahr 1848 heran, das auch Arndt mit frischer Jünglingsbegeisterung begrüßte. Er wurde von dem 15. rheinpreußischen Wahlbezirk in die deutsche Nationalversammlung gewählt und hier durch feierliche Huldigung der ganzen Versammlung begrüßt. Übrigens beschränkte sich seine Beteiligung an den Verhandlungen auf kurze, aber kräftige Reden im Sinn der konstitutionell-erbkaiserlichen Partei; er war auch Mitglied der großen Deputation, welche dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone anbieten sollte.

Am 30. Mai 1849 trat er mit der Gagernschen Partei aus der Versammlung aus und zog sich wieder in die Stille seines akademischen Lebens zurück. Aber den Glauben an eine bessere Zukunft Deutschlands verlor er nicht; dieser Glaube leuchtete aus seinen Schriften ...

Wegen einer angeblich den General Wrede und das bayerische Militär beleidigenden Stelle in einem ... Werk wurde Arndt (im Jahre 1858) vor das Schwurgericht in Zweibrücken geladen und, da er nicht erschien, ... zu (einer) Gefängnisstrafe verurteilt. Noch völlig rüstig, feierte er unter allgemeiner Teilnahme 1859 seinen 90. Geburtstag, starb aber bald darauf, am 29. Januar 1860.

Arndts Bedeutung ist ganz aus seiner Zeit und aus seinem Charakter zu fassen. Als Dichter reiht er sich nur in seinen Schlachten-, Freiheits- und Vaterlandsliedern den großen Dichtern aller Zeiten an; in seinen übrigen Dichtungen fehlt ihm das Bedeutende und Originale, was den Dichter ersten Ranges macht. Er war kein Genie, kein großer Gelehrter und Forscher, auch kein großer Staatsmann, aber voll Begeisterung für die erhabensten Interessen der Menschheit und voll edelster Hingebung für die Sache des Volkes, ein mannhafter Charakter, der noch als Greis den Idealen seiner Jugend mit Jünglingsfeuer anhing.

Wie er durch seine Schriften und Lieder die Befreiung Deutschlands von der Fremdherrschaft höchst wirksam unterstützt hatte, so suchte er in der Zeit der Reaktion das Verlangen und Streben des Volkes nach dem großen Ziel der nationalen Einheit furchtlos und mit Feuereifer aufrecht zu erhalten, "wie ein altes gutes deutsches Gewissen", die Verzagenden stärkend, die Schwankenden in der Treue befestigend, die Feinde des Rechten und Guten mit der Wucht seines heiligen Zornes niederschmetternd.

Daher blieb er, obgleich die Zeit viele seiner Ansichten überflügelt hatte, gleichsam das Banner, um welches auch die jüngeren Generationen der Vaterlandsfreunde sich scharten, und sein Verlust wurde schmerzlich empfunden.

Sein Inneres und Äußeres spiegelte in seltener Reinheit die Eigenschaften, die den deutschen Mann zieren: eine feste, energische Gestalt, ein reiches, poetisch gestimmtes Gemüt, sittlichen Ernst und Strenge, heiße Liebe zu Freiheit und Vaterland.

Im Jahr 1865 wurde ihm in Bonn ein Bronzedenkmal errichtet; seinem Andenken ist auch der 21 m hohe Turm auf dem Rugard auf der Insel Rügen (1873) gewidmet.<<

Die evangelische Krankenpflegerin Amalie Sieveking (1794-1859, Begründerin der weiblichen Diakonie in der Evangelischen Kirche) gründet im Jahre 1832 einen "Weiblichen Verein für Armen- und Krankenpflege", um die soziale Not zu lindern (x199/203): >>... Es kann mir nicht in den Sinn kommen, ein Heilmittel vorschlagen zu wollen gegen das große Gebrechen unserer Zeit: die Arbeitslosigkeit und soziale Not.

Nur dazu, das Einzelne zu retten, zu schützen, zu bewahren, dazu fühle ich mich berufen, und dazu möchte ich auch alle diejenigen auffordern, denen das Wohl der Menschheit am Herzen liegt, besonders auch diejenigen, die meinem Geschlechte angehören. ...

Almosen geben, so wenig als möglich, aber genügend Lohn dem fleißigen Arbeiter: das erscheint mir als wichtigster Grundsatz einer wohlgeordneten Armenpflege.<<

Österreich: Staatskanzler Metternich schreibt am 10. Juni 1832 folgenden privaten Brief an den Fürsten Wittgenstein in Berlin (x261/53): >>... Sie haben sicher Berichte über die Hambacher Geschichte ... erhalten. So weit sind die Dinge in Deutschland gekommen.

Ich gestehe aufrichtig, daß ich mir aus dem Ergebnisse nichts mache, oder vielmehr, daß mir dasselbe manche gute Seite darbietet. ... Was der Liberalismus will, was er ist, wohin er zielt, und wohin er die Staaten, die sich ihm hingeben, unaufhaltbar stößt, hieran kann wohl heute keiner, der Augen, Ohren und einen Sinn hat, mehr zweifeln. Vor solchen Beweisen muß die Doktrin (Lehrmeinung) verstummen.

Mit Volksrepräsentationen im modernen Sinne, mit der Pressefreiheit und politischen Vereinen muß jeder Staat zu Grunde gehen, der monarchische wie die Republik.

Nur Anarchie ist möglich; dagegen mögen die Gelehrten am Schreibtisch protestieren, soviel sie auch immer wollen. Am Ende der Gelehrsamkeit steht das Zuschlagen, und kommt es einmal hierzu, so ist der, der in geschlossener Reihe zuschlägt, der Gelehrteste.

Wir werden in Deutschland zum Zuschlagen kommen.<<

1834

Böhmen: Frantisek Skroup (1801-1862) verfaßt im Jahre 1834 den Text der späteren Nationalhymne der Tschechischen Republik (x230/177):

>>Wo ist mein Heim, mein Vaterland?

Wo durch Wiesen Bäche brausen,
Wo auf Felsen Wälder sausen,
Wo ein Eden uns entzückt,
Wenn der Lenz die Fluren schmückt.
Dieses Land, so schön vor allen,
Böhmen ist mein Heimatland.<<

1837

Großherzogtum Baden: Der deutsche Abgeordnete Franz Joseph Ritter von Buß (1803-1878, Jurist, Politiker und Staatsrechtler) setzt sich am 25. April 1837 im Badischen Landtag für Arbeiterschutzgesetze ein (x263/133): >>... Das Fabrikwesen erzeugt eine Hörigkeit neuer Art. Der Fabrikarbeiter ist der Leibeigene eines Brotherrn, der ihn als nutzbringendes Werkzeug verbraucht und abgenützt wegwirft. Es ist hier nicht einmal jene, ursprünglich auf einer Wechselseitigkeit beruhende, wenngleich oft in der Tat mißbrauchte Grundhörigkeit des Mittelalters, vor welcher unsere empfindsame Zeit so sehr zurückschauert.

Nein - es ist die Hörigkeit der Zivilisation, welche in dem lockern Tagelöhnerverhältnisse dem Arbeiter gar keine Sicherheit gewährt, ihn zur Beute und Laune und des Geschickes seines Herrn und der Wechselfälle macht. ...

Der Fabrikarbeiter ist aber nicht nur der Leibeigene eines Herrn, er ist der Leibeigene der Maschinen, ... (ein Teil) einer Sache. ... Was hilft dem Arbeiter die Freiheit der Aufkündigung, dieser Wechsel der Lohnsklaverei? Um leben zu können, muß er arbeiten; nicht immer findet er alsbald Arbeit in einer anderen Fabrik; ... und sah man nicht oft Fabrikherren zum Zweck gemeinsamer Herabdrückung des Lohnes sich verbünden?

Auch die politische Stellung des Fabrikarbeiters ist trostlos. Wegen seiner Abhängigkeit kann er politische Rechte nicht genießen, und würden sie ihm auch gewährt, so würde er, als Werkzeug seines Brotherrn, sie nach dessen Laune ausüben müssen. ...<<

1841

Königreich Bayern: In Regensburg wird im Jahre 1841 die germanische Ruhmeshalle Walhalla fertiggestellt.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über das germanische Ruhmeshalle "Walhalla" (x816/360): >>Walhalla, großartiger Marmorbau auf einer Anhöhe etwa 8 km unterhalb Regensburg, bei Donaustauf, an der Donau, eine Schöpfung des Königs Ludwig I. von Bayern. Der Entwurf dazu rührt von Leo von Klenze her.

Die Grundsteinlegung fand am 18. Oktober 1830, die Einweihung am 18. Oktober 1841 statt. Von dem Fuß der Anhöhe steigen 250 Marmorstufen bis zu den mächtigen, terrassenförmig aufgebauten Substruktionen des Tempels. Der ganze Bau hat eine Länge von 138 m, eine Breite von 91 m und eine Höhe von mehr als 60 m.

Der Tempel selbst ist bei einer Länge von 74 m und einer Breite von 35 m 20 m hoch. Er ist aus Untersberger hellgrauem Marmor erbaut und wird von 52 kannelierten dorischen Säulen getragen. An beiden Frontseiten sind die Giebelfelder mit herrlichen Marmorstatuen ... geschmückt: im vorderen Giebel eine kolossale Germania nebst 15 symbolischen Figuren, an die Wiederherstellung Deutschlands nach dem Kampf gegen Napoleon I. erinnernd; im hinteren Giebel 15 Figuren, die Hermannschlacht darstellend.

Das Innere des Gebäudes, die eigentliche Cella, welche ihr Licht durch Öffnungen in der mit Bronzeplatten und Goldverzierungen reichgeschmückten Decke erhält, bildet ein längliches Viereck, das in drei Abteilungen gesondert wird, von denen die mittlere zwei sitzende, die beiden anderen je zwei stehende Siegesgöttinnen ... enthalten.

Rings um die Wand zieht sich ein Marmorfries, der Deutschlands Urgeschichte ... in Relief enthält. Unter dem Fries an der Wand stehen auf Konsolen und Postamenten die 163 Marmorbüsten der Walhallagenossen, ausgezeichneter Deutscher, in zwei Reihen übereinander. Von

denen (64), deren Porträte man nicht besitzt, prangen die Namen in glänzenden Buchstaben an den Wänden oder dem Fries. ...<<

1846

Österreich, Preußen, Rußland: In Galizien wird im Jahre 1846 der 2. Polnische Aufstand durch Österreich und Rußland niedergeschlagen.

Im selben Jahr stimmen Preußen und Rußland der österreichischen Annexion des Freistaates Krakau zu.

Kirchenstaat: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Kirchenstaates von 1846-1868 (x809/775-777): >>(Kirchenstaat) ... Als Gregor XVI. am 5. Juni 1846 starb, gab es im Konklave drei Meinungen: die einen schlugen eine Säkularisation der Verwaltung vor, die anderen erwarteten Ruhe und Rettung allein von einem Schreckensregiment, die dritte Meinung siegte; ihr Vertreter, der neugewählte Papst Pius IX. (seit 17. Juni 1846), hielt zwar fest an dem göttlichen Rechte des Pontifikats über den Staat, glaubte aber alle billigen Forderungen des Volkes erfüllen zu müssen.

Er begann seinen Regierungsantritt mit Aufhebung der verhaßten Militärkommissionen in der Romagna, Absetzung mehrerer unwürdiger Beamten, Abschaffung übertriebener polizeilicher Beschränkungen, einer Amnestie für alle wegen politischer Vergehen Verhafteten oder Verurteilten. Die Begeisterung für Pius IX. kannte keine Grenzen.

Nichts aber kräftigte die Zuversicht der Liberalen in die Absichten des Papstes so sehr als ein von Pius IX. am 19. April 1847 erlassenes Dekret über die Einsetzung einer Art Volksvertretung ... Am 15. November trat dieselbe zusammen.

Die Pariser Februarrevolution von 1848 ... zwang den Papst zu einem weiteren Zugeständnis. Am 14. März proklamierte die päpstliche Regierung das konstitutionelle Staatsgrundgesetz. Es sollten zwei Kammern zusammentreten, deren erste unmittelbar von der Regierung ernannt, die zweite nach Zensus und Volkszahl gewählt werden sollte.

Doch jedes in beiden Versammlungen genehmigte Gesetz sollte erst in einer geheimen Sitzung der Kardinäle geprüft werden, ehe es die päpstliche Bestätigung erhielt. So blieb die höchste Autorität doch in den Händen des Klerus. Gleichzeitig wurde der Kirchenstaat in den Kampf für die italienische Unabhängigkeit gegen Österreich fortgerissen. Durch zahlreiche Freiwillige verstärkt, zogen die römischen Truppen nach Oberitalien, wo sie aber bei Vicenza besiegt und zur Kapitulation gezwungen wurden.

Dies ermutigte den Papst, in einem öffentlichen Protest sein Verdammungsurteil über den Krieg Italiens gegen Österreich auszusprechen. Hiermit war das Band, welches bisher Pius IX. und sein Volk vereinigt hatte, zerrissen. Die gemäßigten Liberalen und die Republikaner verschmolzen ... zu einer Partei; täglich war der Ausbruch der Revolution zu befürchten. Unter diesen Verhältnissen richteten die gemäßigten Patrioten ihre Blicke auf den Grafen Pellegrino Rossi, dessen konstitutionelle Neigungen bekannt waren. Pius IX. ernannte ihn zum ersten Minister. Aber seine herbe Strenge und der Erfolg, den sein energisches Regiment erzielte und noch mehr versprach, regten alle Leidenschaften gegen ihn auf.

Als er am 15. November bei der Wiedereröffnung der Kammern beim Eintritt in das Ständehaus durch den Dolch eines Meuchelmörders fiel, war das Signal zum Ausbruch der längst gefürchteten Revolution gegeben. Bald war der Quirinal von allen Seiten dicht umlagert, schon machte ein Teil der Menge den Versuch, gewaltsam in den Hof zu dringen, da endlich entschloß sich Pius IX., das demokratische Ministerium anzunehmen, die nationale Frage aber der Entscheidung des Parlaments anheimzustellen.

Am 25. November floh er nach Gaeta und erklärte durch ein Dekret vom 27. November alle Handlungen der neuen Regierung für nichtig. Dieselbe war übrigens gar nicht zustande gekommen, da alle Minister die Ernennung des Papstes abgelehnt hatten.

Die Deputiertenkammer ernannte darauf eine provisorische Regierung und dekretierte am 29.

Dezember die Zusammenberufung einer konstituierenden Nationalversammlung, die aus allgemeinem Stimmrecht mit direkter Wahl hervorgehen sollte. Obwohl Pius IX. von Gaeta aus die Wähler exkommunizierte, so eröffnete doch am 5. Februar die Konstituante ihre Sitzungen im Kanzleipalast, wo auch die Mitglieder der provisorischen Regierung ... erschienen, und beschloß am 6. Februar nach stürmischen Verhandlungen mit 120 gegen 23 Stimmen die Proklamierung der Römischen Republik. Hierauf antwortete Pius IX. am 14. Februar mit einem Protest, an dessen Schluß er auf eine bewaffnete Intervention der katholischen Mächte zur Wiederherstellung seiner weltlichen Gewalt hindeutete.

Um ... Mitte ... März 1849 war kaum in Rom bekannt geworden, daß Karl Albert am 12. März Österreich den Waffenstillstand aufgekündigt habe, als die Konstituante sogleich beschloß, daß Rom sich mit einem Kontingent von 10.000 Mann ... an dem Unabhängigkeitskampf auf den Feldern der Lombardei beteiligen solle. Noch hatten indessen die römischen Scharen die Grenze nicht überschritten, als bereits die Hoffnungen Italiens nach einem dreitägigen Feldzug durch die Schlacht bei Novara am 23. März niedergeworfen waren.

Die Konstituante ernannte nun ein diktatorisches Triumvirat, aus Mazzini, Saffi und Armellini bestehend, welches sich sofort mit einem neuen Ministerium umgab. Schon im Februar hatten die Vertreter von Österreich, Frankreich, Spanien und Neapel mit dem Papst sich zu Gaeta über eine bewaffnete Intervention geeinigt.

Die französische Regierung beschloß, den anderen zuvorzukommen. Am 24. April erschien eine französische Flotte von zehn Schiffen unter General Oudinot ... im Hafen von Civitavecchia und landete am 25. April ungestört. In Rom wurden nun die nötigen Vorbereitungen zum Kampf getroffen. Dreimal ... wurden sie von den Römern ... abgewehrt ... Hierauf begannen die Franzosen ein regelmäßiges Bombardement der offenen Stadt und erzwangen am 3. Juli die Übergabe derselben. Die Regierung und die Konstituante sowie die politischen Klubs lösten sich auf, und die Republik ging in einer militärischen Fremdherrschaft unter.

Mit dem 15. Juli begann die Restauration des Papsttums; gleichzeitig wurde die Regierungskommission aus drei Kardinälen eingesetzt, die sich wegen ihrer Verfolgungssucht und ihrer reaktionären Maßregeln den Beinamen des "roten Triumvirats" erwarb. Mitglieder der Konstituante wurden nach langer Präventivhaft (Vorbeugehaft) mit 15-20jähriger Gefängnisstrafe belegt. Sogar sehr gemäßigte Liberale mußten ihr Heil in der Flucht suchen.

Auch in Ancona, Bologna, Terni, Rimini und in anderen Orten, wo der Aufstand durch Österreicher und Neapolitaner inzwischen niedergeworfen war, wüteten sowohl die militärischen als die geistlichen Tribunale mit blutiger Grausamkeit. Die geheime Polizei wurde wiederhergestellt, und die Indexkommission trat wieder in volle Tätigkeit. Die Regierungskommission beeilte sich, die Gregorianischen Gesetze wiederherzustellen, und erließ strenge Strafgesetze wider Ungehorsam gegen die kirchlichen Satzungen. Die wiedergekehrten Jesuiten wurden beauftragt, über die Beachtung dieser Gesetze zu wachen.

Oudinot verließ Rom gegen Ende August 1849, und die dortige französische Okkupation wurde auf Rom und Civitavecchia beschränkt, während die Österreicher Bologna und Ancona besetzt hielten. Der Papst hielt erst am 12. April 1850, von französischen Truppen geleitet, seinen Einzug in Rom, nachdem er eine Amnestie erlassen hatte, von der jedoch alle politischen Autoritäten der Revolution ausgeschlossen waren. Die Kerker fand er mit Tausenden politischer Gefangenen überfüllt, das platte Land organisierten Räuberbanden preisgegeben, überall Elend und Demoralisation; der Staat war geteilt zwischen zwei fremden Armeen, die nach Willkür schalteten.

... Eine Zusammenstellung der Staatsschulden ergab 1853 eine Gesamtsumme von 100 Millionen französische Franc, deren Verzinsung ungefähr 5 Millionen Franc jährlich oder 1/10 der Staatseinnahme forderte.

Beim Beginn des italienisch-österreichischen Krieges 1859 erklärte die päpstliche Regierung

am 3. Mai ihre Neutralität. Kaum hatten aber Anfang Juni die Österreicher ihre Truppen aus Bologna, Ferrara und Ancona zurückgezogen, als nach dem Vorgang der ersteren Stadt die sämtlichen Legationen ihren Abfall von der päpstlichen Regierung und ihre Unterwerfung unter Viktor Emanuel als Diktator erklärten. Letzterer lehnte zwar die Diktatur ab, ernannte jedoch einen außerordentlichen Kommissar für die aufständischen Provinzen des Kirchenstaates. Dieser setzte eine provisorische Regierung (zu Bologna) in den Legationen ein, welche Garibaldi zum Befehlshaber der Truppen wählte und Wahlen zu einer Nationalversammlung ausschrieb.

Am 1. September trat dieselbe zusammen und beschloß einstimmig die Vereinigung der Legationen mit dem Königreich Sardinien. Infolge eines Bündnisses, das die provisorische Regierung mit Toskana, Modena und Parma abgeschlossen hatte, rückte zum Schutz gegen päpstliche Truppen toskanisches Militär in Bologna ein. Am 11. und 12. März 1860 stimmte die Bevölkerung der Legationen durch allgemeines Plebiszit für die Einverleibung in Sardinien, worauf am 28. März sardinische Truppen in Bologna einrückten.

Napoleon III. versuchte noch, eine friedliche Vereinbarung zwischen Sardinien und dem Papst zu vermitteln, um diesem den Rest des Kirchenstaates zu sichern; aber inzwischen hatten die Ereignisse in Süditalien die Sachlage gänzlich verändert. Garibaldi hatte Sizilien und Neapel in der Absicht erobert, sie mit der Monarchie Viktor Emanuels zu vereinigen; dieser aber konnte sie nicht ... annehmen, ohne auch die Marken und Umbrien, die dazwischen lagen, dem Papst noch zu entreißen, zugleich mußte Napoleon zu verhüten suchen, daß Garibaldi nicht seinen Eroberungszug auch auf Rom ausdehne.

Viktor Emanuel und Napoleon verständigten sich daher Ende August dahin, daß Sardinien freie Hand haben solle, die Marken und Umbrien zu nehmen, wenn es nur Rom selbst und das sogenannte Patrimonium Petri, das die Franzosen besetzt halten sollten, unangetastet lasse. Der Papst hatte seine Armee durch Werbungen im Ausland verstärkt und den französischen General Lamoricière zu ihrem Befehlshaber ernannt. ... Schon am 29. September ergab sie sich; Lamoricière und die ganze Besatzung fielen in Kriegsgefangenschaft.

Nun verblieb dem Papst nur noch das sogenannte Patrimonium Petri, welches die Bajonette der französischen Okkupationstruppen unter seiner Botmäßigkeit erhielten.

Die nationale Partei in Italien forderte Rom als die natürliche Hauptstadt der geeinigten Halbinsel und gab diesem Verlangen im März 1861 sogar in dem italienischen Parlament einen Ausdruck. Im Herbst 1862 schien die römische Frage einer endlichen Lösung entgegenzugehen: Garibaldi führte von Süden aus ein Freiwilligenheer wider Rom. Allein in dem öden Höhenzug des Aspromonte traten ihm die Truppen des Königs von Italien unter Pallavicini entgegen, und der 29. August machte seinem Beginnen ein rasches Ende.

Am 15. September 1864 schlossen Frankreich und Italien eine Konvention, welche die vollständige Räumung des Kirchenstaates von seiten der Franzosen innerhalb zwei Jahre in Aussicht stellte; in der Tat war sie im Dezember 1866 vollendet.

Sofort bereitete die italienische Aktionspartei unter Garibaldi ... einen neuen Freischarenzug gegen Rom vor. Zwar wurde Garibaldi am 23. September 1867 an der Grenze des Kirchenstaates ... mit seinen wenigen Begleitern auf Befehl Viktor Emanuels verhaftet, nach Genua und von hier nach Caprera gebracht ... Unterdessen aber strömten von verschiedenen Seiten Freischaren nach dem Kirchenstaat, und Menotti Garibaldi stellte sich an die Spitze der Bewegung.

Schon näherten sich die Insurgentenscharen Rom, und (Giuseppe) Garibaldi, der auf einer Barke aus Caprera entkommen war, erschien in ihrer Mitte. Da landete ein neues französisches Observationskorps, und die italienische Regierung ließ ihre Truppen in das päpstliche Gebiet einrücken. An der Aktion nahmen letztere indes keinen Anteil, sondern waren tatenlose Zuschauer, als die durch Franzosen verstärkten Päpstlichen Garibaldi am 3. November die

entscheidende Niederlage bei Mentana beibrachten. Auf dem Rückzug wurde Garibaldi von den Italienern entwaffnet und gefangen genommen.

Die italienischen Truppen verließen alsbald den Kirchenstaat wieder; auch die französische Regierung zog ... ihre Truppen aus Rom und konzentrierte dieselben um Civitavecchia. Unter ihrem Schutz suchte die päpstliche Regierung durch scharfe Strafen gegen die Aufständischen und durch ein strenges Polizeiregiment ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. Die Finanzlage des nunmehr verkleinerten Staates wurde von Jahr zu Jahr schlechter. 1868 stand einer Ausgabe von 74 Millionen Franc nur eine Einnahme von 29 Millionen gegenüber, bei einer Schuldenlast von 100 Millionen. ...<<

1847

Österreich: Staatskanzler Metternich erklärt im Juli 1847 gegenüber dem preußischen Gesandten in Wien (x233/72): >>... Österreich ist ein Reich, das unter seiner Souveränität Völker von verschiedenen Nationalitäten umfaßt, aber als Reich hat es nur eine Nationalität. Diese ist die deutsche – sie ist es durch die Geschichte, sie ist es als Knotenpunkt seiner Provinzen, sie ist es durch ihre Zivilisation.<<

Italien: Goffredo Mameli (1827-1849) verfaßt im Jahre 1847 den Text der späteren Nationalhymne Italiens (x230/74):

>>Ihr Brüder Italiens,
Das dem Schlaf sich entwunden
Und den Helm des Scipio
Aufs Haupt sich gebunden:
Sieg soll nun, die Locken
Zu opfern, sich zeigen,
Rom, ewig leibeigen
Hat Gott ihn gemacht.
Fest geschlossen die Reihen,
Woll'n wir dem Tode uns weihen,
Italien erwacht.<<

1848

Europa: Nach den Mißernten 1845, 1846 und 1847 herrschen im Jahre 1848 in vielen europäischen Gebieten große Hungersnöte. Allein in Irland verhungern infolge einer verheerenden Kartoffelfäule von 1845-1849 etwa 1,0 Millionen Menschen.

Der Zusammenbruch des internationalen Kreditwesens führt 1848 außerdem zum wirtschaftlichen Chaos und zur Massenarbeitslosigkeit. Die verzweifelte Lage der Menschen verschlimmert sich außerdem noch mehr, als infolge der mangelhaften Hygiene eine gefährliche Cholera-Epidemie in Europa ausbricht, die überall Angst und Schrecken verbreitet. Tausende von Arbeitslosen und Hungernden roten sich damals auf den Straßen zusammen, um bessere Lebensbedingungen zu fordern.

Österreich: Im Vielvölkerstaat Österreich verläuft die Revolution von 1848 wesentlich dramatischer als in Preußen und in den anderen deutschen Staaten.

Als im März 1848 der 1. Aufstand der Studenten und Arbeiter in Wien ausbricht, opfern die Habsburger ihren treuen Minister und Staatskanzler Metternich dem Volkszorn. Klemens Fürst von Metternich (1773-1859, rheinisches Adelsgeschlecht, in Koblenz geboren, verteidigt seit 1822 als Staatskanzler die Großmachtstellung Österreichs und sorgt jahrzehntelang für "Ruhe und Ordnung"), der damals als überzeugter Verfechter der Monarchie zu den meistgehaßten Männern Europas gehört, flüchtet während der schweren Unruhen 1848 nach England (Rückkehr: 1851).

Ein Wiener Student berichtet im März 1848 (x253/159): >>Welch freudige Überraschung! Die schwarz-rot-goldene Flagge weht vom Stephansdom in der Morgenluft. Mir war es wie

ein Märchentraum. Wir eilten in aller Frühe zur Universität. Da wallten wieder 2 deutsche Fahnen. Mit welcher Begeisterung wurden sie begrüßt. ... Vor der Burg machten wir Front. Der Kaiser erschien am Fenster und wurde mit Jubel empfangen. ... Die deutsche Fahne auf der Kaiserburg! ...

Nur ein Gefühl, ein Gedanke: Deutschland, Deutschland.<<

Im Verlauf der 3. Revolte (Oktober 1848) unterstützen meuternde österreichische Truppen die Aufständischen, so daß der österreichische Kaiser sogar Wien verläßt und nach Olmütz an der March (in Mähren) flieht.

Der deutsche Politiker Robert Blum (1807-1848, Führer der demokratischen Linken in der Frankfurter Nationalversammlung) wird im Verlauf der Unruhen in Wien festgenommen. Da sich Blum an den Kämpfen beteiligt hat, wird er am 8. November 1848 wegen aktiver Teilnahme am Wiener Oktoberaufstand zum Tod verurteilt und am 9. November 1848 standrechtlich erschossen.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Robert Blum (x803/46):
>>Blum, Robert, deutscher Schriftsteller und politischer Agitator, geboren am 10. November 1807 zu Köln in sehr dürftigen Verhältnissen, kam zu einem Goldarbeiter, dann zu einem Gelbgießer in die Lehre und fand später in einer Laternenfabrik ein Unterkommen, arbeitete hier auf dem Kontor und siedelte mit seinem Prinzipal nach Berlin über.

Durch seine Militärpflichtigkeit im April 1830 erwerbslos geworden, trat er bei dem Theaterdirektor Ringelhardt zu Köln in Dienst und folgte demselben als Theatersekretär und Kassierer (1831) nach Leipzig. In dieser Stellung fand er Muße und Gelegenheit zu seiner Fortbildung und zu literarischer Tätigkeit.

Außer vielen Beiträgen für Zeitschriften und einem Schauspiel: "Die Befreiung von Kandia" (Leipzig 1836), redigierte er in Verbindung mit Herloßsohn und Marggraff das "Theaterlexikon" (Altenburg und Leipzig 1839-42, 7 Bände), mit Steger den "Verfassungsfreund" und das Taschenbuch "Vorwärts" und war Hauptmitarbeiter an den "Sächsischen Vaterlandsblättern". Er war bei der Stiftung des Schiller-Vereins 1840 beteiligt, schloß sich mit großem Eifer der deutsch-katholischen Bewegung an und trat 1845 an die Spitze der neugestifteten Gemeinde in Leipzig.

Bei dem blutigen Konflikt am 12. August 1845 zu Leipzig hielt er die aufgeregte Menge von Gewalttaten zurück. Im Jahre 1847 gab er seine Stelle als Theaterkassierer auf und begründete eine Buchhandlung, in der außer anderen Werken die von ihm selbst geschriebenen: "Ein Weihnachtsbaum", Lebensbeschreibungen freisinniger Deutschen enthaltend, und ein "Staatslexikon für das deutsche Volk" erschienen. Sein Versuch, ein politisches Blatt zu begründen, scheiterte aber an dem Widerstand der sächsischen Regierung.

Inzwischen stieg sein Ansehen bei der radikalen Partei. In den Februar- und Märztagen 1848 wurde er Hauptführer der sächsischen Demokratie ... Im Vorparlament fungierte er als einer der Vizepräsidenten, wurde Mitglied des Fünzigerausschusses, war im Frankfurter Parlament Vertreter Leipzigs und Führer der Linken, aber zugleich bemüht, ... extreme Schriften zurückzuhalten, weshalb er sogar der Unentschiedenheit beschuldigt wurde.

Als Redner zeichnete er sich durch Gewandtheit, Schlagfertigkeit und Pathos aus, ließ aber bei allem Talent tiefere staatsmännische Bildung oft vermissen.

Daher wurde auch seine Stellung in Frankfurt mehr und mehr unhaltbar, und bereitwillig ließ er sich deshalb nebst Julius Fröbel von der Linken des Parlaments zum Abgesandten an das aufständische Wien ernennen.

Dort wurde die Deputation am 17. Oktober von den leitenden Korporationen aufs ehrenvolle empfangen. Am 26. Oktober trat Blum selbst in die Reihen der Kämpfer und befehligte auf einer Barrikade.

Nach der Erstürmung Wiens wurde er am 4. November in seinem Gasthof mit Fröbel verhaftet. Obwohl er sich auf seine Unverletzlichkeit als Reichstagsabgeordneter berief, wurde er am 8. November, weil er die Waffen gegen die kaiserlichen Truppen geführt hatte, vom Kriegsgericht zum Strang verurteilt.

Das Urteil wurde in Tod durch Pulver und Blei verwandelt und am 9. November morgens in der Brigittenau vollzogen.

Dieser Ausgang Blums erregte in ganz Deutschland, namentlich aber in Leipzig, die lebhafteste Teilnahme. In der Reichsversammlung erhob sich am 14. November ein großer Sturm. Die für Blums Hinterbliebene eröffnete Nationalsubskription ergab ... (etwa) 120.000 Mark. ...<<
Der kroatische General Joseph Jellachich (1801-1859) erklärt nach der Einnahme Wiens im Dezember 1848 (x233/73): >>... (Die Madjaren müssen) mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Sind wir mit Ungarn fertig, dann kommt der hiesige Reichstag an die Reihe. die bisherige Apothekerwirtschaft muß ein Ende nehmen.

Für die nächste Zeit ist in Österreich (auf seinen Säbel schlagend) das der Reichstag! Nur so gelangen wir zur wahren Freiheit, von welcher die Frankfurter Professoren nichts verstehen. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs im Jahre 1848 (x812/517-519): >>(Österreich) ... Auf die erste Nachricht von der Pariser Februarrevolution dachte man in Österreich nicht an Politik, sondern an das Geld und bestürmte die Staats- und Sparkassen, da man allgemein von der Unvermeidlichkeit des Staatsbankrottes überzeugt war; das bare Geld war wie durch Zauberschlag verschwunden.

Die feurige Rede, welche Kossuth am 3. März 1848 im ungarischen Reichstag gegen das verrottete Regierungssystem hielt, die "Taufrede der österreichischen Revolution", fand in allen Kronländern lauten Widerhall und veranlaßte auch in Wien einen Adressensturm für Reformen, gegen welchen Zensur und Polizei ohnmächtig waren.

Am Hof war man uneinig, und es erfolgte zunächst nichts als die Abdankung Metternichs (13. März). Mit ihm brach auch sein System für immer zusammen; nicht eine bleibende Schöpfung überlebte ihn.

Dann aber ließen sich die bisherigen Machthaber ein Zugeständnis nach dem anderen, Bewaffnung der Studentenschaft, Pressefreiheit, Einberufung von Abgeordneten der deutschen, slawischen und italienischen Provinzen bis zum 3. Juli, entreißen, ohne dadurch die tumultuarische Menge zu befriedigen. Endlich sagte am 15. März ein kaiserliche Manifest die baldigste Einberufung von Abgeordneten ... (zur) "Konstitution des Vaterlandes" zu. An Stelle der Staatskonferenz trat am 21. März ein verantwortliches Ministerium ...

Dasselbe vermochte aber der herrschenden Anarchie um so weniger zu steuern, als die verfügbaren Truppen alle nach Italien geschickt worden waren. Die von radikalen Demagogen geführte Nationalgarde und die Aula, die konstruierte Studentenschaft, hatten das Heft in Händen und bildeten ein politisches Zentralkomitee zur Beschirmung der Volksrechte, welches sich ohne weiteres der Regierung bemächtigte.

Das Staatsgrundgesetz, das Pillersdorf am 25. April verkündigte, erntete nichts als Tadel und Spott, obwohl es der belgischen Verfassung nachgebildet war; die wichtigste Frage freilich, ob Österreich ein Föderativ- oder ein Einheitsstaat sein sollte, ließ es ungelöst.

Als die Minister am 13. Mai sich erkühnten, der Nationalgarde die Teilnahme am Zentralkomitee zu verbieten, erzwang die entrüstete Aula (Studentenschaft) mit Hilfe des Pöbels am 15. Mai nicht bloß die Zurücknahme jenes Verbotes, sondern auch die Suspension der Verfassung vom 25. April, ein Wahlgesetz ohne Zensus, die Einberufung einer konstituierenden Reichsversammlung und die gemeinschaftliche Besetzung der Stadttore und der Burgwache durch Nationalgarde und Militär.

Gleichzeitig mit dem Zusammenbruch der Regierungsautorität in der Hauptstadt war auch die

Einheit des Staates in höchster Gefahr. Ungarn riß sich fast ganz von Österreich los; die österreichischen Farben, die kaiserlichen Adler verschwanden. Die Erfolge der Ungarn veranlaßten die Kroaten und Serben, ihre Lostrennung von Ungarn zu verlangen.

In Prag bildete sich ein Nationalausschuß, der vom Kaiser ein eigenes böhmisches Ministerium, die Vereinigung sämtlicher Länder der Wenzelskrone zu einem Staat und eine neue böhmische Verfassung forderte. In Krakau kam es zu einem Aufstand, der aber vom Gouverneur ... am 26. April unterdrückt wurde.

Dagegen mußten die Österreicher vor der Erhebung der Bevölkerung Mailand und Venedig räumen und Radetzky mit den Truppen sich in das Festungsviereck zurückziehen.

Die Deutschösterreicher sahen aber in dieser Auflösung des alten Österreich in autonome Länder keine Gefährdung ihrer eigenen politischen Stellung, sondern nur die Niederlage der verhaßten Regierung.

Überraschend und anfangs niederschmetternd wirkte am 17. Mai die Kunde, daß Kaiser Ferdinand Schönbrunn verlassen und sich nach Innsbruck inmitten seiner treuen Tiroler begeben habe. Abgesandte aller Körperschaften gingen nach Innsbruck ab, um den Kaiser zur Rückkehr in seine Hauptstadt zu bewegen. Das Zentralkomitee löste sich auf, und am 26. Mai verfügte das Ministerium auch die Auflösung der Studentenlegion. Aber schon war die Stimmung wieder umgeschlagen; von neuem erhoben sich die Barrikaden und kamen die Arbeiter ihren "Brüdern", den Studenten, zu Hilfe, und ohne daß es zum Kampf kam, gab das Ministerium nach.

Pillersdorf, aller Machtmittel beraubt, erkannte den neuen Sicherheitsausschuß unter Fischhofs Vorsitz als unabhängig von jeder anderen Behörde an, stellte sämtliches Staatseigentum unter seinen Schutz und ließ ihn mit diktatorischer Unabhängigkeit schalten. Von Erzherzog Johann, der am 15. Mai vom Kaiser für dessen Abwesenheit mit der Regierungsvollmacht bekleidet und am 26. Juni nach Wien gekommen war, forderte der Ausschuß dennoch die Entlassung Pillersdorfs und erhielt sie zugestanden; Dobblhoff bildete ein neues Ministerium, ... "um eine volkstümliche Monarchie auf Grundlage des gesetzlich ausgesprochenen Volkswillens zu gründen".

Diese Aufgabe sollten die neuen Minister in Gemeinschaft mit dem ersten konstituierenden österreichischen Reichstag lösen, welcher am 22. Juli vom Erzherzog Johann eröffnet wurde. In demselben waren die deutschslawischen Länder durch 383 Deputierte vertreten; dieselben entbehrten fast alle der parlamentarischen Schulung, viele waren des Deutschen unkundig; eine feste Parteibildung nach politischen Grundsätzen war nicht vorhanden, der Reichstag zerfiel in lauter nationale Gruppen.

Von Bedeutung war, daß nicht weniger als 94 Bauern, darunter viele Ruthenen, in den Reichstag gewählt worden waren. Handelte es sich doch für den Bauernstand um die Aufhebung des drückenden Untertänigkeitsverhältnisses und die Abschüttelung der Feudallasten (Robot), welche zwar meist tatsächlich erfolgt, aber nicht gesetzlich sanktioniert waren. Der dahin gehende Kudlichsche Antrag vom 26. Juli wurde vom Reichstag sofort beraten und am 7. September die Freiheit des Grund und Bodens beschlossen, ein bemerkenswerter Fortschritt, der auch nie zurückgenommen worden ist.

Inzwischen hatte die Regierung in den Provinzen wieder etwas an Ansehen und Kraft gewonnen. Ein Aufstand, der im Anschluß an den Slawenkongreß am 12. Juni in Prag ausbrach, wurde von Windischgrätz niedergeschlagen und damit den tschechischen Bestrebungen nach Selbständigkeit Böhmens ein Ende gemacht. Radetzky, der sich im Festungsviereck behauptet hatte, brach im Juli aus demselben hervor, besiegte am 23. Juli ... und 25. Juli bei Custozza die sardinische Armee und rückte wieder in Mailand ein.

Infolge des Waffenstillstandes von Vigevano (9. August) räumten die Sardinier das Lombardisch-Venezianische Königreich, und nur Venedig blieb unbezwungen. Unter diesen Umstän-

den kehrte der kaiserliche Hof von Innsbruck nach Wien zurück, wo er am 12. August unter lebhaftem Jubel des Volkes seinen Einzug hielt. Doch war die Stimmung des niederen Volkes in Wien infolge der Stockung aller Geschäfte und alles Verkehrs und der Abwesenheit der reichen Familien und Fremden eine verzweifelte geworden, die sie demagogischen Aufreizungen zugänglich machte.

Als der Minister Schwarzer am 21. August den Tagelohn für die auf Staatskosten beschäftigten Arbeiter herabsetzte, brach ein Arbeiterkrawall aus, der zwar mit Waffengewalt unterdrückt wurde, dem aber wenige Wochen später (13. September) ein zweiter folgte. Die Aufregung stieg infolge der Ereignisse in Ungarn.

Im September begann der Banus von Kroatien, Jellachich, insgeheim vom Wiener Hof aufgemuntert, den Krieg gegen die Magyaren. Der ungarische Reichstag schickte, um hierüber Beschwerde zu führen, eine Deputation an den Reichstag und das Volk von Wien, welche zwar von der slawischen Mehrheit des Reichstages nicht vorgelassen, von der Wiener Demokratie aber mit offenen Armen aufgenommen wurde, da dieselbe erkannte, daß die Unterwerfung der Ungarn ihren eigenen Untergang nach sich ziehen müsse.

Als die Ermordung des Grafen Lamberg in Pest (28. September) den Bruch zwischen Österreich und Ungarn unvermeidlich gemacht hatte und die Truppen an der ungarischen Grenze zusammengezogen wurden, suchten die Demagogen die Truppen zur Widersetzlichkeit aufzureizen. Wirklich weigerte sich am 6. Oktober ein Grenadierbataillon, nach Ungarn abzumarschieren, und als sein Widerstand durch andere Truppen gebrochen werden sollte, entspann sich an der Taborbrücke zu Wien zwischen den Truppen, der Nationalgarde und dem Volk ein Kampf, in welchem letztere den Sieg behaupteten.

Bei der Untätigkeit und Kopfllosigkeit der Behörden verbreitete sich der Aufruhr in das Innere der Stadt, der Kriegsminister Graf Latour wurde im Hofkriegsratsgebäude aufgespürt, aus seinem Versteck hervorgezogen, grausam ermordet und an einem Laternenpfahl aufgehängt. Ein Angriff auf das Zeughaus versorgte die aufrührerischen Massen mit Waffen, und als die Nacht hereinbrach, waren sie Herren der Stadt. Der Reichstag nahm die Vermittlung zwischen dem Hof und dem Aufstand in die Hand und verlangte vom Kaiser Einstellung des Kampfes, Amnestie und ein volkstümliches Ministerium.

Fast wider Erwarten kam aus Schönbrunn die Nachricht, daß diese Forderungen gewährt seien, am Morgen des 7. Oktober aber die weitere, daß der Kaiser unter militärischer Bedeckung nach Olmütz gereist sei. Ein zurückgelassenes Manifest verurteilte das Vorgefallene aufs schärfste und rief die Völker Österreichs zum Kreuzzug gegen die Revolution auf. Das Ministerium löste sich auf, viele Abgeordnete verließen den Reichstag.

Auf die Kunde von den Wiener Ereignissen rückte Jellachich sofort gegen Wien, und der Befehlshaber der kaiserlichen Truppen daselbst zog ihm entgegen. Gleichzeitig schickte Fürst Windischgrätz, der schon im Sommer vom Kaiser zum Oberbefehlshaber des ganzen kaiserlichen Heeres außer dem Radetzky'schen in Italien ernannt worden war, von Prag aus Streitkräfte gegen Wien und verhängte am 20. Oktober Belagerungszustand und Standrecht über die Stadt.

In Wien, wo es außer dem neugebildeten Gemeinderat an jeder Behörde fehlte, war die Bevölkerung, von der 100.000 Menschen geflohen waren, zu einer entschlossenen Gegenwehr wenig geneigt. Aber alle Versuche der Vermittlung und Versöhnung wurden vom Hof in Olmütz und von Windischgrätz zurückgewiesen.

So fiel die Leitung der Dinge dem Zentralausschuß der demokratischen Vereine zu, der den ehemaligen Leutnant Messenhauser zum Oberkommandanten der Stadt ernannte. Ihm schlossen sich internationale Revolutionäre an, von denen der fanatische Pole Bem den Oberbefehl über die mobilen Truppen übernahm. Die Frankfurter Parlamentsmitglieder R. Blum und Fröbel, welche eine Zustimmungsadresse der Frankfurter Linken überbrachten, ermunter-

ten die Wiener zum Widerstand. Auch rechnete man auf den Beistand der Ungarn, welche schon die Leitha überschritten hatten.

Als Windischgrätz' Forderungen, Entwaffnung und Auslieferung Bems, Pulszkys, der Mörder Latours u.a., nicht erfüllt wurden, schritt derselbe am 26. Oktober zum Angriff zunächst auf die Vorstädte, am 28. Oktober auf die Stadt selbst, die sich am 30. Oktober auf Gnade und Ungnade ergeben mußte. Schon war man mit der Ausführung der Kapitulation beschäftigt, als der Kanonendonner die Ankunft der so lange vergeblich erwarteten Ungarn ankündigte und der Kampf von Messenhausers Adjutanten Fenner von Fenneberg erneuert wurde.

Doch die Ungarn wurden bei Schwechat von Jellachich geschlagen und das planlos verteidigte Wien am 31. Oktober abends von Windischgrätz erobert. Messenhauser, die Literaten Becher und Jellinek sowie R. Blum wurden erschossen, viele andere von den Kriegsgerichten zu Kerkerstrafen verurteilt. Die Bevölkerung, welche sich die Herrschaft der Aula (Studentenschaft) und des Pöbels ruhig hatte gefallen lassen, unterwarf sich kriechend der siegreichen Soldateska und unterstützte deren Rachewerk durch Denunziationen.

Nach der Niederwerfung des Aufstandes in der westlichen Reichshälfte wurde Fürst Felix Schwarzenberg an die Spitze eines neuen Ministeriums gestellt, welches die Monarchie wieder aufrichten sollte, und der Reichstag unter Bestätigung seiner vor dem 6. Oktober gefaßten Beschlüsse zum 22. November nach Kremsier berufen.

Kaiser Ferdinand legte am 2. Dezember 1848 die Krone nieder, und Franz Joseph I. übernahm im Alter von 18 Jahren die Herrschaft, in der Hoffnung, wie seine Proklamation sagte, "daß es ihm gelingen werde, alle Länder und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper zu vereinigen". ...<<

Böhmen: In Böhmen und Mähren ereignen sich im Jahre 1848 ebenfalls schwere Unruhen. Die österreichischen Truppen schlagen jedoch alle Aufstände der Tschechen und der anderen fremdsprachigen Völker mit brutaler Gewalt nieder.

Der tschechische Historiker Franz Palacky lehnt am 11. April 1848 die Teilnahme an den Frankfurter Parlamentswahlen ab (x056/234): >>... Der ausgesprochene Zweck ihrer Versammlung ist ... die deutsche Nation zur wirklichen Einheit zu bringen, das deutsche Nationalgefühl zu kräftigen. ...

Ich bin kein Deutscher, fühle mich wenigstens nicht als solcher. ... Ich bin ein Böhme slawischen Stammes und habe ... mich dem Dienste meines Volkes ganz und für immer gewidmet. ... Die ... Grundlage ... (des österreichischen Kaiserstaates sollte) der Grundsatz der vollständigen Gleichberechtigung ... aller unter seinem Szepter vereinigten Nationalitäten und Konfessionen (sein).<<

Beim sog. "Slawenkongreß" in Prag (Juni 1848) sind Haßtiraden gegen die Deutschen bereits wesentliche Bestandteile aller Vorträge.

Es wird in jener Zeit bereits die Zurückdrängung bzw. Ausrottung des Deutschtums östlich der Linie Stettin - Oder - Neiße - Triest gefordert. Die Verdrängung der Deutschen wird damals als besonders wichtige Voraussetzung für die Einigung aller Slawen herausgestellt. Nach dem Slawenkongreß fordern die Slawen, unter Führung der Tschechen, die nationale Gleichberechtigung innerhalb der "Donaumonarchie".

Der tschechische Historiker Franz Palacky schreibt im Jahre 1848 (x233/72): >>... Kein Volk auf Erden ist berechtigt, zugunsten von seinem Nachbar die Aufopferung seiner selbst zu fordern, keines ist verpflichtet, sich zum Besten des Nachbarn zu verleugnen oder aufzuopfern. Die Natur kennt keine herrschenden, so wie keine dienenden Völker. ...

Metternich ist nicht bloß darum gefallen, weil er der ärgste Feind der Freiheit, auch darum, weil er der unversöhnlichste Feind aller slawischen Nationalität in Österreich gewesen. ...<<

Der "Panslawismus"

Die Ungarn (19 %), Tschechen (13 %), Polen (9 %), Rumänen (7 %), Ukrainer (6 %), Slowa-

ken (5 %), Kroaten (4 %), Slowenen (3 %), Mazedonier bzw. Italiener (2 %), Serben und andere Völker (4 %) nutzten damals die politischen und wirtschaftlichen Probleme, um eine gewaltsame Loslösung von Österreich (Bevölkerungsanteil = 28 % Deutsche) herbeizuführen (x056/314).

Die slawischen Völker fühlten sich gegenüber den Deutschen besonders benachteiligt und forderten vor allem größere Rechte und Freiheiten. Seit dem 17. Jahrhundert waren viele Serben nach Österreich geflohen, um der brutalen Türkenherrschaft zu entgehen. Jetzt versuchten vor allem diese radikalen serbischen "Emigranten", die regelmäßig russische Unterstützung erhielten, sämtliche slawischen Völker zu einigen (sog. "Panslawismus").

Der neuerwachte slawische Nationalismus und der unbändige Freiheitsdrang der Balkanslawen bedrohten den Vielvölkerstaat Österreich derartig, so daß die Habsburger sogar Kontakte bzw. Verhandlungen mit dem türkischen Erzfeind aufnahmen. Rußland verstärkte daraufhin die Unterstützung der slawischen Balkanvölker.

Vor dem 19. Jahrhundert gab es in Böhmen und Mähren, abgesehen von den schweren Gewalttaten während der Hussitenkriege (1419-36), keine ernsthafteren nationalen Gegensätze zwischen den Deutschen und Tschechen. Seit dem 19. Jahrhundert veränderten vielfältige Nationalitätenkonflikte das ehemals freundschaftliche deutsch-tschechische Verhältnis grundlegend.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über den "Panslawismus" (x812/656):
>>Panslawismus, das Einheitsstreben der slawischen Stämme (Russen, Ruthenen, Tschechen, Wenden, Slowaken, Kroaten, Slowenen, Serben, Bosnier, Bulgaren u.a.), welches infolge ihrer örtlichen und staatlichen Zersplitterung, ihrer religiösen Spaltung, ihrer teilweisen Unterdrückung durch fremde Despotie in hervorragenden Geistern, besonders der westlichen Slawenstämme, im 4. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts erwachte.

Eine literarische geistige Vereinigung der Slawen wurde zuerst angeregt durch den Slowaken Johann Kollár, fand besonderen Anklang bei den Tschechen und führte zu einer ersten Manifestation des Panslawismus in dem Slawenkongreß in Prag im Juni 1848.

Die panslawistischen Ideen wurden dann von Agitatoren in Österreich weiter gepflegt und durch die russischen Slawophilen Axakow, Katkow und andere in Rußland eifrig befördert, das, als einziger selbständiger slawischer Staat und die meisten Slawen umfassend, sich, zunächst allerdings nur in Zeitungen und Vereinen, zum Protektor aller Slawen aufwarf und bei der ethnographischen Ausstellung in Moskau im Mai 1867 von zahlreichen Deputationen slawischer Stämme auch als solcher gefeiert wurde; nur die Polen schlossen sich entschieden aus.

Seitdem haben die panslawistischen Tendenzen einer politischen Einigung aller Slawen unter russischer Ägide in Rußland immer mehr Anklang und in der Moskauer Wohltätigkeitsgesellschaft ein Zentrum gefunden als ein Mittel zu Förderung ihrer politischen Pläne, und besonders in der orientalischen Frage tritt Rußland nicht mehr bloß als Beschützer der griechischen Christen, sondern auch als der Hort der Slawen auf.

Seitdem durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 die Slawen in Österreich politisch zurückgedrängt wurden, suchten auch die österreichischen Slawen, besonders die Tschechen, ihren Mittelpunkt in Rußland, dessen Kaiser "Kaiser aller Slawen" genannt wird, und wo die Slawophilen hoffen, daß einst "alle slawischen Bäche ins russische Meer fließen" werden.

Die größere Freiheit der Bewegung, welche seit 1879 die österreichischen Slawen erlangt haben, läßt den religiösen Gegensatz zwischen Ost- und Westslawen mehr hervortreten, und auch die Balkanslawen streben mehr nach Selbständigkeit als früher, da sie den russischen Schutz nicht entbehren konnten ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Jan Kollár (x809/937): >>Kollár, Jan, slawischer Dichter und Altertumsforscher, geboren am 29. Juli 1793 zu Mossocz im ungarischen Komitat Thuróc, studierte auf dem Lyzeum zu Preßburg und seit 1817 in Jena Theologie und wurde 1819 slowakischer Prediger der neubegründeten evangelischen Gemeinde in Pest.

Als Dichter trat er zuerst auf mit einer Sammlung kleinerer Gedichte (Prag 1821), welche später teilweise umgearbeitet ... erschienen, und worin er seinem Schmerz über das Verdrängtwerden seines Stammes durch die deutsche Kultur Ausdruck gab. Dann folgte die verdienstvolle Sammlung slowakischer Volkslieder: "Narodnie Zplewanky" (2. Auflage Ofen 1832-33). Von seinen übrigen Werken nennen wir ... sein deutsch geschriebenes Werk "Über die literarische Wechelseitigkeit zwischen den Stämmen und Mundarten der slawischen Nation" (Pest 1831).

Als ... die Sprachenkämpfe in Ungarn begannen, scharte sich die ganze slowakische Jugend um den berühmten Dichter und Schriftsteller, obschon dieser selbst sich gegen jegliche panslawistische Tendenz verwahrte.

1849 zum ordentlichen Professor der Archäologie an der Universität zu Wien ernannt, starb er daselbst am 24. Januar 1852. Nach seinem Tod erschien noch das archäologische Werk "Staro-Italia slavjanská" ("Das slawische Altitalien", Wien 1853) ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Böhmens im Jahre 1848 (x803/142): >>(Böhmen) ... Mit der Revolution von 1848 kamen auch über Böhmen schwere Erschütterungen, und mit dem Ruf nach politischer Freiheit verband sich auf tschechischer Seite eine Opposition gegen das Deutschtum. So versammelte sich in Prag, während die Deutschen in Böhmen der Frankfurter Nationalversammlung ihre Sympathien zuwandten, im Mai 1848 ein Slawenkongreß, worauf am 11. Juni der blutige Straßenkampf, am 15. Juni ein Bombardement, die Unterwerfung Prags und die Sprengung des Slawenkongresses folgten.

Auf dem ersten konstituierenden Reichstag Österreichs bildeten die tschechischen Deputierten die Rechte, flüchteten beim Ausbruch der Wiener Oktoberrevolution und wirkten für die Verlegung des Reichstages nach Kremsier. Auch in dem Kampf gegen Ungarn standen sie auf seiten der Regierung und übten einen bedeutenden Einfluß auf den Gang der Dinge ...<<

Ungarn: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Ungarns im Jahre 1848 (x815/1.009): >>(Ungarn) ... Als die Februarrevolution von 1848 der liberalen Bewegung in ganz Europa einen mächtigen Anstoß gab, trat die Opposition offen mit dem Endziel ihrer Wünsche, einer neuen freisinnigen Konstitution und einem selbständigen ungarischen Ministerium, hervor.

Diese Forderungen wurden auf Antrag Kossuths am 16. März in einer Adresse an den Kaiser ausgesprochen und nach Überreichung derselben sofort bewilligt. Der Palatin Erzherzog Stephan wurde zum Stellvertreter des Kaisers für Ungarn, Batthyány zum Ministerpräsidenten ernannt. Die Roboten (Frondienste) wurden abgeschafft, der Zehnte durch Verzicht des Klerus beseitigt, gleiche Besteuerung, die Bildung einer Nationalgarde, Pressefreiheit und Schwurgerichte, endlich Umgestaltung des Reichstages zu einer wirklichen Volksvertretung beschlossen.

Der Kaiser genehmigte alle diese Beschlüsse, als er den Reichstag am 11. April schloß, und das Ministerium, welches seinen Sitz nach Pest verlegte, begann sofort die Ausführung derselben sowie eine straffere Einigung aller Länder der Stephanskrone.

Die Unduldsamkeit der herrschsüchtigen Magyaren rief aber bei den nichtmagyarischen Völkern Widerstand hervor. Namentlich die Kroaten sagten sich völlig von Ungarn los und wählten Jellachich zum Banus.

Der neugewählte ungarische Reichstag, welcher am 5. Juli 1848 in Pest durch den Palatin er-

öffnet wurde, bewilligte dem Ministerium sofort 200.000 Mann Landwehr und 42 Millionen Gulden zur Unterdrückung der slawischen Lostrennungsgelüste.

Aber der Hof, ermutigt durch die Siege in Italien, verweigerte die Genehmigung dieser Beschlüsse; am 14. August wurde dem Erzherzog Stephan die Vollmacht der Stellvertretung entzogen, und als der Reichstag auf Kossuths Antrag eine Deputation von 120 Mitgliedern nach Wien schickte, welche energisches Einschreiten gegen den kroatischen Aufstand, Verlegung des Hoflagers nach Pest und Rücksendung aller ungarischen Regimenter in die Heimat verlangte, wurden diese Forderungen am 9. September abgelehnt und der bisher verleugnete Jellachich in seine Ehren und Würden wieder eingesetzt.

Der geheimen Zustimmung des Wiener Hofes sicher, rückte Jellachich am 11. September mit dem kroatischen Heer über die ungarische Grenze, indem er in einer Proklamation die Errichtung eines österreichischen Gesamtstaates als sein Ziel verkündete. Die Pester Nationalversammlung ernannte den Erzherzog Stephan zum Oberbefehlshaber der ungarischen Armee und übertrug, als dieser am 25. September auf Verlangen des Hofes sein Amt niederlegte, die Leitung der Verteidigung einem Ausschuß unter Kossuths Vorsitz.

Der vom Kaiser zum Oberkommandanten von Ungarn ernannte Graf Lamberg wurde von der Nationalversammlung nicht anerkannt und am 28. September vom Pöbel auf der Brücke zwischen Ofen und Pest ermordet.

Damit war der offene Krieg erklärt; am 29. September kam es bei Velencze zum ersten Treffen zwischen Kroaten und Ungarn. Während die Ungarn sich mit der revolutionären Opposition im Wiener Reichsrat in Verbindung setzten, hob ein kaiserliches Manifest vom 3. Oktober die ungarische Nationalversammlung und ihre Beschlüsse auf und ernannte Jellachich zum ... (Vertrauten) ... des Kaisers in Ungarn.

Der Wiener Oktoberaufstand verzögerte die kriegerischen Maßregeln gegen Ungarn; aber da die Ungarn Wien zu spät und bloß mit 18.000 Mann zu Hilfe kamen, welche am 30. Oktober bei Schwechat zum Rückzug gezwungen wurden, fiel die Hauptstadt am 31. Oktober in die Gewalt (von) Windischgrätz, welcher der ungarischen Armee eine 14tägige Frist zur Niederlegung der Waffen stellte und nach deren ... Ablauf Mitte Dezember die Kriegsoperationen gegen Ungarn begann; um dieselbe Zeit verschärfte der ungarische Reichstag den Konflikt, indem er am 15. Dezember 1848 die Abdankung Kaiser Ferdinands für ungültig erklärte und gegen die Thronbesteigung Franz Josephs Protest erhob.

Windischgrätz rückte am 18. Dezember in Preßburg ein; Jellachich drang nach einem Gefecht mit Görgei bis Wieselburg vor und schlug Perczel am 29. Dezember bei Mór; nur in Siebenbürgen kämpfte der Pole Bem mit Glück und behauptete das untere Theißgebiet. ...<<

Italien: Der italienische Freiheitskämpfer Giuseppe Mazzini (1805-1872, Gründer des Geheimbundes "Junges Italien" und republikanischer Vorkämpfer der nationalen Einigung Italiens) schreibt 1848/49 (x239/136): >>... Es gibt kein wahres Hindernis für 26 Millionen Menschen, welche für das Vaterland aufstehen und kämpfen wollen. ...

Deutschland ausgenommen, haben wir allein unter den Völkern uns Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit erst noch zu erkämpfen. ...

Sagt dem Volke: für dich gibt es kein Recht – keine Vertretung – kein Amt – keine besondere Würde – keine Liebe – keine Sympathie; für dich gibt es Tränen und Elend, bürgerliche, politische und kirchliche Unterdrückung. ...

Streckt nach dem lombardischen Boden die Hand aus: da sind die Männer, die eure Knechtschaft verewigen; streckt sie nach den Alpen aus: "Hinaus Barbar! Krieg den Österreichern!" - Das Volk wird euch folgen. ...

Und es gibt ein Wort, welches das Volk überall versteht. ... Dieses Wort heißt Republik. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1848-1849 (x809/78-79): >>(Italien) ... Inzwischen war die Revolution im Süden der Halbinsel zum

Durchbruch gekommen. Ein blutiger Aufstand in Palermo nötigte den König von Neapel, zur Behauptung der schönen Insel etwas zu tun. Er erteilte daher im Januar 1848 eine Verfassung für das ganze Königreich. Im März befand sich die Lombardei in vollem Aufstand, und in Turin drängte man den König Karl Albert, zur Befreiung Italiens das Schwert zu ergreifen. Die Herzogtümer Mittelitaliens folgten der allgemeinen Bewegung.

Einer der folgenreichsten Entschlüsse für die Entwicklung Italiens war aber die am 24. März 1848 beschlossene Kriegserklärung Sardinien an Österreich. Indem Karl Albert hierdurch seinen Thron gegen die republikanischen Bewegungen sicherte, schwang er sich ... an die Spitze der italienischen Unabhängigkeits- und Einheitspartei und gab seinem Staat und seiner Regierung die entscheidende Richtung.

Da die Österreicher Mailand geräumt und sich hinter den Mincio zurückgezogen hatten, so besetzte die piemontesische Armee (26. März) die Hauptstadt der Lombardei, während auch Venedig durch Kapitulation der Österreicher (22. März) in die Gewalt einer republikanischen Regierung fiel. Indessen vermochte König Karl Albert weder durch das Aufgebot der regulären Truppen noch durch den Zuzug der Freischaren eine dem österreichischen, von Radetzky kommandierten Heer gewachsene Macht herzustellen.

Anfangs war der Verlauf der Kriegereignisse für die piemontesische Armee zwar nicht ungünstig, aber sie vermochte die Zentralstellung der Österreicher in dem Festungsviereck am Mincio nicht zu durchbrechen. Nachdem Radetzky Verstärkungen an sich gezogen hatte, brach er hervor und gewann durch eine Reihe von Siegen bei Curtatone (29. Mai), bei Vicenza (11. Juni) und bei Custoza (25. Juli) die Lombardei und Mailand wieder.

Die künftige Gestaltung Italiens wurde nun mehr und mehr ein Gegenstand der allgemeinen diplomatischen Erörterung, indem Frankreich und England Mittlerrollen in Anspruch nahmen und Englands Minister Palmerston das Interesse Italiens mit Nachdruck und nicht ohne die Wärme innerer Überzeugung vertrat.

Aber eine Neugestaltung der politischen Verhältnisse der Halbinsel scheiterte an der Unvereinbarkeit der monarchischen Pläne Sardinien mit den republikanischen Gestaltungen, welche mittlerweile in den mittelitalienischen Staaten und in Rom Platz gegriffen hatten. Auch war in Neapel der alte Gegensatz zu Sizilien erwacht und der blutigste Bürgerkrieg zwischen den beiden Teilen des Königreiches geführt worden. Österreich konnte alle diese Verhältnisse leicht benutzen, um die vermittelnden Westmächte zu täuschen und die einfache Wiederherstellung der alten Zustände anzubahnen.

Unter diesen Umständen erneuerte Piemont im Frühjahr 1849 den Krieg gegen den übermächtigen Nachbar, welcher in den eroberten Provinzen ein strenges Militärregiment eingeführt hatte und die öffentliche Meinung von ganz Italien gegen sich wachrief. Allein der Zustand des piemontesischen Heeres ließ sehr viel zu wünschen übrig. Weder die Ausrüstung war ... hinreichend, noch standen die Truppen unter tüchtigen Führern.

Indem Radetzky den Schein erregte, als wollte er, wie im Jahr vorher, Mailand räumen und die Minciolinie halten, täuschte er die Piemontesen gründlich und schlug dieselben bei Novara am 23. März 1849 entscheidend ... Karl Albert, der sich allen Gefahren der Schlacht ausgesetzt hatte, aber unverwundet blieb, dankte darauf ab und übertrug, da er sich persönlich für das größte Hindernis eines erträglichen Friedens betrachtete, die Regierung seinem Sohn Viktor Emanuel II.

Vor der geplanten Vernichtung durch Österreich wurde indes Piemont durch England und das Österreichs Machtentwicklung in Italien eifersüchtig beobachtende Frankreich geschützt. Österreich mußte auf alle Territorialveränderungen verzichten, Piemont aber entwickelte in den Formen eines konstitutionellen Staatslebens in den nächsten Jahren seine Wehrkraft und wurde bald die einzige Hoffnung der italienischen Patrioten.

Denn inzwischen hatte das Drama der republikanischen Versuche überall sein blutiges Ende

gefunden. Venedig war (22. August 1849) in den Besitz Österreichs zurückgekehrt; die Mittelstaaten nahmen ihre Souveräne wieder auf; in Rom lag die Republik in den letzten Zügen. Es konnte nur die Frage sein, welche von den Mächten, Österreich, Neapel oder Frankreich, in der Ewigen Stadt die päpstliche Herrschaft wieder aufrichten sollte. Die Neapolitaner, welche zu Gunsten des Papstes intervenierten, warf Garibaldi mit Leichtigkeit über den Haufen; Österreich ließ nur langsam seine Truppen vorgehen; ein erster Versuch der Franzosen auf Rom im April 1849 zeigte sich auch als unzulänglich.

Indem nun dadurch die militärische Ehre Frankreichs verpfändet war, zögerte die Regierung des Präsidenten Napoleon nicht länger, mit ausreichenden Mitteln Rom anzugreifen, um so mehr, da Napoleon für seine dynastischen Pläne der Gunst des Klerus bedurfte. Nachdem die Franzosen sich hinreichend verstärkt hatten, begannen sie die Belagerung der Stadt, welche von den Römern heldenmütig verteidigt wurde. Am 2. Juli zogen die Franzosen in Rom ein in der Meinung, es würde ihnen nun vergönnt sein, dem Kirchenstaat eine die Rechte des Papstes wahrende Verfassung, dem ganzen Italien eine beruhigende Gestalt zu verschaffen.

Aber alle diese Absichten scheiterten an dem Widerstand der päpstlichen Regierung, welche die französische Besatzung zwar niemals mehr auf lange Zeit zu entbehren vermocht hätte, aber jeden Versuch der fremden Mächte, in die inneren Angelegenheiten des Kirchenstaates sich einzumischen, höhnend zurückwies.

Hierbei wurde der päpstliche Hof von Österreich bestens unterstützt, welches, von Schwarzenberg geleitet, entschlossen war, zu dem einfachsten Absolutismus zurückzukehren, und diesen Entschluß, wo es die Macht in Händen hatte, durch grausame Hinrichtungen, Prügelstrafen und Konfiskationen zur Wahrheit machte. ...<<

1849

Österreich: Der Wiener Korrespondent der "Neuen Rheinischen Zeitung" berichtet im Februar 1849 über den Antisemitismus in Österreich (x087/120): >>Man fühlt in Österreich im ganzen Volke, daß das Judenvolk dort die niederträchtigste Sorte von Bourgeoisie und den gemeinsten Schacher repräsentiert, darin liegt die ganze Antipathie gegen das Judengesindel.<<

Im April 1849 bilden die Ungarn eine eigene, unabhängige Regierung. Sie treiben danach alle Habsburger Beamte und österreichischen Truppen aus dem Land und bekämpfen die Kroaten sowie die slawischen Minderheiten (Serben).

In Italien besiegen die österreichischen Truppen bei Custozza die Truppen des Königs von Sardinien. Zur gleichen Zeit wird der Aufstand der Prager Tschechen in erbitterten Straßenkämpfen niedergeschlagen, während die Kroaten Siege in Ungarn erzielen.

Die Habsburger Monarchie wird letzten Endes nur durch russische Waffenhilfe (vertragliche Verpflichtung, jede Volkserhebung zu bekämpfen) gerettet. Im Mai 1849 muß sich der österreichische Kaiser Franz Josef I. (1830-1916) notgedrungen mit dem Zar Nikolaus I. gegen Ungarn verbünden. Danach greifen die russischen und österreichischen Truppen gleichzeitig im Osten und im Westen an und schlagen die Ungarn entscheidend (ungarische Kapitulation: August 1849).

Ein Zeitzeuge berichtet Ende 1849 aus der Hauptstadt Wien (x254/120): >>Auf der Universität, dieser einst so berühmten Geburtsstätte der Freiheit, war alles öde, wüst und verlassen. Beim Rückweg über den Domplatz blickte ich zufällig am Stephansturm empor: von der Rose flatterte die schwarzgelbe Fahne, das Siegeszeichen der Militärherrschaft und Reaktion, durch den feuchten Nebel nieder. Das war der Abschluß des wüsten Dramas, freilich der Knotenpunkt neuer unberechenbarer Entwicklung. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs im Jahre 1849 (x812/519): >>(Österreich) ... In sicherer Erwartung einer baldigen Unterwerfung Ungarns wurde am 7. März 1849 der Reichstag zu Kremsier, der inzwischen in vollem Ver-

trauen auf die Versprechungen des Ministeriums dessen liberale Reformvorschläge eingehend beraten hatte, aufgelöst und die Oktroyierung einer vom 4. März datierten Verfassung für Gesamtösterreich verkündigt.

Durch dieselbe wurden alle zur österreichischen Monarchie gehörigen Länder unter Aufhebung aller Unterschiede zu einem einheitlichen Staatskörper vereinigt; die ungarische Verfassung wurde zunächst noch nicht aufgehoben, aber die serbische Woiewodschaft, Serbien, Kroatien und die Militärgrenze von Ungarn losgetrennt; die Feststellung des Verhältnisses des Lombardisch-Venezianischen Königreiches wurde einem besonderen Statut vorbehalten.

Schwarzenberg unternahm es also, das von Maria Theresia und Joseph II. begonnene Werk, die Verwandlung Österreichs in einen zentralisierten Einheitsstaat, der im Heer sein Vorbild hatte, mit einem Schlag zu vollenden.

Die erste Vorbedingung hierfür war die Unterwerfung Ungarns. Dieselbe schien Anfang 1849 sicher. Windischgrätz rückte am 5. Januar in Ofen-Pest ein und glaubte durch seinen angeblichen Sieg bei Kapolna (27. Februar) die ungarische Feldarmee vernichtet zu haben. Aber infolge seiner Untätigkeit gewannen die Ungarn Zeit, sich zu sammeln, in Siebenbürgen und im Banat die Kaiserlichen zurückzudrängen und im April die österreichische Hauptarmee in mehreren Schlachten zu besiegen, so daß sie Pest räumen mußten.

Nun beantwortete der ungarische Reichstag die Oktroyierung der Verfassung vom 4. März mit dem Beschluß vom 14. April, welcher Ungarn mit allen Nebenländern für einen selbständigen Staat und die habsburg-lothringische Dynastie für abgesetzt erklärte.

Während die Ungarn Ofen belagerten und am 21. Mai erstürmten, rief Österreich die russische Hilfe gegen die Revolution an, welche der Zar Nikolaus in einem Vertrag vom 21. Mai zusagte.

Ein russisches Korps rückte in Siebenbürgen, die Hauptarmee unter Paskewitsch über die Karpaten in Ungarn ein. Gleichzeitig drangen die Österreicher unter Haynau die Donau abwärts vor.

Die Ungarn erlagen der Übermacht, und am 13. August streckte Görgey mit der Hauptarmee (22.000 Mann) bei Világos vor dem russischen General Rüdiger bedingungslos die Waffen. Die Russen überlieferten Ungarn auf Gnade und Ungnade den Österreichern, die, gereizt und erbittert, daß die Ungarn durch die Kapitulation von Világos dem hochmütigen Zaren einen leichten Triumph verschafft hatten, über die Häupter des Aufstandes ein grausames Strafgericht verhängten.

Die ungarische Verfassung wurde für verwirkt erklärt und Ungarn zu einem bloßen Kronland des Gesamtstaates umgewandelt, die Nebenländer zu selbständigen Kronländern erhoben.

Der im März 1849 von Sardinien von neuem erklärte Krieg in Italien wurde schon am 23. März durch den glänzenden Sieg Radetzky's bei Novara beendet, im August auch Venedig wieder unterworfen und die Verhältnisse auf der Apenninenhalbinsel ganz so wiederhergestellt, wie sie vor 1848 gewesen waren. Außer dem Lombardisch-Venezianischen Königreich beherrschte Österreich indirekt Parma, Modena, Toskana und die Romagna und besaß den maßgebenden Einfluß in Neapel.

Dieselbe Wiederherstellung seiner Machtstellung glückte Österreich in Deutschland. Hier hatte die Veröffentlichung der österreichischen Verfassung vom 4. März, welche auf die deutschen Verhältnisse keine Rücksicht nahm, die Mehrheit des Frankfurter Parlaments bewegt, im März 1849 den engeren deutschen Bundesstaat und die Übertragung der Kaiserkrone auf den König von Preußen zu beschließen.

Die neue Reichsverfassung scheiterte an der Ablehnung der Krone durch Friedrich Wilhelm IV. Während Preußen nun mit den deutschen Fürsten über die Bildung einer Union unter seiner Führung verhandelte, bewältigte Österreich die Unruhen im Inneren und konnte schon 1849 mit einem siegreichen Heer im Hintergrund bestimmend in die deutschen Dinge eingrei-

fen. ...<<

Mähren: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Mährens im Jahre 1849 (x811/106): >>(Mähren) ... Durch die Reichsverfassung von 1849 wurde Mähren für ein unmittelbares Kronland der Monarchie erklärt und das Herzogtum Schlesien, das bis dahin administrativ mit Mähren vereinigt war, davon abgelöst.

Eine der Hauptforderungen der tschechischen Partei in Böhmen jedoch ist die Wiedervereinigung Mährens mit der Wenzelskrone. Diese Partei besitzt in den feudalen und klerikalen Autonomisten Mährens ihre Anhänger, welche an der Tschechisierung Mährens arbeiten. Dagegen sucht die deutschliberale Partei ihre Stellung zu behaupten. ...<<

Ungarn: Die ungarische Regierung ruft am 1. Juli 1849 die Europäer auf, den ungarischen Freiheitskampf zu unterstützen (x233/73): >>Proklamation an die Völker Europas ...

Erwachtet, o Völker und Nationen Europas! Auf ungarischem Boden wird die Freiheit entschieden. ... Denn wir kämpfen bis zum letzten Tropfen Blutes, damit dieses Land entweder ein auserwähltes Land sei der mit Blut erfochtenen heiligen Freiheit oder aber ein ewig verdammtes Denkmal werde davon, wie die Machthaber sich zu verbinden vermögen, die Nationen und Völker aber sich schmachlich verlassen können.<<

Die ungarischen Soldaten der Festung Komorn leisten noch bis zum Oktober 1849 erbitterten Widerstand. Nach Abschluß der Kämpfe werden fast alle gefangenen Führer der ungarischen Aufständischen zum Tode verurteilt und durch österreichische Hinrichtungskommandos erschossen oder gehängt. Ungarn gilt danach als eine unselbständige Provinz Österreichs und wird zentral aus Wien verwaltet.

Karl Marx (Chefredakteur der "Neuen Rheinischen Zeitung") schreibt Ende 1849 in einem Leitartikel über den ungarischen Aufstand (x087/120): >>In Wien erwürgten Kroaten, Panduren, Tschechen, Sereschaner (eine aus Südslawen gebildete Heeresstruppe) und ähnliches Lumpengesindel die germanische Freiheit. ...<<

Die Habsburger können ihren zersplitterten Vielvölkerstaat zwar noch einmal mit russischer Waffenhilfe vor dem Zerfall in einzelne Nationalstaaten retten, aber nach den blutigen Kämpfen und dem gnadenlosen österreichischen Strafgericht, ist die Lage so explosiv, wie nie zuvor. Es soll sich später zeigen, daß man die Freiheitsbewegung der Nationalisten nicht ewig mit gewaltsamer Unterdrückung und Terror aus der Welt schaffen kann.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Ungarns im Jahre 1849 (x815/1.009-1.011): >>(Ungarn) ... Die Hauptstadt Ofen Pest wurde am 5. Januar 1849 von den Ungarn geräumt, und der Reichstag und der Landesverteidigungsausschuß schlugen ihren Sitz in Debreczin auf.

Nur die Unfähigkeit Windischgrätz', der in dem ihm unerwarteten und unverständlichen Rückzug der Ungarn einen tief angelegten Plan argwöhnte und daher Bedenken trug, kühn vorzudringen, gab den Ungarn Zeit, ihre Streitkräfte zu vermehren und zu sammeln.

Görgey, der sich in die Karpaten zurückgezogen hatte, nötigte den aus Galizien bis Kaschau vorgedrungenen General Schlik zum Rückzug und stellte die Verbindung der ungarischen Armeen untereinander und mit der Regierung in Debreczin her.

Den Oberbefehl über die gesamte ungarische Armee erhielt der Pole Dembinski, der aber im Kriegsrat mit einer starken Opposition unter Görgey zu kämpfen hatte. Dembinski verlor am 27. Februar die Schlacht von Kapolna gegen Windischgrätz, dem es gelang, sich mit Schlik zu vereinigen, und mußte sich hinter die Theiß zurückziehen.

Wiederum erlaubte Windischgrätz' Untätigkeit der ungarischen Regierung, ihre Rüstungen zu vollenden und insgesamt 112 Infanteriebataillone und 6 Husarenregimenter neu aufzustellen. Mit dem reorganisierten und verstärkten Heer errang der neue Oberbefehlshaber Görgey eine Reihe von glänzenden und erfolgreichen Siegen ... über Windischgrätz und nach dessen Abberufung über Welden. Die Österreicher räumten am 24. April Pest und zogen sich in Unord-

nung auf Preßburg zurück. Auch aus Siebenbürgen und dem Banat wurden die österreichischen Truppen durch Bem und Perczel vertrieben.

Durch diese Siege verleitet, beschloß der Reichstag in Debreczin am 14. April auf Kossuths Antrag die Absetzung der habsburg-lothringischen Dynastie und die völlige Selbständigkeit des alle Nebenländer umfassenden ungarischen Staates.

Dieser Beschluß, welcher nebst der Ernennung Kossuths zum Gubernator am 15. April in einem besonderen Manifest der Nation verkündet wurde, entzog den Ungarn den sicheren Rechtsboden und störte die bisherige Einmütigkeit der Nation; Görgey mißbilligte ihn entschieden und hielt sich auch in der Kriegführung streng an die Verteidigung der ungarischen Verfassung und Gesetze, unterließ es daher auch, mit seinem siegreichen Heer nach Mähren und Österreich vorzudringen und sich mit den dortigen unzufriedenen Elementen zu vereinigen.

Er unternahm vielmehr die Belagerung Ofens, das am 21. Mai erstürmt wurde, worauf Regierung und Reichstag nach Pest zurückkehrten, dessen Besitz für den eigentlichen Gang des Krieges nutzlos war.

Die österreichische Regierung hatte aber jetzt einen berechtigten Grund, die Ungarn für Revolutionäre zu erklären und die Hilfe Rußlands für die Sache der Legitimität anzurufen. Der Zar Nikolaus leistete dieselbe bereitwilligst, und sofort rückten russische Truppen in Siebenbürgen ein; die Hauptarmee unter Paskewitsch, 100.000 Mann stark, überschritt von Galizien aus die Karpaten.

Auch Österreich verstärkte seine Streitkräfte und stellte an deren Spitze den General Haynau, einen rücksichtslos harten, aber energischen Mann. Die ganze gegen Ungarn verfügbare reguläre Streitmacht belief sich auf 275.000 Mann mit 600 Geschützen, welchen die Ungarn nur 135.000 Mann entgegenstellen konnten.

Während Bem in Siebenbürgen der Übermacht erlag, Jellachich am 7. Juni Perczel besiegte und Peterwardein einschloß, Haynau am 28. Juni Raab erstürmte, blieb Görgey hartnäckig bei Komorn stehen, lieferte daselbst noch am 2. Juli eine unentschiedene Schlacht und verließ ... (Komorn) erst am 12. Juli, nachdem die Regierung am 9. Juli Pest zum zweiten Mal hatte verlassen müssen und nach Szegedin geflohen war.

Am 14. Juli zogen die Österreicher wieder in Pest ein. Die Siege Veters über Jellachich bei Hegyes (14. Juli) und Görgey über die Russen bei Waitzen (17. Juli) konnten gegen die Übermacht nichts mehr nützen. Haynau rückte gegen Szegedin vor, welches die Ungarn aufgeben mußten, und schlug Dembinski am 5. August bei Szöreg, Bem am 9. August bei Temesvar. Kossuth legte darauf am 11. August in Arad die Leitung der Regierung nieder und übertrug Görgey, der inzwischen mit seiner Armee, das linke Theißufer abwärts marschierend, in Arad angelangt war, die Diktatur.

An der Möglichkeit ferneren Widerstandes verzweifelnd, faßte der neue Diktator, übrigens mit Vorwissen und Zustimmung der Regierung, den Beschluß, sich nicht den verhaßten Österreichern, sondern den Russen zu ergeben, und streckte am 13. August mit 22.000 Mann bei Világos vor General Rüdiger bedingungslos die Waffen.

Ihm folgten am 16. August Oberst Kazinczy mit 10.000 Mann, am 17. August Damjanich in Arad u.a.; nur Komorn wurde von Klapka hartnäckig verteidigt, bis es am 2. Oktober eine ehrenvolle Kapitulation erlangte. "Ungarn liegt zu den Füßen Eurer Majestät!" schrieb Paskewitsch an den Zaren.

Daß die Ungarn die Unterwerfung unter den hochmütigen Zaren der direkten Verständigung mit der österreichischen Regierung, welcher sie übrigens von Rußland auf Gnade oder Ungnade überliefert wurden, vorzogen, war für die Österreicher beleidigend und reizte ihren Zorn aufs äußerste.

Von den gefangenen Häuptern der Insurrektion (mehreren, wie Kossuth und anderen, war die

Flucht nach der Türkei geglückt) wurde nur Görgey auf russische Intervention verschont; 13 Generale und Obersten wurden auf Haynaus Befehl am 6. Oktober in Arad teils erschossen, teils gehenkt, Ludwig Batthyány und andere vornehme politische Führer in Pest zum Tode durch den Strang verurteilt. Den Hinrichtungen folgten zahllose Verurteilungen zu mehrjähriger Kerkerhaft. Erst im Juli wurde Haynau, der das Standrecht mit blutiger Strenge handhabte, abberufen. ...<<

Kirchenstaat: Der Kirchenstaat wird während der revolutionären Wirren des Jahres 1849 zum "Schutz des Papstes" durch französische Truppen besetzt.

1850

Deutscher Bund: Aufgrund der blutigen Unruhen in Österreich-Ungarn stimmt im Jahre 1850 die Mehrheit der deutschen Abgeordneten beim Reichstag in Erfurt für ein Deutschland ohne Österreich ("kleindeutsche Lösung").

Die Habsburger, die seit Jahrhunderten fast alle deutschen Kaiser und die Hauptstadt des Deutschen Reiches (Wien) stellen, wollen sich natürlich nicht kampflös aus dem Reich drängen lassen. Als Österreich die süddeutschen Staaten für sich gewinnen kann und die Unterstützung des Zaren erhält, stellt Fürst Schwarzenberg den Preußen schließlich ein Ultimatum, den Bundestag in Frankfurt wieder herzustellen.

Angesichts der militärischen Überlegenheit muß sich Preußen dem österreichisch-russischen Druck beugen. Am 29. November 1850 wird Preußen schließlich genötigt, alle Einigungspläne aufzugeben (Vertrag von Olmütz bzw. Olmützer Punktation). Der Deutsche Bund muß danach wieder der Leitung Österreichs unterstellt werden.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über Fürst Felix von Schwarzenberg (x814/696): >>>Schwarzenberg, Felix Ludwig Johann Friedrich, Fürst von, österreichischer Staatsmann, geboren am 2. Oktober 1800, zweiter Sohn des Fürsten Joseph von Schwarzenberg (gestorben 1833), trat 1818 als Kadett in ein österreichisches Kürassierregiment und avancierte bis zum Rittmeister, trat aber 1824 zur diplomatischen Laufbahn über.

1826 mit einer Mission nach London betraut, ging er, nachdem er sich durch einen skandalösen Ehebruch mit der Lady Ellenborough unmöglich gemacht (hatte), von da 1827 mit dem Baron Neumann nach Brasilien. Nach seiner Rückkehr wurde er bei verschiedenen Gesandtschaften beschäftigt, namentlich in Paris und Berlin, 1838 bei den Höfen von Turin und Parma und 1846 bei dem zu Neapel als Gesandter akkreditiert, wo er Hort des starrsten Absolutismus war.

Aus seinem zügellosen, ausschweifenden Leben wurde er durch die Revolution herausgerissen. Als bei einem Tumult in Neapel am 26. März 1848 sein Hotel insultiert (angegriffen) wurde, nahm er seinen Abschied als Gesandter und erhielt als Generalmajor den Oberbefehl über eine Brigade unter Nugent in Oberitalien, focht bei Curtatone und Goito mit und wurde zum Feldmarschalleutnant befördert.

Nach Unterdrückung des Oktoberaufstandes zu Wien wurde er am 22. November 1848 an die Spitze des Ministeriums gerufen. Das Ideal, welches ihm für seine Tätigkeit in dieser Stellung vorschwebte, war ein militärisch-absolutistisch regierter österreichischer Einheitsstaat, im Inneren durch zweckdienliche Reformen gekräftigt und in Deutschland und ganz Mitteleuropa zur herrschenden Macht erhoben.

Rücksichtslos, energisch und nicht wählerisch in seinen Mitteln, erlangte er auch rasch bedeutende Erfolge. Durch das Bündnis mit Rußland bewirkte er nicht nur die Unterdrückung des ungarischen Aufstandes, sondern auch das völlige Scheitern der preußischen Unionspolitik in Deutschland. Er kettete die deutschen Mittelstaaten von neuem eng an Österreich, stellte den Bundestag wieder her und legte Preußen die schimpfliche Demütigung von Olmütz auf. Nur den Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund und in den Zollverein erreichte er nicht.

Schwarzenberg starb plötzlich, nachdem er eine Annäherung an die Westmächte eingeleitet

(hatte), an einem Schlaganfall am 5. April 1852.<<

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schreibt später über das Ende des geplanten "kleindeutschen Bundesstaates" im Jahre 1850 (x090/211-214): >>Ein letztes Nachspiel ... war der Versuch Friedrich Wilhelms IV., das gesamte außerösterreichische Deutschland durch Vereinbarung mit den Fürsten in einem "engeren Bund" zu einigen. ... Ein nach Erfurt berufenes Parlament sollte ihr die Verfassung geben.

Doch allein schon die Ankündigung des "Reichstages" veranlaßte Österreich und Rußland zu scharfen Protesten. Sie hatten gemeinsam den ungarischen Aufstand niedergeschlagen und fühlten sich berufen, auch jede andere Bewegung zu unterdrücken. Schwarzenberg betrieb die Wiederherstellung des alten Bundestages und zog Hannover und Sachsen, denen in der Union tragende Aufgaben zugeordnet waren, auf seine Seite.

Gleichzeitig plante die Wiener Regierung zwei ungesetzliche Bundesexekutionen. Die eine sollte Schleswig-Holstein, das trotz seiner jüngsten Niederlage bei Idstedt weiterfocht, in den dänischen Staatsverband zurückzwingen. Mit der anderen wollte Schwarzenberg einen Konflikt zwischen dem hessischen Kurfürsten und der Ständeversammlung in Kassel entscheiden. Beides waren Ziele der wiederbelebten "Heiligen Allianz".

Diese unionsfeindliche Politik setzte Preußen der schwersten Belastungsprobe aus. Schon zogen Rußland und Frankreich in Polen und am Oberrhein starke Heeresverbände zusammen. Friedrich Wilhelm IV. befahl die Mobilmachung. Doch als in Hessen, das Preußen und Bayern von zwei Seiten her besetzten, die ersten Schüsse fielen, ließ er seinen nur mehr Kleinstaat umfassenden Unionsplan wie ein heißes Eisen fallen. Der preußische König konnte keinen Waffengang wagen.

Das Erfurter Parlament war aufgelöst worden. Nun wurde auch Radowitz entlassen und der Ministerpräsident Otto von Manteuffel nach Olmütz entsandt. Das dort geschlossene Abkommen zwang Preußen, die Bundesexekutionen in Holstein und Kassel zuzulassen. Es mußte sein Heer demobilisieren und dem Gedanken der Bundesreform beipflichten. Ende des Jahres 1850 stellte eine Dresdener Konferenz unter Vorsitz Schwarzenbergs den Deutschen Bund in der alten Form wieder her.

Die Revolution war zu Ende. Alle Kämpfe und Opfer schienen vergebens. Aber mochte auch allgemein das Gefühl des Scheiterns vorherrschen und manche wertvolle Errungenschaft durch die folgende Reaktion eingeschränkt oder zunichte werden – der schwungvolle Erneuerungsversuch hatte das deutsche Volk in den Tiefen aufgerührt und seinen Sinn für staatsbürgerliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit geschärft.

Daß der Neubau des Reiches ein papierener Entwurf geblieben war, hatte verschiedene Gründe. Nicht allein die Schwächen des Frankfurter Parlaments und das Zögern der deutschen Fürsten, die Nationalitätenprobleme des Habsburger Reiches und der wieder scharf zugespitzte Gegensatz zwischen Österreich und Preußen verhinderten ihn. Auch die feindlichen Eingriffe der europäischen Mächte haben den Zusammenschluß Deutschlands unmöglich gemacht.

... Ein Zeitalter der Reaktion war angebrochen. Der Bundestag verspielte sein ohnehin geringes Ansehen, als er die Grundrechte aufhob, mit Gewalt die dänische Herrschaft in Schleswig-Holstein wiederherstellte, die kleine von der Nationalversammlung geschaffene Flotte versteinern ließ und durch einen "Redaktionsausschuß" die konstitutionelle Entwicklung in den deutschen Staaten abzuwürgen trachtete.

Einen Rückfall in den Absolutismus erlebte allerdings nur Österreich, wo die "oktrozierte" Gesamtstaatsverfassung bald außer Kraft gesetzt wurde. Preußen hatte 1850 das nach dem Einkommen abgestufte Dreiklassenwahlrecht eingeführt, hob die Schwurgerichte auf, drosselte die Selbstverwaltung und ermöglichte den Gutsbesitzern die Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Macht, so daß der eigentliche Bauernstand weiter abnahm.

Zahllose Deutsche hatten ihrem Land den Rücken gekehrt, nicht allein gescheiterte Politiker

wie Friedrich Hecker und Karl Marx, auch berühmte Künstler und Gelehrte, unter ihnen Gottfried Semper, Richard Wagner und Theodor Mommsen. Hunderttausende, zumeist Bauern, die auf der geschälerten Scholle nicht mehr leben konnten, nutzten die erleichterte Passagierschiffahrt zur Auswanderung. ...<<

Österreich: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1850-1858 (x812/519-520): >>(Österreich) ... Österreich verlangte nicht bloß Wiederherstellung des Bundestages, sondern auch Aufnahme Gesamtösterreichs in den Bund, und seine Forderungen wurden von den süddeutschen Königlichen und von Rußland unterstützt. Preußen wagte keinen Krieg für seine Unionspolitik und unterwarf sich in Olmütz (November 1850).

Schwarzenberg konnte sich rühmen, den preußischen Nebenbuhler aufs tiefste gedemütigt zu haben, und spielte an der Spitze der deutschen Mittelstaaten, welche bei Österreich Schutz vor den deutschen Einheitsbestrebungen suchten, die entscheidende Rolle im wiederhergestellten Deutschen Bund.

Aber es belud sich auch mit dem Fluch freiheits- und deutschfeindlicher Reaktion durch die Unterdrückung der Kurhessen und die Auslieferung Schleswig-Holsteins an Dänemark. Und die Aufnahme Gesamtösterreichs in den Deutschen Bund erreichte es doch nicht, da die Westmächte gegen das Siebzigmillionenreich protestierten, ebensowenig wie die Zolleinigung mit Deutschland, zu welchem Zweck am 1. Oktober 1849 die ungarische Zolllinie aufgehoben und am 6. November 1851 ein neuer Zolltarif erlassen worden war.

Die glänzenden Erfolge, welche Schwarzenberg Politik davongetragen (hatte), gaben der von ihm geleiteten Hof- und Militärpartei die Macht in die Hände. Nach Graf Stadions Tod (17. Mai 1849), welcher wenigstens ein vernünftiges Verwaltungssystem durchführen wollte, herrschte die Reaktion in Österreich unumschränkt. Sein Nachfolger Alexander Bach hatte nur das eine Ziel, Österreich zu einem einheitlichen, aber absolut monarchischen Staat zu machen.

...

Schwarzenberg starb am 5. April 1852 auf der Höhe seines Glücks, aber auch nach seinem Tod schien sein Werk gesichert. Bach und der Kultusminister Graf Leo Thun arbeiteten im Sinn des Zentralismus und Absolutismus scheinbar erfolgreich, die meist slawische Bürokratie entfaltete eine rührige Tätigkeit für Verschmelzung der Länder, und gegenüber der Zerfahrenheit und Tatenlosigkeit früherer Zeiten schien das neue System an sich nicht unzeitgemäß und ungeeignet zu sein.

Aber wirkliche Reformen wurden gar nicht versucht und nichts getan, um durch wirtschaftliche Befreiung und materielle Wohltaten die Bevölkerung mit dem Absolutismus zu versöhnen. Die Finanzlage war eine traurige, ergab Jahr für Jahr ein Defizit und zwang zur Ausgabe von Papiergeld, das immer tiefer im Wert sank und Handel und Gewerbe hemmte.

Die Geistlichkeit gelangte zu schrankenlosem Einfluß, der seinen Höhepunkt in dem am 18. August 1855 mit dem päpstlichen Stuhl abgeschlossenen Konkordat erreichte, das die Souveränität des Staates mehr einschränkte als irgendeine Verfassung und den Unterricht dem Klerus überlieferte.

Wie zweifelhaft die Erfolge der äußeren Politik von 1850 waren, zeigte sich, als 1853 von neuem eine orientalische Krise ausbrach. "Die Welt soll über unsere Undankbarkeit erstauen", hatte Schwarzenberg einst im Übermut gesagt, und sein Nachfolger als Minister des Auswärtigen, Graf Buol-Schauenstein, sah sich durch die Verhältnisse gezwungen, das Wort zu erfüllen.

Kaiser Nikolaus erwartete von Österreich, daß es seinen Unternehmungen gegen die Türkei nicht entgetreten werde. Aber Österreich konnte sich nicht dazu erschließen, da seine Interessen im Orient durch die Besetzung der Donaufürstentümer zu empfindlich getroffen wurden. Jedoch auch im Bund mit den Westmächten Rußland offen den Krieg zu erklären, wagte

es nicht, zumal es dem tödlich beleidigten Preußen nicht traute.

Die Politik der Halbheit, die demnach Österreich im Krimkrieg einschlug, indem es durch ein Ultimatum die Räumung der Donaufürstentümer erzwang und diese dann selbst besetzte, allem Drängen der Westmächte auf Beteiligung am Krieg aber widerstand und Sardinien sich zuvorkommen ließ, hatte zur Folge, daß es Rußland schwer verletzte und sich dessen Haß zuzog, das Vertrauen der Westmächte aber nicht gewann und auch keinen materiellen Vorteil aus dem Krieg zog. Vielmehr verschlang die Besetzung der Donaufürstentümer eine Anleihe von 500, in Wirklichkeit 611 Millionen Gulden, da der Finanzminister den Überschuß der Zeichnungen ungescheut ebenfalls verwendete.

In wenigen Jahren hatte Österreich von dem Nimbus, den ihm der Sieg über die Revolution verschaffte, erheblich eingebüßt. Nach außen isoliert, hatte es im Inneren an Kraft nicht zugenommen. Ungarn war unversöhnt und verharrte in passivem Widerstand. Die Bürokratie, welche Bach geschaffen, war ohne allen Halt im Volk und wurde von den Liberalen wie den Feudalen gleichmäßig gehaßt. Sie war nicht imstande gewesen, das Experiment eines absolutistischen Einheitsstaates durchzuführen.

Die Armee hatte keine Gelegenheit ... gehabt, ihre Tüchtigkeit zu bewähren, so daß das dem Deutschösterreicher eingeborene pessimistische Mißtrauen gegen alle staatlichen Institutionen sich allmählich auch auf das Heerwesen übertrug, zumal man dem allmächtigen kaiserlichen Generaladjutanten, dem höchst unpopulären Grafen Grünne, im Volk und in der Armee die verderblichste Wirksamkeit zutraute. ...<<

Slowakei: Janko Matuska (1821-1877) verfaßt um 1850 den Text der späteren Nationalhymne der Slowakischen Republik (x230/157):

>>Ob der Tatra blitzt es, dröhnt des Donners Krachen!

Doch der Stürme Wehen wird gar bald vergehen.

Brüder, wir erwachen.<<

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1850-1859 (x809/79-80): >>(Italien) ... Seit 1850 hatte sich geistlicher und weltlicher Absolutismus auf der Halbinsel verbunden, um noch einmal die alten Einheitsbestrebungen zu zerstören; aber die harte Schule, durch welche insbesondere die gebildeten Stände Italiens zu gehen hatten, bewirkte wenigstens das Gute, daß die unklaren Träumereien der nationalen Parteien verschwanden, die Fragen über föderale oder zentrale Entwicklung, über Monarchie oder Republik nicht mehr, wie 1848, zersetzend und zerstörend wirkten.

Es kam die Zeit, wo es Staatsmänner wieder wagen konnten, die nationale Frage in die Hand zu nehmen, ohne fürchten zu müssen, an der Unreife des Volkes zu scheitern.

Während der Einfluß Österreichs und des mit ihm verbündeten Papsttums überall triumphiert hatte, schärfte sich deren Gegensatz zu Sardinien von Jahr zu Jahr. Die Durchführung der Verfassung mit allen Garantien einer freien Presse, Gewissens- und Handelsfreiheit, Vereinsrecht und Volksbildung sicherten dem kleinen oberitalienischen Staat die Überlegenheit seiner geistigen und materiellen Mittel über alle anderen italienischen Mächte. Österreich gegenüber den Schutz der anderen Großmächte zu gewinnen, war die Aufgabe einer klugen und gemäßigten Politik, welche den Händen des hervorragendsten Staatsmannes anvertraut war, den Italien in den letzten Jahrhunderten hervorgebracht, des Grafen Cavour.

Um die Aufmerksamkeit Europas auf Italien wach zu erhalten, nahm Sardinien, wenn auch nur mit einem kleinen Heer, an dem Krimkrieg gegen Rußland Anteil, und es erhielt dadurch Gelegenheit, seine Stimme auch bei dem Friedenskongreß zu Paris laut zu erheben. Die Klagen und Forderungen Italiens konnten von den europäischen Mächten nicht mehr ignoriert werden, und einige derselben zeigten sich bereitwillig genug, ... Abhilfe zu schaffen; aber erst 1858 reiften die Absichten einer Befreiung Italiens von Österreichs Herrschaft.

Im Bad zu Plombières traf im Juli Cavour mit Kaiser Napoleon III. zusammen und entwarf

den ersten Plan zur Umgestaltung Italiens, indem er Oberitalien für Piemont begehrte und dagegen auf Napoleons Idee einer Konföderation Italiens mit ehrenvoller Berücksichtigung des Papstes einging. Doch ... forderte Napoleon ferner die Abtretung Savoyens und Nizzas als Äquivalent für das Lombardisch-Venezianische Königreich, Parma und Modena, die an Sardinien fallen sollten ... Auch wurde die Allianz durch die Vermählung der Tochter Viktor Emanuels mit dem Prinzen Jérôme Napoléon besiegelt.

Am 1. Januar 1859 gab Napoleons III. (mit der) an den österreichischen Gesandten gerichteten Ansprache das Signal zu militärischen Rüstungen von seiten Österreichs, welche dann alsbald den passenden Vorwand abgeben konnten, um das bedrohte Sardinien gegen die Angriffspläne Österreichs zu schützen.

Die Politik Cavour's ging insbesondere dahin, Österreich zum faktischen Angriff zu provozieren, was ihm auch ... gelang, nachdem die Friedensmission des englischen Gesandten Lord Cowley im März 1859 in Wien gescheitert und der Antrag Rußlands auf einen Kongreß von Österreich nur unter der unmöglichen Bedingung angenommen worden war, daß die Verträge von 1815 die Grundlage aller Unterhandlungen bleiben sollten.

In die irrthümliche Meinung verstrickt, daß Frankreich der Urheber aller ... Vorschläge sei, ... (um) sich besser rüsten zu können, suchte die österreichische Regierung durch rasches Losschlagen einen Vorsprung zu gewinnen und wurde so wirklich zum Friedensbrecher, indem sie am 19. April in Turin ein Ultimatum überreichte, (sich) binnen drei Tagen zu entwaffnen oder des Angriffes gewärtig zu sein. Da die Antwort ablehnend lautete, so erfolgte am 29. April unter dem Oberbefehl des Grafen Gyulay der Einmarsch der Österreicher in Sardinien ... (Italienischer Krieg von 1859).

Sie setzten sich in der Lomellina fest und blieben hier, den Angriff der Feinde erwartend, stehen, während Viktor Emanuel sein Heer auf 80.000 Mann gebracht hatte und die zahlreichen aus ganz Italien zuströmenden Freiwilligen dem General Garibaldi unterstellt wurden. Die Franzosen überschritten vom 25. April an den Mont Cenis und Mont Génèvre, während das Gros der Armee die Landung in Genua schon am 26. begann. So versäumte der österreichische Feldherr den günstigen Zeitpunkt für eine kräftige und erfolgreiche Offensive.

Am 20. Mai unternahm Gyulay bei Montebello eine ... Erkundung und stieß auf eine überlegene Zahl von Franzosen, wodurch er zu der Meinung verleitet wurde, daß er von hier den Hauptangriff zu gewärtigen habe. Allein Napoleon III. beschloß, den rechten Flügel der Österreicher zu umgehen, während sich Garibaldi mit seinen Freischaren längs der Berge bereits Monza und Mailand genähert hatte. Die unglückliche Schlacht von Magenta nötigte die Österreicher am 4. Juni zum Rückzug auf die Minciolinie, wo sie den Kampf unter dem Schutz des für sie stets bewährten Festungsvierecks abermals aufzunehmen entschlossen waren.

Die Verbündeten hielten am 8. Juni unter dem Jubel der Bevölkerung ihren Einzug in Mailand. Mittelitalien hatte diesen Vorgängen nicht ruhig zugesehen. Schon am 27. April war der Großherzog von Toskana durch eine Militärverschwörung zur Abreise genötigt worden, und eine hierauf ernannte provisorische Regierung hatte Viktor Emanuel die Diktatur übertragen; doch hatte dieser aus Rücksicht auf seinen Verbündeten, welcher andere Pläne mit Toskana hatte, nur das Protektorat angenommen.

Nach der Schlacht von Magenta flohen auch die von den Österreichern bis dahin noch geschützte Herzogin von Parma und der Herzog von Modena.

In Bologna wurde nach dem Abzug der Österreicher die Diktatur Viktor Emanuels ausgerufen, und in anderen Städten des Kirchenstaates kam es zu Erhebungen gegen die päpstliche Regierung, welche nur mit Waffengewalt unterdrückt werden konnten.

Inzwischen hatte der Kaiser von Österreich das Kommando über seine Truppen selbst übernommen und befahl am 24. Juni den Angriff auf die heranrückende französisch-piemontesische Armee. Napoleon III. war jedoch von dem Angriffsplan rechtzeitig unterrichtet und

warf seine ganze Macht mit solcher Raschheit und Stärke auf das feindliche Zentrum bei Solferino, daß er dasselbe trotz heldenmütigster Gegenwehr durchbrach.

Auch bei Cavriano wurden die Österreicher zurückgedrängt, und obwohl die Angriffe der Piemontesen auf General Benedeks rechten Flügel bei San Martino scheiterten, so mußte doch der allgemeine Rückzug der österreichischen Armee angetreten werden, worauf am 8. Juli ein Waffenstillstand und am 11. Juli in Villafranca bei einer persönlichen Zusammenkunft zwischen Kaiser Franz Joseph und Napoleon III. Friedenspräliminarien abgeschlossen wurden.

Österreich opferte in denselben die Lombardei, um nur die Herzogtümer Mittelitaliens und Venedig zu retten, Napoleon verzichtete auf sein italienisches Programm "frei bis zur Adria", weil er bei weiterem Fortgang des Krieges ein Eingreifen Preußens befürchten mußte. Am 10. November wurde hierauf in Zürich der Friede von den Bevollmächtigten Frankreichs, Österreichs und Sardinien unterzeichnet, welcher die Vereinigung der Lombardei mit Sardinien, die Restauration der geflüchteten Fürsten und des Kirchenstaates sowie die Gründung einer italienischen Konföderation unter dem Präsidium des Papstes festsetzte.

Aber außer der Festhaltung des venezianischen Gebietes von seiten Österreichs hatten alle übrigen Friedensbestimmungen das Schicksal, daß sie schon vor ihrer Unterzeichnung hinfällig waren. Denn die vertriebenen Fürsten kehrten nicht wieder zurück, der Papst ... (war) auch nicht zu Reformen bereit, und die italienische Konföderation blieb für immer ein Traum.

In Florenz, Parma und Modena wurde von einer Nationalversammlung die Absetzung der früheren Dynastien ausgesprochen. Bologna wie die früheren Herzogtümer wünschten von Sardinien annektiert zu werden. Sämtliche Unterzeichner des Friedens von Zürich wetteiferten förmlich in der raschen Zerreißung des geschlossenen Traktates.

Frankreich kam daher noch einmal auf das Projekt eines Kongresses zurück; aber da der Papst die Teilnahme ablehnte und Österreich seine Teilnahme von derjenigen des Papstes abhängig machte, so scheiterte derselbe, und Napoleon fand bald Gelegenheit, die Ordnung Italiens im Verein mit Sardinien auf eigene Hand zu unternehmen. ...<<

1851

Ungarn: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Ungarns von 1851-1866 (x815/1.011): >>(Ungarn) ... Nachdem der Kaiser im Herbst 1851 den Erzherzog Albrecht zum Gouverneur von Ungarn ernannt und 1852 selbst das Land besucht hatte, wurde den kriegsgerichtlichen Prozessen ein Ende gemacht und eine teilweise Amnestie erlassen. Die ungarische Verfassung wurde für verwirkt erklärt und Ungarn zu einem bloßen Kronland des neuen österreichischen Gesamtstaates umgewandelt, die Nebenländer Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien und das Temeser Banat von der ungarischen Krone getrennt und zu selbständigen Kronländern erhoben.

Über Ungarn ergoß sich ein Strom meist slawischer Beamten, welche das Land in den zentralisierten Staat einfügen und die Reaktion gegen die liberalen Neuerungen durchführen sollten. 1853 wurden österreichische Justiz und Verwaltung oktroyiert (aufgezwungen). ...

Nach einem längeren Besuch des Kaisers wurden 1857 die konfiszierten Güter der kriegsrechtlich Verurteilten zurückgegeben und die ungarische Sprache in Schule und Gericht zugelassen.

Die Nation, durch die fehlgeschlagene Insurrektion niedergedrückt und erschöpft, setzte der Regierung ihren oft erprobten passiven Widerstand entgegen und beharrte auf dem Verlangen nach Wiederherstellung der Verfassung. Selbst segensreiche kaiserliche Verordnungen, wie das Protestantenpatent vom 1. September 1859, welches für die evangelische Kirche in Ungarn eine auf dem Gemeindeprinzip beruhende vortreffliche Verfassung einführte, wurden von den Ungarn als verfassungswidrig zurückgewiesen.

Die Notlage der Monarchie nach dem italienischen Krieg von 1859 zwang die Regierung zur Nachgiebigkeit: nachdem Erzherzog Albrecht durch den Ungarn Benedek ersetzt worden

(war), wurde durch das Oktoberdiplom vom 20. Oktober 1866 die alte Verfassung Ungarns vor 1848 im wesentlichen wiederhergestellt und der Landtag zur Beratung eines neuen Wahlgesetzes berufen, welches eine Vertretung aller Stände ermöglichen sollte. ... Die ungarische Sprache als Amtssprache wurde wiederhergestellt. Die fremden Beamten mußten das Feld räumen, die deutschen Gesetze wurden für aufgehoben erklärt.

Alle diese Zugeständnisse wurden von den Ungarn aber nur als Abschlagszahlung angenommen, als Preis der Versöhnung die völlige Wiederherstellung des alten Rechtszustandes mit Einschluß der Gesetze von 1848 und eine Amnestie gefordert. ...<<

1853

Rußland: Als Rußland die Türken aus den Fürstentümern Moldau und Walachei (seit dem 15. bzw. 16. Jahrhundert unter türkischer Oberherrschaft) vertreibt und diese Gebiete besetzt, um den Zugang zum Mittelmeer zu erzwingen, kommt es zum "Krimkrieg" (1853-56).

Frankreich verbündet sich damals mit England und Sardinien (Preußen bleibt neutral), um Rußland in die Schranken zu weisen.

Während des Krimkrieges (Kriegsanlaß ist auch ein Streit der griechischen und römischen Mönche um die Heiligen Stätten in Jerusalem) erweist sich Österreich als äußerst undankbarer russischer Verbündeter. Der "ehrwürdige" österreichische Kaiser Franz Josef I. nimmt nicht am Krieg teil und gewährt Rußland keine Unterstützung, sondern schließt ein Bündnis (1854) mit den Westmächten, um den Krimkrieg (1853-56) für eigene Ziele zu nutzen.

1856

Rußland: Rußland muß im Jahre 1856 eine schwere Niederlage ("Krimkrieg" 1853-56) hinnehmen und die bisherige russische Balkan-Vorherrschaft vorübergehend aufgeben. Das alliierte Heer schlägt die schwachen russischen Truppen, besetzt die Halbinsel Krim und drängt Rußland aus den Balkangebieten zurück. Die Alliierten verlieren während des Krimkrieges 118.000 Soldaten (x061/347).

Österreich schließt danach ein Bündnis mit dem Osmanischen Reich und zwingt Rußland zum Rückzug aus allen Donaufürstentümern. Das bisher entspannte, freundschaftliche Verhältnis zwischen Rußland und Österreich bleibt infolge des österreichischen Vertragsbruches bzw. der unterlassenen Hilfeleistung während des "Krimkrieges" ausgesprochen feindlich.

1859

Österreich: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1859-1866 (x812/520-522): >>(Österreich) ... So war die Lage Österreichs, als Cavour die italienische Frage aufwarf und Napoleon III. dieselbe in die Hand nahm, um die österreichische Herrschaft in Italien zu stürzen und die Frankreichs an die Stelle zu setzen. Da Österreich die Verträge auf seiner Seite hatte, so hätte es den Verlauf der Dinge ruhig abwarten sollen. England bereitete eine für Österreich ehrenvolle Vermittlung vor, und Preußen war geneigt, gemeinschaftlich mit dem Wiener Hof vorzugehen.

Aber dieser verscherzte die Gunst der Umstände, indem er im April 1859 plötzlich von Sardinien sofortige Entwaffnung forderte und, als diese abgelehnt wurde, seine Truppen in Piemont einrücken ließ, wo sie aber untätig stehen blieben, während die Franzosen die Alpen überschritten und sich mit Sardinien vereinigten.

Durch die Schlacht bei Magenta (4. Juni), welche der österreichische Befehlshaber Gyulay leicht hätte gewinnen können, ging die Lombardei verloren. Auch der zweite Kampf, bei Solferino (24. Juni), im Festungsviereck, dem Schauplatz der Siege von 1848, geliefert, hatte keinen glücklichen Ausgang.

Neben der Unfähigkeit der Anführer zeigte sich eine verderbliche Schwerfälligkeit der Kriegsverwaltung, ja sogar ein Anteil höherer Beamten an den großen Betrügereien und Unterschleifen der Lieferanten.

Dennoch hätte der Krieg eine günstigere Wendung nehmen können, wenn nicht der Kaiser

Franz Joseph, nur um nicht Preußen den Oberbefehl im Krieg Deutschlands gegen Frankreich, dessen Ausbruch am Rhein bevorstand, lassen zu müssen, am 11. Juli 1859 mit Napoleon den Frieden von Villafranca geschlossen hätte.

Österreich trat die Lombardei ab und behielt Venetien, mußte aber, obwohl der Züricher Friedensvertrag die sonstige Erhaltung der früheren Zustände in Italien festsetzte, doch die Halbinsel an Sardinien überlassen, da es einen neuen Krieg zu führen weder gewillt, noch imstande war.

Der Verlauf des Krieges von 1859 hatte die Hohlheit der österreichischen Regierungsmacht und die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände so deutlich gezeigt, daß niemand für die Aufrechterhaltung derselben die Hand zu erheben wagte. Die Minister Buol-Schauenstein und Bach wurden entlassen ... Der begabte und gewandte Finanzminister von Bruck, der sich vergeblich bemüht hatte, die Finanzen in Ordnung zu bringen, entlebte sich selbst (22. April 1860), da in dem Unterschleifprozeß gegen den Feldmarschalleutnant von Eynatten ein Verdacht auf ihn fiel, der sich später als völlig unbegründet erwies.

Ein kaiserliches Patent vom 5. März 1860 ordnete eine Verstärkung des 1851 eingesetzten Reichsrates in der Weise an, daß derselbe außer den ordentlichen Reichsräten aus lebenslänglichen Mitgliedern (Erzherzögen, hohen kirchlichen Würdenträgern und im Zivil- oder Militärdienst ausgezeichneten Männern) und aus 38 Mitgliedern der Landesvertretungen bestehen sollte, welche ... der Kaiser aus je drei vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen hätte.

Von Bedeutung für das Gelingen des Werkes war, ob die Ungarn sich zur Teilnahme entschließen würden. Als der Reichsrat am 31. Mai 1860 eröffnet wurde, erschienen zwar Vertreter Ungarns, an ihrer Spitze die Grafen Andrassy und Apponyi; dieselben sprachen es aber offen aus, daß der Reichsrat für sie nur insofern Bedeutung habe, als er ihnen zur Wiedererlangung ihrer 1849 verlorenen Rechte verhelfen werde. Die Regierung war auch bereit, sich mit dem Reichsrat über weitere konstitutionelle Zugeständnisse zu verständigen.

Die Finanzlage verlangte gebieterisch den Beistand der Bevölkerung, ... denn der Bericht der 1859 eingesetzten Staatsschuldenkommission stellte die Höhe der Staatsschuld auf 2.351 Millionen Gulden fest ...

Da indes die Regierung mit dem Reichsrat zu keiner Einigung über die neue Verfassung gelangen konnte, wurden dessen Sitzungen am 28. September geschlossen, und am 20. Oktober 1860 erschien ein kaiserliches Manifest (Oktoberdiplom), welches die Grundzüge einer neuen Verfassung veröffentlichte, in der sowohl für die Autonomie der einzelnen Kronländer als für die Einheit des Reiches gesorgt sein sollte.

Den Ungarn wurde ihre Verfassung, wie sie vor 1848 bestanden, zurückgegeben, die übrigen Kronländer sollten Landtage für ihre besonderen Interessen erhalten, die gemeinsamen Angelegenheiten aber von einem Reichsrat beraten werden, dessen Mitglieder teils vom Kaiser, teils von den Landtagen gewählt werden sollten.

Die Ministerien des Inneren, der Justiz und des Kultus wurden aufgehoben, die ungarische und siebenbürgische Hofkanzlei wiederhergestellt und die oberste Leitung der administrativ-politischen Angelegenheiten einem Staatsminister, wozu Goluchowski ernannt wurde, übertragen. Ungarischer Hofkanzler wurde Baron Vay, ein Protestant.

Indes die neue Verfassung hatte keinen langen Bestand. Die liberale Bevölkerung sah in ihr nur eine Befestigung des Feudalwesens und des Föderalismus, namentlich als Goluchowski bei der Zusammensetzung der Landtage der Alpenländer dem Adel und Klerus einen unverhältnismäßigen Anteil an der Vertretung einräumte. Die Ungarn wurden nicht versöhnt, sondern beharrten bei ihrer Forderung der Gesetze von 1848, die vielfach ohne weiteres in Wirksamkeit gesetzt wurden.

Die allgemeine Unzufriedenheit bewog endlich den Kaiser, am 13. Dezember 1860 den als liberal und deutsch gesinnt bekannten Schmerling an die Spitze eines neuen Ministeriums zu

berufen ... Das Programm Schmerlings verkündete am 23. Dezember, daß die Landtage nicht eine Vertretung der Stände, sondern der Interessen, besonders des Grundbesitzes bilden, ihnen und dem Reichsrat die Initiative und Öffentlichkeit eingeräumt, die Mitglieder des Reichsrates vermehrt und direkt durch die Landtage gewählt werden sollten.

Das Programm erhielt seine Ausführung durch die Verkündung einer Verfassung (Februarverfassung) für den Gesamtstaat und von Landesstatuten für jedes einzelne Kronland der Monarchie, jedoch mit Ausschluß der Länder der ungarischen Krone und Venetiens (26. Februar 1861); die Vertretung des Gesamtstaates wurde einem aus Herrenhaus und Abgeordnetenhaus bestehenden, jährlich zusammenzuberufenden Reichsrat übertragen; das Herrenhaus bestand aus erblichen und lebenslänglichen, vom Kaiser ernannten, das Abgeordnetenhaus aus 343 aus direkten Wahlen der Landtage hervorgehenden Mitgliedern.

An demselben Tag (26. Februar) erfolgte die Auflösung des verstärkten Reichsrates und die Einsetzung eines Staatsrates. Österreich trat hiermit in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein.

Die Durchführung der neuen Verfassung stieß auf vielen Seiten auf hartnäckigen Widerstand. Die Anhänger des Absolutismus im Heer und in der Bürokratie, die Verfechter der feudalen und klerikalen Anschauungen weissagten den Untergang des alten Österreich, und der Tiroler Landtag protestierte entschieden gegen die liberalen Grundsätze der Verfassung, besonders gegen die Gleichberechtigung der Protestanten.

In Böhmen, Galizien und anderen Ländern erhoben sich die nichtdeutschen Elemente und bewirkten, daß die Wahlen zum Reichsrat nur unvollständig und unter Verwahrungen vorgenommen wurden.

In Ungarn äußerte sich die Abneigung gegen jede Gesamtstaatsverfassung trotz der Mahnungen einiger gemäßigter Magnaten in so heftiger Weise, daß man der Regierung auch die Steuern und die Aushebung zum Militär verweigerte. Im Landtag siegte zwar die gemäßigtere "Adreßpartei" unter Deák über die radikalere "Beschlußpartei" unter Tisza, forderte aber auch die Wiederherstellung der Gesetze von 1848 und nahm keine Wahlen zum Reichsrat vor.

In Venetien wurde überhaupt die Einführung der Verfassung einem geeigneteren Zeitpunkt vorbehalten.

Als der neue Reichsrat am 1. Mai 1861 eröffnet wurde, waren Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Istrien und Venetien nicht in demselben vertreten. Dennoch enthielt die Thronrede des Kaisers die feierliche Versicherung, "daß er als seine im Angesicht aller seiner Völker übernommene und bekräftigte Regentenpflicht erkenne, die Gesamtverfassung als das unantastbare Fundament seines einigen und unteilbaren Kaiserreiches mit seiner kaiserlichen Macht zu stützen", und verkündete den festen Entschluß, jede Verletzung der Gesamtverfassung als einen Angriff auf den Bestand der Monarchie und auf die Rechte aller seiner Völker und Länder nachdrücklich zurückzuweisen.

Doch wurde den tatsächlichen Verhältnissen insofern Rechnung getragen, als man den versammelten Reichsrat als bloße Vertretung der deutsch-slawischen Länder den engeren nannte, der weitere das durch den Beitritt der ungarischen Vertreter vervollständigte Reichsparlament sein solle.

Aber auch im engeren Reichsrat war die Stimmung der Tschechen und Polen eine oppositionelle, so daß das ganze Verfassungswerk auf den Deutschen beruhte. Dennoch wurde der Zusammentritt des Reichsrates mit Freude begrüßt, und sein Zusammenwirken mit der Regierung hatte auch die Wirkung, daß Ersparungen im Budget vorgenommen wurden, die Finanzlage sich besserte, die Valuta sich hob. Ein erheblicher Erfolg der Regierung war, daß 1863 der siebenbürgische Landtag die Februarverfassung annahm und die Wahlen zum Reichsrat vollzog.

In Deutschland hatte die Verleihung einer konstitutionellen Verfassung Österreich von neuem

Sympathien erweckt, um so mehr als gleichzeitig in Preußen der Verfassungskonflikt ausbrach. Diese Sympathien waren um so wertvoller, als sie das Übergewicht der Deutschen in Österreich verstärken mußten, und Schmerling hielt es für möglich, sie für eine Bundesreform in großdeutschem Sinn auszubeuten, die Österreich die Hegemonie in Deutschland, Deutsch-Österreich aber die Herrschaft im Gesamtstaat verschafft hätte.

Zu diesem Zweck lud Kaiser Franz Joseph 1863 die deutschen Fürsten und Freien Städte zu dem Fürstentag in Frankfurt (August) ein. Die Eingeladenen erschienen auch alle außer dem König von Preußen, der auf Rat Bismarcks seine Beteiligung standhaft ablehnte und damit den ganzen Bundesreformplan vereitelte.

Trotzdem vereinigte sich Österreich 1864 in der schleswig-holsteinischen Frage mit Preußen zum gemeinsamen Vorgehen gegen Dänemark und nach Ablehnung der Vorschläge der deutschen Großmächte zum Krieg, in welchem die österreichischen Truppen unter Gablenz sich durch ihre stürmische Tapferkeit auszeichneten.

Die Eroberung Schleswig-Holsteins, welches Dänemark im Wiener Frieden an Preußen und Österreich abtrat, war für letzteres ohne Wert, wenn es nicht ein dauerndes enges Bündnis mit Preußen einzugehen entschlossen war, und die schleswig-holsteinische Politik Rechbergs daher ein Fehler, da die Nichtanerkennung des augustenburgischen Erbrechtes Österreich die Sympathien des deutschen Volkes und das Vertrauen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten raubte. Graf Rechberg erhielt deshalb im Oktober 1864 seine Entlassung ...

Auch im Inneren vollzog sich bald ein Umschwung. Das Scheitern der deutschen Bundesreformpläne untergrub auch Schmerlings Ansehen bei Hofe; noch mehr tat dies die Haltung des Reichsrates. ...

Da nun Schmerling die Voraussetzungen, unter denen er an die Spitze des Ministeriums berufen worden, nicht erfüllte, nämlich alle Länder zur Anerkennung der Februarverfassung zu bewegen und die Mehrheit des Reichsrates für eine bedingungslose Unterstützung der Regierung zu gewinnen, reifte in den Hofkreisen der Entschluß, die Fortsetzung der bisherigen Regierungsweise auf andere Art, durch die Versöhnung mit den Ungarn, zu ermöglichen.

Im Juni 1865 unternahm der Kaiser zu diesem Zweck eine Reise nach Pest, wo er von den altkonservativen Magnaten glänzend empfangen wurde. Einer ihrer Führer, der Graf Mailáth, wurde zum ungarischen Hofkanzler ernannt, die bisherigen Hofkanzler von Ungarn und Siebenbürgen, die Grafen Franz Zichy und Nádasdy, Anhänger der Februarverfassung, entlassen. Infolge davon reichte Schmerling mit der Mehrzahl seiner Kollegen seinen Abschied ein, und der feudal gesinnte Graf Belcredi trat an seine Stelle.

Dieser setzte sich die Rückkehr zum alten Absolutismus mit Einzellandtagen in den Kronländern und die Fortdauer des Konkordats zum Ziel. Durch ein kaiserliches Manifest vom 20. September 1865 wurde der weitere und engere Reichsrat vertagt und damit die ganze Februarverfassung sistiert (eingestellt), bis man die Vertreter der anderen Königreiche und Länder darüber vernommen hätte. Die Landtage der deutschen Kronländer, die von der Sistierung der liberalen Gesamtstaatsverfassung am schwersten betroffen worden, baten in Adressen an den Kaiser um deren Herstellung, jedoch vergeblich.

Im Dezember wurde der ungarische Landtag vom Kaiser selbst eröffnet, um eine Versöhnung herbeizuführen. Die Thronrede erkannte die Rechtskontinuität und die formelle Gültigkeit der Gesetze von 1848 an, verlangte aber deren vorherige Revision, während die Ungarn erst ihre Einführung forderten. Noch war man zu keiner Einigung gelangt, als der Krieg mit Preußen ausbrach und der Landtag am 26. Juni 1866 geschlossen wurde.

Die Rückkehr zum früheren, nur durch die feudal-klerikalen Stände beschränkten Absolutismus hoffte das Ministerium Belcredi durch den glücklichen Ausgang des Krieges mit Preußen zu befördern. Seit dem Rücktritt Rechbergs hatte Österreich seine Haltung in der schleswig-holsteinischen Frage geändert und sich den Mittelstaaten wieder genähert. Allerdings kam es

am 14. August 1865 noch einmal zu einer Verständigung mit Preußen, der Gasteiner Konvention. ...<<

Böhmen: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Böhmens von 1859-1870 (x803/142): >>(Böhmen) ... Erst als nach dem Krieg von 1859 das absolutistische System in Österreich gestürzt war, regten sich auch in Böhmen wieder offen die tschechischen Sonderbestrebungen, welche bis dahin in der Presse und im sozialen Leben genährt worden waren.

Auf dem infolge der Februarverfassung von 1861 zusammenberufenen Reichstag erschienen die Tschechen in der Majorität und setzten in Verbindung mit den Polen der zentralisierenden Politik Schmerlings einen erbitterten und zähen Widerstand entgegen, während die Presse, geleitet von fanatischen Stimmführern, die Hetzerei gegen alles Deutsche aufs zügelloseste fortsetzte. Mit dem spezifisch tschechischen Patriotismus verbanden sich jetzt auch die panslawistischen Ideen, daher Parteiführer wie Palacky und Rieger (den) Anschluß an Rußland auf ihr Programm setzten.

Noch freieren Spielraum gewannen diese Agitationen, als 1865 nach dem Rücktritt Schmerlings das Ministerium Belcredi den Föderalismus begünstigte; überdies fand das Tschechentum eine starke Unterstützung beim feudalen Adel und beim Klerus.

Auch die Not, welche durch den Krieg 1866 über Böhmen kam, brachte nur eine kurze Unterbrechung der inneren Streitigkeiten. Als Belcredi durch Beust ersetzt und das rein föderalistische Programm ausgegeben wurde, machten die Tschechen ihren Grimm durch Nichtbeschießung des Reichstages Luft (1867). Indessen wurden doch trotz der Renitenz der tschechischen Partei die Reichstagswahlen zustande gebracht, und die Proteste blieben ohne Wirkung.

Um so wütender gebärdete sich die Presse, und es kam zu ... Pöbelangriffen auf angesehene Deutsche. Gleichzeitig demonstrierte man für den Panslawismus bei der ethnographischen Ausstellung zu Moskau (Mai 1868) und verlangte einen Ausgleich wie mit Ungarn, um so mehr, als der aus Verfassungstreuen bestehende Landtag eine Reihe von antitschechischen Beschlüssen faßte.

Die Unterhandlungen über einen Ausgleich, wozu die Tschechenführer Rieger und Sladkowsky von dem Bürgerministerium Giskra 1870 eingeladen wurden, kamen nicht zustande. Das darauf folgende Ministerium Potocki war zu weitgehenden Konzessionen bereit, doch ... die Tschechen machten aber zu hohe Ansprüche.

Indessen wurde (motiviert durch den deutsch-französischen Krieg) der Landtag aufgelöst; die Neuwahlen waren den Tschechen günstig, und sie benutzten ihr Übergewicht zu Demonstrationen gegen die Regierung und verweigerten wieder die Beschickung des Reichstages. ...<<

Italien: Österreich wird im Jahre 1859 nach schweren Niederlagen bei Magenta und Solferino durch sardinische und französische Truppen aus den oberitalienischen Gebieten vertrieben und verliert die Lombardei an Italien.

Der schweizerische Kaufmann und Schriftsteller Henri Dunant (1828-1910, Begründer des Roten Kreuzes, erhält 1901 den Friedensnobelpreis) berichtet später über die Schlacht bei Solferino (x237/165): >>... Um jeden Hügel werden hartnäckige Kämpfe geliefert, ganze Haufen von Toten sind auf den Hügeln, in den Hohlwegen aufgetürmt. Österreicher und Alliierte töten einander auf den blutigen Leichnamen.

Sie morden sich mit Kolbenschlägen, zerschmettern sich das Gehirn, schlitzen sich mit Säbeln und Bajonetten die Leiber auf; kein Pardon wird mehr gegeben, es ist ein Gemetzel, ein Kampf wilder, wütender, blutdürstiger Tiere, und selbst die Verwundeten verteidigen sich bis zum äußersten. Wer keine Waffen mehr besitzt, faßt seinen Gegner an der Gurgel und zerfleischt ihn mit den Zähnen. ...

Die Pferde zertreten unter ihren Hufen Tote und Sterbende. ... In das Wiehern der Pferde mischen sich Flüche, Schmerzens- und Verzweiflungsrufe und Wutgeschrei. ... Der Boden wird

mit Blut getränkt, mit menschlichen Überresten bedeckt. ...

Auf den steinernen Fliesen der Spitäler und Kirchen von Castiglione liegen Seite an Seite Kranke aller Nationen: Franzosen und Araber, Deutsche und Slawen. ...

Es gelingt mir, ... eine Anzahl Frauen aus dem Volke zusammenzubringen, die ihr möglichstes tun, den Verwundeten behilflich zu sein. ... Die Frauen von Castiglione erkennen bald, daß es für mich keinen Unterschied der Nationalität gibt, und so folgen sie meinem Beispiel und lassen allen Soldaten das gleiche Wohlwollen zuteil werden. "Tutti fratelli" ("Alles Brüder") wiederholen sie gerührt immer wieder. Es gab nichts, was sie zurückschreckt, erschöpft oder entmutigt hätte. Ihre bescheidene Hingebung kannte keine Müdigkeit und keinen Ekel. Kein Opfer war ihnen zu viel. ...

Sollte es nicht möglich sein, freiwillige Hilfsgemeinschaften zu gründen, deren Zweck es wäre, die Verwundeten in Kriegszeiten zu pflegen oder pflegen zu lassen?

Die Humanität und die Zivilisation verlangen gebieterisch nach dem hier angedeuteten Werke; es scheint uns, daß dessen Vollführung selbst eine Pflicht wäre, zu deren Erfüllung jeder ... einflußreiche Mann seine Unterstützung und jeder Wohldenkende irgendeinen Gedanken beitragen sollte. ...<<

1860

Deutscher Bund: Michael Öchsner (1816-1893) verfaßt 1860/61 den Text der "Bayernhymne" (x846/...):

>>Gott mit dir du Land der Bayern,
Heimaterde, Vaterland!
Über deinen weiten Gauen
Walte seine Segenshand!
Er behüte deine Fluren,
Schirme deiner Städte Bau
Und erhalte dir die Farben
Deines Himmels, Weiß und Blau!

Gott mit uns, dem Bayernvolke,
Wenn wir, unsrer Väter wert,
Stets in Eintracht und in Frieden
Bauen unsres Glückes Herd;
Daß vom Alpenland zum Maine
Jeder Stamm sich fest vertrau'
Und die Herzen freudig eine
Unser Banner, weiß und blau!

Gott mit dir, dem Bayernvolke,
Daß wir uns'rer Väter wert,
Fest in Eintracht und in Frieden
Bauen uns'res Glückes Herd!
Daß mit Deutschlands Bruderstämmen
Einig uns ein jeder schau
Und den alten Ruhm bewähre
Unser Banner weiß und blau!

Gott mit uns und Gott mit allen,
Die der Menschen heilig Recht
Treu beschützen und bewahren

Von Geschlechte zu Geschlecht.
Frohe Arbeit, frohes Feiern,
Reiche Ernten jedem Gau,
Gott mit dir, du Land der Bayern
Unterm Himmel weiß und blau!<<

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1860-1865 (x809/80-81): >>(Italien) ... Napoleon verlangte ... von Sardinien die wirkliche Abtretung von Savoyen und Nizza und die allgemeine Abstimmung in den mittelitalienischen Staaten.

Das Turiner Kabinett gab hierzu am 2. März 1860 seine Zustimmung, und am 24. März wurde der betreffende Vertrag unterzeichnet, nachdem am 11. und 12. die Abstimmung in Toskana, Modena, Parma und den römischen Legationen darüber stattgefunden hatte, ob sie definitiv dem Reich des Königs Viktor Emanuel II. einverleibt zu werden, oder ob sie getrennte Staaten zu bilden wünschten. Das Resultat war eine überwältigende Bejahung der ersteren Frage.

Am 18. März nahm Viktor Emanuel die Annexion von Parma, Modena und den römischen Legationen, am 22. diejenige von Toskana an, und am 28. rückten die sardinischen Truppen in den genannten Staaten ein. Der vom Papst am 26. März wider alle, die an dem Eingriff in die päpstlichen Staaten Anteil hatten, geschleuderte Bannfluch blieb unbeachtet.

Hiermit war jedoch die italienische Bewegung noch keineswegs zum Stillstand gekommen. Die Partei der Aktion, wie sie sich selbst nannte, richtete ihr Augenmerk nunmehr auf das Königreich beider Sizilien, wo die unerträglichen absolutistischen Zustände, denen der neue König, Franz II., nicht abhelfen konnte und wollte, jeder Erhebung Erfolg versprochen.

In den ersten Tagen des Aprils 1860 brach der Aufstand in Sizilien aus; zwar stellten die neapolitanischen Truppen die Ruhe in Palermo und Messina wieder her, aber in den Gebirgen der Insel gährte die Bewegung fort und erhielt von außen Nahrung.

Am 6. Mai ging Garibaldi in Genua mit 1.067 Freiwilligen und 4 ... Geschützen auf zwei Dampfern in See, um ein Königreich anzugreifen, das über ein organisiertes Heer gebot, und am 11. Mai landete er trotz der ihm auflauernden Kreuzer in Marsala auf Sizilien. Er sammelte bei Salemi die zerstreuten Haufen der Insurgenten und befehligte am 14. Mai 4.000 Mann, mit denen er am 27. Mai die Besatzung von Palermo zur Kapitulation zwang. Im Namen Viktor Emanuels, des Königs von Italien, übernahm er die Diktatur über die Insel.

Da König Franz II. sich auf sein Militär verlassen zu können meinte und auf dasselbe allein sich zu stützen gewillt war, so lehnte er jedes liberale Zugeständnis und eine Allianz mit Sardinien ab. Als er dann im Juni sein System ändern wollte, aber zugleich auch den Schutz der Großmächte anrief, war es zu spät.

Nachdem im Juli ganz Sizilien in die Hände Garibaldi gefallen war, landete der letztere mit 5.000 Mann am 19. August in Reggio und besetzte es am 22. Die königlichen Truppen lösten sich fast überall auf, in den meisten Städten bildeten sich provisorische Regierungen; verlassen und hilflos entfloh Franz II. aus Neapel nach Gaeta, wo er den Rest seiner wenigen Getreuen sammelte. Am 7. September zog Garibaldi unter dem lauten Jubel der Bevölkerung in Neapel ein.

Daß der kühne und glückliche Befreier nunmehr das Gebiet des Kirchenstaates angreifen werde, war kein Geheimnis. Die päpstliche Regierung hatte in aller Herren Ländern ein Heer anwerben lassen und stellte dasselbe unter den Befehl des Generals Lamoricière, da Pius IX. des Schutzes der Franzosen in Rom überdrüssig war und sich dem Wahn hingab, durch eine glaubenstreue militärische Macht sich selbständig behaupten zu können.

Indem aber Viktor Emanuel die Annexion von Neapel und Sizilien unmöglich ohne den Besitz der römischen Marken und Umbriens verwirklichen konnte, und da eine republikanische Bewegung, wie sie Garibaldi im Schilde führte, dem Kaiser Napoleon III. im Kirchenstaat

äußerst mißfällig und gefährlich erschien, so verständigten sich Frankreich und Italien abermals dahin, daß Viktor Emanuel die Marken und Umbrien besetzen sollte, um hierauf anstatt der Diktatur Garibaldi's ein geordnetes monarchisches Regiment in Neapel einzurichten. Nur sollte Rom und das sogenannte Patrimonium Petri (Päpstliches Erbgut), das die Franzosen besetzt halten würden, unangetastet bleiben.

Kaum waren am 2. September 1860 zwei sardinische Korps an den Grenzen des Kirchenstaates erschienen, als in Umbrien und den Marken die Insurrektion ausbrach.

Am 18. September lieferte der italienische General Cialdini bei Castelfidardo dem General Lamoricière eine Schlacht, in welcher die päpstliche Armee völlig zersprengt wurde. Ancona, wohin sich Lamoricière nur mit wenigen Truppen flüchtete, mußte sich bereits am 29. September ergeben.

Danach ging die Besetzung von Neapel rasch vonstatten. Nur bei Isernia stellten sich königstreue neapolitanische Truppen dem General Cialdini in den Weg. Am 7. November zog Viktor Emanuel in Neapel ein, nachdem eine allgemeine Volksabstimmung sich für die Verbindung Neapels und Siziliens mit Sardinien ausgesprochen hatte.

Die Festung Gaeta trotzte allein der siegreichen Armee und der Idee der italienischen Einheit. Die Belagerung der starken Feste begann aber sofort, und am 13. Februar 1861 kapitulierte Franz II. mit 8.000 Mann.

So war durch eine Reihe von ungeheuren Erfolgen die italienische Einheit bis auf Rom und Venedig vollendet. Die Stellung, welche die verschiedenen europäischen Mächte zu der neuesten Gestaltung der Dinge einnahmen, war natürlich eine sehr verschiedene; bloß England erkannte die vollzogenen Tatsachen nicht nur sofort unbedingt an, sondern hieß dieselben auch gut. Im übrigen wurde bald durch Kongreßvorschläge, bald durch Separatverhandlungen jede Einmischung ... (vermieden), und das Schicksal Italiens entschied sich im großen Ganzen wesentlich durch das Land selbst.

Nur auf Rom verzichtete Napoleon keinen Augenblick und behielt durch seine Besetzung den maßgebenden Einfluß nicht bloß auf Italien, sondern auch auf den Papst. Am 18. Februar 1861 versammelte sich das erste italienische Parlament in Turin. Senat und Deputiertenkammer genehmigten den Vorschlag der Annahme des Titels eines Königs von Italien für Viktor Emanuel und seine gesetzlichen Nachfolger mit allen Stimmen gegen die von zwei Senatoren, und am 14. März nahm der König den Titel an. Hiermit war das Königreich Italien gegründet, wenn auch noch nicht vollendet.

Weder durch seine Lage noch durch seine Geschichte konnte Turin, die bisherige Hauptstadt Sardinien's, Anspruch darauf erheben, auch die Hauptstadt des geeinigten Italien zu sein. Dies konnte nur Rom sein, und der Ruf nach dessen Besitz wurde sofort laut.

Cavour selbst war genötigt, sich noch über diese die Gemüter heftig bewegende Frage auszusprechen. Am 26. März entwickelte er ein Programm, durch welches die Lösung derselben im Weg friedlicher Auseinandersetzung zwischen der weltlichen und geistlichen Macht herbeigeführt werden könnte, indem dem Papst und der katholischen Kirche gegen den Verzicht auf die weltliche Herrschaft vollkommene Freiheit und Unabhängigkeit vom Staat in allen geistlichen Dingen zugestanden würde, und ermahnte zu Geduld und Mäßigung.

Allein der Papst und die ganze katholische Partei in Europa hatten jeden Ausgleich längst zurückgewiesen, und Cavour hatte nicht die Genugtuung, irgendeine Verständigung angebahnt zu sehen, als er am 6. Juni 1861 starb. Sein Verlust schien für Italien unersetzlich, und es war schwierig, zu der Leitung der halbfertigen Zustände einen Nachfolger zu finden.

Indes Staatsmänner wie Ricasoli, Rattazzi, Minghetti, Menabrea, Lanza u.a., wie sehr sie auch verschiedenen Parteirichtungen angehörten, wußten dennoch die Hauptsache: die Einheit Italiens, über allen Parteihader emporzuhalten und zu fördern.

Wiewohl die verschiedenen Versuche, Rom zum Mittelpunkt des neuen Reiches zu machen,

zunächst scheiterten und die Aktionspartei im Parlament nur mühsam vor Übereilungen bewahrt werden konnte, entwickelte sich Italien doch in zehn Jahren in einer bewunderungswürdigen Weise Schritt für Schritt, aber allerdings auch unter außerordentlich glücklichen Konstellationen der europäischen Verhältnisse und unter dem seltensten Wohlwollen der französischen, englischen und deutschen Staatsmänner.

Als Garibaldi 1862 die römische Frage mit Gewalt zu lösen suchte, trat ihm die Regierung Italiens mit Energie entgegen und bewies, daß sie die Leitung der Geschicke ihren Händen nicht entreißen lassen wollte. Die Schar Garibaldi's, welche in Kalabrien gelandet war, wurde von den königlichen Truppen am 28. August bei Aspromonte angegriffen und zersprengt, Garibaldi selbst verwundet und gefangen.

Andererseits fand Napoleon sowohl in den beginnenden deutsch-dänischen Verwickelungen als auch in den amerikanischen Verhältnissen Grund, sich Italien wieder mehr zu nähern und der öffentlichen Meinung des Landes Rechnung zu tragen. Nach längeren Verhandlungen wurde am 15. September 1864 eine Konvention zwischen Frankreich und Italien (Septemberkonvention) geschlossen, welche durch einen Kompromiß die Frage der Hauptstadt lösen und die römische Frage beseitigen sollte.

Frankreich verpflichtete sich durch dieselbe, binnen zwei Jahren Rom zu räumen, wogegen Italien versprach, das päpstliche Gebiet nicht anzutasten und gegen Angriffe von außen zu schützen, endlich die Reorganisation des päpstlichen Heeres geschehen zu lassen, wofern dasselbe nicht einen für Italien bedrohlichen Charakter annehme.

Durch ein nachträgliches Protokoll versprach die italienische Regierung, die Hauptstadt Italiens binnen sechs Monaten von Turin nach Florenz zu verlegen. Wiewohl nun in Italien die letztere Bestimmung als ein Verzicht auf das Übergewicht der piemontesischen Erblande des Königs willkommen war, fürchtete man doch sehr, daß damit die Gewinnung Roms in unabsehbare Ferne gerückt wäre.

In Turin aber, das wohl zu Gunsten Roms, aber nicht Florenz' auf seinen Vorrang zu verzichten bereit war, kam es am 20.-21. September 1864 und im Januar 1865, als das Parlament die Verlegung der Hauptstadt genehmigte, zu ernstlichen Unruhen, so daß der König am 3. Februar 1865 die bisherige Hauptstadt ohne Abschied und Kundgebung verließ und in Florenz seinen Aufenthalt nahm. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 03/2019 berichtet später (im März 2019):

>>**Es war einmal in Sizilien**

_von Claudio Michele Mancini

Kleine Geschichte der Mafia (I): Die sogenannte Ehrenwerte Gesellschaft war bis Anfang des 20. Jahrhunderts nur ein lokaler Machtfaktor. Doch ein fataler Schachzug der US-Armee veränderte das ganze Spiel.

"Cu è surdu, orbu e taci, campa cent' anni 'mpaci" ist ein sizilianisches Sprichwort. Zu Deutsch: "Wer taub, blind und stumm ist, lebt 100 Jahre in Frieden." Es sind auch heute noch diese drei Grundprinzipien, die in der Cosa Nostra ihre Gültigkeit haben. Taube hören keine Schüsse. Blinde sehen nichts, wenn von einem Geschäftsmann il pizzu, das Schutzgeld, verlangt wird. Und wer stumm ist, hält die Omertà ein und wird niemals mit der Polizei reden.

Immer wieder wird die Frage gestellt, woher die Mafia kommt. Wie alt ist sie? Und was bedeutet das Wort überhaupt? Fangen wir da an, wo alles begann...

Ordnung und Terror

Über gut zwei Jahrtausende hatten Fremde Sizilien beherrscht: Griechen, Phönizier, Punier, Römer, Byzantiner, Vandalen, Ostgoten, Sarazenen, Normannen, Staufer, das Haus Anjou, Spanier, Habsburger, Bourbonen.

Bis im Mai 1860 der Nationalheld Garibaldi mit einem Trupp Aufständischer landete und von Sizilien aus den sogenannten Zug der Tausend Richtung Norden begann - die Vereinigung

und Befreiung Italiens. Auf der Insel verloren die alten Herrscher - Fürsten, Barone und Grafen, die mit dem Königshaus in Neapel eng verbunden waren - an Macht und Einfluß. Die neuen Herren in Rom schickten Polizei und Militär.

Doch die Regierung konnte das Land nur mit Mühe stabilisieren. Auf Sizilien entstand keine starke staatliche Autorität, die Ordnung und Sicherheit hätte garantieren können. Banden machten sich breit und übten Macht über das zersplitterte Land aus. Fassungslos beobachtete der Rest Italiens, wie das Eiland mehr und mehr von der Malavita beherrscht wurde, der Verbrecherwelt.

Deren Strukturen hatten sich auf niedrigerer Stufe bereits lange vorher herausgebildet: Ende des 18. Jahrhunderts begannen Großgrundbesitzer, ihren Hauptwohnsitz vom Inneren und Westen Siziliens nach Palermo und Neapel zu verlegen. Ihre Ländereien ließen sie durch Schutztruppen sichern. Diese sogenannten Gabellutti schirmten einerseits das Land der Reichen von Räubern und Viehdieben ab und ließen sich dafür mit günstigen Pachtverträgen belohnen.

Andererseits verteidigten sie die Bauern vor der Willkür ihrer Herren, beuteten die armen Teufel nun aber selbst bis aufs Blut aus. Auch die Mittelklasse begab sich in ihre Arme - aus Furcht oder weil sie in ihnen ein mächtiges Hilfsmittel sah, um Einfluß zu erringen und sich Reichtümer anzueignen. Bald wurden sie i mafiosi genannt - Menschen, die ihr eigenes Recht schaffen und andere diesem unterwerfen. Sie selbst nannten sich lieber onorata società, Ehrenwerte Gesellschaft, ein von außen undurchschaubares Geflecht von sogenannten Ehrenmännern, den uomini d'onore.

Die Meinungen, ob es Mussolini gelang, die Mafia auszumerzen, gehen auseinander.

Kaum zu glauben, daß an der Schwelle zum 20. Jahrhundert selbst der Staat die Dienste der Cosa Nostra, so ein weiterer Name des Geheimbundes, nutzte - als vermeintliche Stütze im Kampf gegen das Verbrechen. Tatsächlich ging die Organisation scharf und erfolgreich gegen nichtkonformes Verhalten wie Raub, Prostitution und Homosexualität vor - und erlangte damit in den Augen vieler eine höhere Legitimität als die schwache Staatsmacht.

Helfer der US-Armee

Die Meinungen, ob es dem faschistischen Regime später gelang, die Mafia auszumerzen, gehen auseinander. Tatsache ist jedenfalls, daß die Organisation durch den Diktator Benito Mussolini geschwächt wurde. Die Wende kam 1943 mit der Landung der Alliierten. Als die Amerikaner an der Küste Siziliens vorrückten, sahen sie sich mit dem Problem konfrontiert, daß Wegweiser, Straßenschilder, Ortsnamen, ja sogar Hausnummern entfernt worden waren. Orientierungslos suchte die US-Armee nach geeigneten Dolmetschern und Verbindungsleuten.

In der Not erinnerte man sich an ein paar alte Bekannte: Alphonse Gabriel "Al" Capone saß seit 1936 im Eastern State Gefängnis in Philadelphia. Lucky Luciano und Vito Genovese waren in Alcatraz hinter Gittern. Man heuerte diese beiden an, um einerseits die Logistik beim Vormarsch in Italien zu sichern, andererseits wichtige Kontakte zu demokratischen Kräften zu knüpfen. Doch wie so häufig trieben die Amerikaner in Unkenntnis von Kultur, Traditionen und politischen Gegebenheiten den Teufel mit dem Beelzebub aus.

Und während die Yankees blindlings in die Falle tappten, kümmerten sich Genovese und Luciano nicht nur um die reibungslose Logistik der Invasionstruppen, sondern zogen gleichzeitig auf der Insel einen blühenden Schwarzmarkt auf. Sie handelten mit Lebensmitteln, Zigaretten, Waffen, Fahrzeugen und Kleidung, die sie aus den Beständen der Armee mit Hilfe von sogenannten Amici entwendeten. Die sogenannten Befreier ließen sie nicht nur gewähren - die Mafiosi standen sogar unter dem Schutz der OSS, des Vorläufers der CIA.

Der Auftrag für die beiden Gangsterbosse, denen man im Gegenzug die Freiheit zusicherte, lautete: Nach der Niederwerfung des Faschismus nun vor allem den Kampf gegen die Kommunisten zu führen und eine neue pro-amerikanische Partei, die Democrazia Cristiana (DC),

aufzubauen. Für deren Unterstützung zahlte Washington von 1946 bis 1984 jährlich 500 Millionen Dollar. Der Erfolg stellte sich schnell ein: Zwischen 1944 und 1946 wurden 95 Prozent aller Bürgermeister in Sizilien aus den Reihen der Mafia besetzt. Später stiegen die Kommunalpolitiker bis in die Regierungsebene auf, einige wurden Staatssekretäre oder sogar Minister. ...<<

1861

Italien: Im Jahre 1861 wird das Königreich Italien ausgerufen.

1864

Schweiz: Am 22. August 1864 unterzeichnen die Bevollmächtigten aus 16 Staaten in Genf das erste internationale Abkommen (sog. "Genfer Konvention") zum Schutz der Verwundeten, Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung. Während der Genfer Konvention gründet man außerdem das Rote Kreuz, um das Los der Verwundeten und Kranken der Kriegsparteien zu mildern.

Mit der Gründung des Roten Kreuzes versucht man, endlich die furchtbaren Folgen des Krieges zu "humanisieren" und will vor allem den Verwundeten und Kriegsgefangenen eine medizinische Versorgung und menschliche Behandlung gewährleisten.

Zur wichtigsten Bestimmung des internationalen Vertrages zählt, daß alle verwundeten oder kranken Soldaten, ohne Unterschied ihrer Staatsangehörigkeit, von der gegnerischen Kriegspartei, die sie gefangen genommen hat, medizinisch versorgt und gepflegt werden. Lazarette, Ärzte, Krankenpfleger und Feldgeistliche sind während der Kampfhandlungen besonders zu schützen. Das Erkennungszeichen des "Roten Kreuzes" wird ein rotes Kreuz auf weißem Feld (islamische Länder: Roter Halbmond).

Der eigentliche Begründer dieser Hilfsorganisation ist der schweizerische Kaufmann und Schriftsteller Henri Dunant.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Genfer Abkommen" (x051/209): >>Genfer Abkommen (Genfer Konventionen), Bezeichnung für eine Reihe von in Genf geschlossenen internationalen Verträgen zum Schutz von Verwundeten und kranken Soldaten, Kriegsgefangenen und Zivilpersonen im Krieg: Das 1. Genfer Abkommen wurde auf Anregung Henri Dunants (1828-1910) am 22.8.1864 von 16 Staaten (darunter Preußen und anderen Mitgliedern des Deutschen Bundes) geschlossen und betraf Soldaten im Landkrieg.

Es legte zudem das Schutzzeichen des Roten Kreuzes fest und wurde 1899 auf den Seekrieg ausgeweitet. Ein 2. Genfer Abkommen vom 6.7.1906 erweiterte das 1. wesentlich und wurde von 40 Staaten ratifiziert. Am 27.7.1929 einigten sich 15 Staaten auf ein weiteres (3.) Genfer Abkommen, das insbesondere die Behandlung der Kriegsgefangenen regelte, und am 12.8.1949 vereinbarten 59 Regierungen ein 4. Genfer Abkommen "zum Schutz der Kriegsoffer", das heute von nahezu allen Ländern ratifiziert ist.

Die bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gültigen ersten drei Genfer Abkommen, die Kriegs Betroffene v.a. vor Tötung, Verstümmelung, Folter, Geiselnahme und Verletzung der Menschenwürde bewahren sollten, wurden von nahezu allen Krieg führenden Parteien verletzt. Deutscherseits entsprach das Verhalten auf den westlichen Kriegsschauplätzen im allgemeinen wenigstens ansatzweise den Genfer Abkommen, während der "Weltanschauungskrieg" im Osten fast ohne Rücksicht auf Geist oder gar Buchstaben der Genfer Abkommen geführt wurde (u.a. Einsatzgruppen).<<

1866

Preußen: Als die letzten preußisch-österreichischen Verhandlungen im April 1866 scheitern, nutzt Bismarck den "geplanten Streit" um Schleswig und Holstein kaltblütig aus. Preußen tritt nach den gescheiterten Verhandlungen sofort aus dem Deutschen Bund aus und läßt preußische Truppen in Holstein einmarschieren, das damals von den Österreichern verwaltet wird.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1866-1869 (x812/522-524): >>(Österreich) ... Österreich war nicht geneigt, die Elbherzogtümer an Preußen zu überlassen; höchstens für eine Landabtretung in Schlesien hätte es auf seine ... (vermeintlichen Rechte) verzichtet. Für Geld wollte es Schleswig-Holstein ebensowenig hergeben wie Venetien. Es übertrug also die Entscheidung der Erbfolgefrage dem Bund. Dies sah Preußen als einen Bruch der Verträge an.

Nach heftigen Streitigkeiten führte Österreich, nachdem es einen Kongreß zur Schlichtung des Streites abgelehnt hatte, im Vertrauen auf seine kriegerische Überlegenheit und die Hilfe der meisten deutschen Staaten den Ausbruch des Krieges (Preußisch-Deutscher Krieg) durch seinen Antrag auf Mobilmachung der nichtpreußischen Bundeskorps, der am 14. Juni 1866 vom Bundestag angenommen wurde, herbei.

Die österreichische Streitmacht siegte zwar über das mit Preußen verbündete Italien zu Lande am 24. Juni bei Custozza, zur See am 20. Juli bei Lissa, unterlag aber den Preußen völlig in Böhmen, zuletzt bei Königgrätz (3. Juli).

Österreich wurde gezwungen, unter Preisgebung seiner deutschen Verbündeten den Frieden von Prag (23. August) zu schließen. Derselbe legte zwar Österreich, abgesehen von der Abtretung Venetiens, keine Verluste an Ländergebiet auf, drängte es aber aus Deutschland hinaus, so daß es die 1815 errungene und 1849 wiedereroberte herrschende Stellung in Italien und Deutschland für immer verlor.

Naturgemäß übte der unglückliche Ausgang des Krieges auch auf die inneren Verhältnisse Österreichs eine bedeutende Wirkung aus. Die Sistierungspolitik mußte aufgegeben und möglichst rasch verfassungsmäßige Zustände hergestellt werden, damit die Finanzen geordnet und die notwendigen Reformen in Angriff genommen werden konnten.

Belcredis Plan war, Österreich in fünf Königreiche mit feudalen Verfassungen zu zerlegen, welche nur durch die Person des Kaisers verbunden sein sollten; der Kaiser und seine Minister sollten die gemeinsamen und äußeren Angelegenheiten nach eigenem Ermessen leiten. Er bereitete zu diesem Zweck die Berufung eines außerordentlichen Reichsrates der deutsch-slawischen Länder vor.

Die bisherigen Landtage derselben wurden am 3. Februar 1867 aufgelöst und die Wahl neuer Landtage angeordnet, welche die Mitglieder eines außerordentlichen Reichsrates zu ernennen hätten. Diesem sollte der Ausgleich mit Ungarn vorgelegt werden, worauf dann die Polen, Tschechen und Kroaten ähnliche Zugeständnisse gefordert und erhalten hätten. Die Slawen ... (hätten) also das Übergewicht in Österreich erhalten und ... (Österreich wäre) ein feudal-konservative Föderativstaat mit absolut monarchischer Spitze geworden.

Gegen den Belcredischen Plan erklärten sich aber sowohl die gemäßigte Partei der Ungarn, deren Führer Deák ihre Forderungen genau formuliert hatte, als die Führer der deutschen und liberalen Partei in den deutsch-slawischen Kronländern. Mehrere Landtage verlangten in Adressen an die Krone die Wiederherstellung der Februarverfassung und den Ausgleich mit Ungarn und drohten, die Wahlen zum außerordentlichen Reichsrat zu verweigern, während in Ungarn nach Ablehnung der Deákschen Forderungen die radikale Partei, welche nur eine reine Personalunion zugestehen wollte, zur Herrschaft gelangt wäre.

Da demnach der Plan Belcredis unausführbar schien, bewog Beust, der im Oktober 1866 zum Minister des Auswärtigen ernannt worden war, den Kaiser, die Wünsche der Deutschen und der Ungarn zu erfüllen, in Österreich den engeren Reichsrat wieder einzuberufen und in Ungarn sofort ein Ministerium zu ernennen, mit dem der Ausgleich abgeschlossen werden könne. Belcredi erhielt seine Entlassung, und Beust wurde am 7. Februar 1867 Ministerpräsident.

In Ungarn wurde Graf Andrassy am 17. Februar zum Präsidenten eines verantwortlichen Ministeriums ernannt. Mit diesem und Deák wurden nun die Bedingungen des Ausgleiches zwischen Österreich und Ungarn vereinbart und nach der Sanktion durch den Kaiser ... im Febru-

ar 1867 verkündigt.

Der Ausgleich teilte das bisherige Reich, das nun den Namen "Österreichisch-Ungarische Monarchie" erhielt, in eine österreichische und eine ungarische Hälfte, welche außer durch die Person des Herrschers auch durch gemeinsame Institutionen verbunden waren. Siebenbürgen wurde mit Ungarn völlig verschmolzen, Kroatien und die Militärgrenze mit Vorbehalt gewisser Sonderrechte vereinigt.

Der Ausgleich zerfiel in einen staatsrechtlichen und einen finanziellen Teil; der erstere, welcher die Errichtung gemeinsamer Reichsministerien für Auswärtiges, Krieg und Finanzen und die Bildung einer gemeinsamen Vertretung, der Delegationen, betraf, sollte für immer gelten, der andere, die finanziellen Leistungen und den Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses festsetzende alle zehn Jahre revidiert werden. Von den gemeinsamen Ausgaben sollte Ungarn 30 Prozent zahlen, in den Delegationen aber der österreichischen Reichshälfte, die 70 Prozent zahlte, gleichberechtigt sein. Durch die Königskrönung am 8. Juni 1867 fand die Versöhnung mit Ungarn ihren Abschluß.

In der österreichischen ... Reichshälfte wurde der Ausgleich mit Ungarn, welcher allerdings den Ungarn übermäßige Vergünstigungen eingeräumt hatte, und das dadurch begründete dualistische System von den um ihre Hoffnung auf Autonomie betrogenen Slawen heftig getadelt, während die Deutschen hierdurch das dauernde Übergewicht in der österreichischen Hälfte zu erlangen, ferner die liberale Verfassung wiederhergestellt zu sehen hofften und daher ihre Sympathien für einen zentralisierten Kaiserstaat zurückdrängten.

In der Tat wurde zum 22. Mai 1867 der engere Reichsrat zusammenberufen, nachdem ein interimistisches österreichisches Ministerium unter Taaffe gebildet worden war. Der Kaiser gab in der Thronrede die Versicherung, daß sein ganzes Bemühen auf den Ausbau und die Erhaltung konstitutioneller Einrichtungen gerichtet sei, teilte den Ausgleich mit Ungarn als eine unwiderrufliche Tatsache mit und äußerte die zuversichtliche Hoffnung, daß der Reichsrat demselben seine Zustimmung nicht versagen werde.

In diesem hatte die liberal gesinnte Partei, zu der die Polen hielten, die Mehrheit, und sie erfüllte den Hauptwunsch der Regierung, indem sie nach längeren Verhandlungen über die finanziellen Bedingungen, namentlich die Verpflichtung Ungarns zur Verzinsung der Staatsschuld, im Dezember 1867 den Ausgleich genehmigte. Auch das Budget der Regierung wurde ohne wesentliche Änderungen angenommen, obwohl dasselbe ein Defizit von 46 Millionen Gulden aufwies; die Staatsschuld war auf 3.046 Millionen Gulden angewachsen ...

Am 1. Januar 1868 erfolgte die Ernennung eines neuen verantwortlichen Ministeriums ... Das neue Ministerium legte dem Reichsrat sofort drei Kirchengesetze vor, welche von diesem angenommen und am 25. Mai vom Kaiser sanktioniert wurden; durch dieselben wurde die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den weltlichen Gerichten überwiesen, die oberste Leitung und Aufsicht über das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen dem Staat zuerkannt und die interkonfessionellen Verhältnisse im Sinn der Gleichberechtigung geregelt.

Der päpstliche Nuntius erließ sofort einen Protest gegen die Gesetze als eine Verletzung des Konkordats, und Pius IX. selbst erklärte sie am 22. Juni ... für null und nichtig. Indessen die Regierung konnte sich auf die Zustimmung des größten Teiles der Bevölkerung berufen, wenn sie diese Proteste unbeachtet ließ und den Klerus warnte, nicht durch seine Opposition gegen den Staat die bedeutenden Rechte, welche die Kirche noch besaß, zu gefährden. Gegen einen der heftigsten Bischöfe, Rudigier von Linz, wurde ein Strafverfahren eingeleitet, andere Bischöfe, welche sich weigerten, die Eheprozeßakten auszuliefern, durch Geldstrafen dazu gezwungen. ...

In der nächsten Session, die am 17. Oktober 1868 eröffnet wurde, beriet der Reichsrat das neue Wehrgesetz, welches für die nächsten 10 Jahre eine Dienstzeit von 12 Jahren, davon 3 in der Linie, bei allgemeiner Wehrpflicht, eine Kriegsstärke von 800.000 Mann und ein Heeres-

budget von 80 Millionen Gulden festsetzte; die Landwehr sollte in beiden Reichshälften ihre besondere Organisation erhalten, die aktive Armee aber eine einheitliche sein.

Der ungarische Reichstag hatte das Gesetz schon am 7. August genehmigt, der österreichische Reichsrat tat es im November, und endlich wurde es von den Delegationen in Pest im Dezember bestätigt. Hierzu kam 1869 noch ein Gesetz über die Einführung der Schwurgerichte für politische und Presseprozesse. Hiermit schien aber die reformierende Kraft des Ministeriums erschöpft zu sein.

Unzweifelhaft hatte die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände segensreich auf die Entwicklung Österreichs eingewirkt. Das geistige und materielle Leben regte sich, der Wohlstand hob sich, die produktive Tätigkeit in allen Zweigen des Erwerbes war entfesselt. Die peinliche Sparsamkeit der Regierung hatte das Defizit fast beseitigt und neue Anleihen vermieden, so daß die Kapitalien für produktive Unternehmungen flüssig wurden.

Österreich spielte eine bescheidenere Rolle in Europa als früher, nahm aber immer noch eine geachtete und ehrenvolle Stellung ein, nur daß die auswärtige Politik nicht mehr so wie früher seine inneren Verhältnisse beherrschte. Der Reichskanzler Graf Beust hatte allerdings ebensowenig wie der Hof und das Heer auf jede Wiedervergeltung für 1866 verzichtet und sich seit 1867 Frankreich in auffälliger Weise genähert. Wenigstens Süddeutschland hoffte er dem preußischen Machtbereich vorenthalten zu können. Aber seine Politik war durchaus vorsichtig und vermied jede Herausforderung. ...

Die größte Schwierigkeit, auf welche das Bürgerministerium unter Taaffe (Auersperg war am 24. September 1868 zurückgetreten) bei seinen liberalen und zentralistischen Bestrebungen stieß, kam von den Slawen namentlich von den in ihren Hoffnungen auf die Autonomie der Wenzelskrone betrogenen Tschechen. Diese bestritten in ihren Versammlungen und in ihrer Presse von Anfang an die Rechtsbeständigkeit des Reichsrates, und ihr fanatischer Haß gegen alles Deutsche und gegen die deutsch gesinnte Regierung gab sich in pöbelhaften Exzessen, besonders bei einem Besuch des Ministers Herbst in Prag, kund.

Als am 22. August 1868 der böhmische Landtag zusammentrat, erschienen die 81 tschechischen Abgeordneten nicht, sondern überreichten am 23. August eine "Deklaration" (daher wurden sie Deklaranten genannt), in welcher sie gegen die Kompetenz des Reichsrates, für Böhmen gültige Gesetze zu geben, protestierten und die Regelung des Verhältnisses der böhmischen Krone zum Reich durch einen Vertrag zwischen dem Kaiser und der böhmischen Nation verlangten. Auch die tschechischen Mitglieder des mährischen Landtages traten mit einer ähnlichen Erklärung auf, wie denn die Tschechen auch nicht im Reichsrat selbst vertreten waren.

Als die deutsche Mehrheit des böhmischen Landtages hierauf das Belcredische Sprachenzwangsgesetz vom 18. Januar 1866 aufhob, steigerten sich die Demonstrationen und Ausschreitungen derart, daß die Regierung den General von Koller zum Zivil- und Militärgouverneur von Böhmen ernannte und am 10. Oktober den Belagerungszustand über Prag und Umgebung verhängte.

Ebenso wünschten die Polen eine völlige Autonomie Galiziens, und der galizische Landtag beschloß am 24. September 1868 eine Resolution, welche für Galizien einen besonderen, dem Landtag verantwortlichen Minister, völlig unabhängige nationale Verwaltung und Gesetzgebung forderte. Ähnliche Wünsche regten sich bei den Slowenen, und in Tirol wollte man von der Verfassung aus klerikalen Beweggründen nichts wissen.

Die Schwäche der österreichischen Staatsverwaltungsmaschine zeigte sich aber 1869, als in Dalmatien das 1869 beschlossene Landwehrgesetz durchgeführt werden sollte und die Bewohner ... sich gegen die Einordnung in die Landwehrtruppen und die Ablieferung ihrer Waffen empörten. Die österreichischen Truppen mußten sich nach Cattaro zurückziehen, und auch General Rodich, der mit der Herstellung der Ordnung beauftragt wurde, erreichte dieselbe nur

scheinbar, indem im Frieden von Knezlac (11. Januar 1870) die Aufständischen zwar die Waffen niederlegten, aber sie sofort wieder empfangen und das Landwehrgesetz tatsächlich nicht eingeführt wurde.

Diesen zentrifugalen Bestrebungen gegenüber erwiesen sich Ministerium und Reichsrat, obwohl sie formell alle Gewalt besaßen, nicht kräftig und entschlossen genug. Dies hatte seinen Grund auch darin, daß in der deutschen Mehrheit des Abgeordnetenhauses wie in der deutschen Bevölkerung die liberalen Grundsätze das Interesse für die Aufrechterhaltung der Staatseinheit überwogen.

Der Widerstand der Regierung gegen die Aufhebung des Konkordats und die Einführung der obligatorischen Zivilehe, welche der Reichsrat noch am 25. Januar 1869 beschloß, verleitete die öffentliche Meinung wieder zum pessimistischen Mißtrauen.

Im Ministerium selbst war keine Einigkeit mehr. Im Dezember 1869 kam es aus Anlaß des Antrages des niederösterreichischen Landtages, der Reichsrat möge künftig aus direkten Wahlen hervorgehen, um dadurch von den Landtagen unabhängig zu werden und eine größere Kraft zu gewinnen, zum Bruch.

Die Mehrheit der Minister ... war dafür, daß die Wahlreform sofort durchgeführt werde; die Minderheit ... wollte aber der Reform nur unter der Bedingung zustimmen, daß die Polen und Böhmen durch Zugeständnisse zu Gunsten ihrer Autonomie versöhnt und zur Beschickung des Reichsrates bewogen würden. ...<<

Ungarn: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Ungarns von 1866-1886 (x815/1.011-1.013): >>(Ungarn) ... In dem Streit, der nach dem Frieden von Prag (23. August 1866) in Österreich über die Neugestaltung des Reiches ausbrach, nahmen die Ungarn unter Führung Deáks von Anfang an eine klare, bestimmte Stellung ein und errangen dadurch einen glänzenden Sieg.

Um einer Auflösung der Monarchie in fünf Königreiche und der Herrschaft der Slawen vorzubeugen, entschied sich der leitende Minister von Beust mit Zustimmung der Deutschliberalen für den Dualismus, für die Teilung des Reiches in eine westliche Hälfte, wo die Deutschen, und eine östliche Hälfte, wo die Magyaren das Übergewicht haben sollten. Beust verständigte sich in persönlichen Verhandlungen mit den Führern der Deák-Partei über die Bedingungen des Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn.

Dem Reichstag, wie der Landtag nun wieder hieß, wurde am 18. Februar 1867 die Wiederherstellung der Verfassung von 1848 ... angezeigt. Siebenbürgen und das Banat wurden sofort mit Ungarn wieder verschmolzen, mit Kroatien wurde ein Ausgleich ... (vereinbart), der am 20. September 1868 zustande kam.

Ungarn wurde als selbständiger Staat anerkannt, der mit Österreich durch gewisse gemeinsame Angelegenheiten verbunden war und zunächst auf zehn Jahre ein Zoll- und Handelsbündnis mit ihm schloß. Von den anerkannten Staatsschulden und von den gemeinsamen Ausgaben für das Auswärtige, Heer und Marine übernahm Ungarn bloß 30 Prozent, stand aber in den Delegationen der österreichischen Reichshälfte ebenbürtig zur Seite.

Mit allem Pomp früherer Jahrhunderte erfolgte am 8. Juni 1867 in Budapest die feierliche Krönung des Königs, und damit war die Versöhnung der Magyaren mit der Dynastie besiegelt. Die heimgekehrten Flüchtlinge schlossen sich ehrlich der neuen Ordnung der Dinge an, das Volk betätigte bei jeder Gelegenheit seine Loyalität, und der Reichstag, in welchem die gemäßigte Deák-Partei zunächst noch die entschiedene Mehrheit hatte, nahm 1868 bereitwilligst das Wehrgesetz in der Fassung der Regierung an; nicht nur das stehende Heer, sondern auch die Landwehr wurde unter den Befehl des Reichskriegsministeriums gestellt, die letztere jedoch als Honvédarmee unter dem Kommando des Erzherzogs Joseph besonders organisiert.

Das Bewußtsein des durch Ausdauer und Klugheit errungenen Sieges trieb die Magyaren an, den freiheitlichen Ausbau des Nationalstaates möglichst rasch zu vollenden.

Die politische Gleichstellung der Juden, die fakultative Zivilehe, ein Volksschulgesetz u.a. wurden beschlossen. Das Nationalitätengesetz vom 29. November 1868 bestimmte, daß alle Bewohner Ungarns die einheitliche und unteilbare ungarische Nation bilden, die ungarische Sprache Staatssprache sein sollte. Das Übergewicht der Magyaren bei den Wahlen wurde durch Verteilung der Wahlbezirke und des Stimmrechts aufrecht erhalten.

Vor allem wollte man die materielle Entwicklung des Landes durch Eisenbahnen fördern, und durch Anleihen für den Bau von Staatseisenbahnen und durch Zinsgarantien für Privateisenbahnen belastete das Ministerium Lónyay ... den Staatshaushalt so sehr, daß, als noch schlechte Ernten, Überschwemmungen und dergleichen hinzukamen, bald ein bedenkliches Defizit in den Einnahmen (1874: 31 Millionen) eintrat und man schon 1873 zu neuen Steuern schreiten mußte; der geträumte ungeheure Aufschwung des Landes erwies sich als eine Illusion. ...

Schwierig schien sich die Lage Ungarns zu gestalten beim Ausbruch der orientalischen Krise 1875. Die Magyaren waren der slawischen Bewegung, welche sich im Aufstand der Herzegowina, in der bulgarischen Empörung und im serbisch-türkischen Krieg kundgab, durchaus abgeneigt und gaben ihre Sympathien für die Türken bei verschiedenen Gelegenheiten geräuschvoll zu erkennen. Das Einschreiten Rußlands auf der Balkanhalbinsel, seine glänzenden Erfolge im Winter 1877/78 und die Neutralität der Reichsregierung diesen Ereignissen gegenüber erweckten in Ungarn die größten Besorgnisse.

In dieser Zeit bewiesen Tisza und die von ihm geleitete Mehrheit des Reichstages eine wirklich staatsmännische Klugheit. Sie bereiteten der auswärtigen Politik des Reiches keine Schwierigkeiten, ja als die Okkupation Bosniens und der Herzegowina 1878 große Verluste und Kosten verursachte und die Entrüstung über die unpopuläre Unternehmung in Ungarn aufs höchste stieg, gelang es Tisza, den Sturm zu beschwichtigen und sich und die liberale Partei in der Herrschaft zu behaupten.

In den Delegationen konnte die Reichsregierung auf die Unterstützung der Ungarn und damit auf die Annahme ihrer Anträge auch gegen die deutschliberale Partei in Österreich rechnen: die Kosten der Okkupation und die Organisation der neuen Provinzen wurden von ihnen bewilligt, das Wehrgesetz auf neue zehn Jahre genehmigt.

Dafür taten der Hof und die Reichsregierung alles, um Tisza und die liberale Partei zu unterstützen. Die nicht seltenen Beispiele von Bestechlichkeit von Beamten und Mitgliedern der herrschenden Partei und von Beteiligung derselben an Geldgeschäften, die zu Skandalen und Duellen führten, schaden der ungarischen Regierung nicht ernstlich.

In der rücksichtslosen Magyarisierung Ungarns, in der Unterdrückung der Deutschen, namentlich der Siebenbürger Sachsen, wurde dem Ministerium von Wien aus völlig freie Hand gelassen, während gleichzeitig in Österreich die deutschliberale Verfassungspartei wegen ihrer kurzsichtigen Opposition gegen die auswärtige Politik der Krone ihre maßgebende Stelle einbüßte.

Indem Tisza entschieden dafür eintrat, daß der Staat vor allem ungarisch sein, gleichzeitig aber in der Gesamtmonarchie seine Interessen nachdrücklich zur Geltung bringen müsse, gelang es ihm immer wieder, die Opposition im Parlament zu besiegen und bei den Wahlen die Mehrheit zu behalten.

In der Tat war das Programm der äußersten Linken, Losreißung von Österreich, unausführbar ... Die Finanzverhältnisse nahmen immer noch die besondere Aufmerksamkeit in Anspruch, da das Defizit aus dem Staatshaushalt nicht zu beseitigen war. Es wurden daher frühere Anleihen zu einem geringeren Zinsfuß konvertiert und neue Steuern eingeführt, andere erhöht. Die Magyarisierung der Schulen wurde 1883 durch ein Gesetz über die Mittelschulen, welches die Kenntnis des Magyarischen für alle Prüfungen vorschrieb, fortgesetzt.

Die Ablehnung eines Gesetzes über die Eheschließung zwischen Christen und Juden durch das Oberhaus (1884) brachte die lange beabsichtigte Reform desselben in Gang. Dieselbe

wurde 1886 zum Gesetz erhoben ...<<

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1866-1875 (x809/81-84): >>(Italien) ... Napoleon hatte der italienischen Regierung für ihre Nachgiebigkeit in der römischen Frage seinen Beistand bei der Erwerbung Venedigs versprochen. Der neue Minister, Lamarmora, hoffte, daß Österreich sich zu einer friedlichen Abtretung gegen eine hohe Geldentschädigung verstehen werde. Indes hielt es dieses für seiner nicht würdig, ohne einen neuen Waffengang auf die Provinz zu verzichten, wenn es auch selbst auf dauernden Besitz Venetiens nicht mehr rechnete.

Mit Zustimmung, ja auf Antrieb Napoleons knüpfte daher das italienische Ministerium Verhandlungen mit Preußen an, dessen gespanntes Verhältnis zu Österreich jeden Augenblick zu einem Krieg führen konnte; da sowohl Napoleon als Lamarmora die Kraft Preußens unterschätzten, so hegten sie die Zuversicht, daß Italien ohne große Anstrengungen, während die deutschen Mächte in langwierigem Kampf sich aufrieben, Venedig werde gewinnen können.

Am 8. April 1866 kam das Bündnis zwischen Preußen und Italien zustande. Es war ein Offensiv- und Defensivtraktat, in welchem sich Preußen das Recht der Initiative vorbehielt; für den Fall eines österreichischen Angriffes jedoch sollte jeder Teil gleichberechtigt sein, die Hilfe des anderen Kontrahenten zu fordern.

Nachdem der von Napoleon vorgeschlagene Kongreß an dem Widerspruch Österreichs gescheitert war, erging am 20. Juni die Kriegserklärung Italiens an Österreich mit dem Bemerkten, daß die Feindseligkeiten am 22. ihren Anfang nehmen würden (Italienischer Krieg von 1866).

Die italienische Armee, 330.000 Mann stark, worunter 250.000 Feldtruppen und ... (etwa) 30.000 Freiwillige unter Garibaldi (waren), wurde von dem König selbst geführt, dem Lamarmora als Generalstabschef zur Seite stand, neben dem aber Cialdini als Kommandant des 4. Korps eine gewisse Selbständigkeit behauptete. Zwischen den beiden genannten Generalen bestand nicht die nötige Einigkeit. Der von Lamarmora entworfene Feldzugsplan bestand darin, daß die Hauptarmee den Mincio überschreiten und durch das Festungsviereck nach der Etsch vordringen sollte, wo sich der über den unteren Po und die Etsch mit dem 4. Korps vordringende Cialdini am linken Ufer mit ihr vereinigen sollte.

Aber der Erzherzog Albrecht hatte die numerisch bei weitem schwächere österreichische Armee durch glückliche Aufstellung in die Lage gesetzt, sich nach Erfordernis auf den einen oder anderen Teil der geteilten italienischen Macht zu werfen, und brachte am 24. Juni bei Custoza dem Hauptheer des Königs unter Lamarmora eine so entscheidende Niederlage bei, daß die italienische Offensive fürs erste gänzlich aufgegeben werden mußte.

Währenddessen fiel in Böhmen bei Königgrätz am 3. Juli die Entscheidung. Unmittelbar nach derselben trat Österreich Venetien dem Kaiser Napoleon ab, indem es dessen Vermittlung Italien gegenüber in Anspruch nahm.

Der italienische Minister Ricasoli weigerte sich aber, den vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen Preußen untreu zu werden, und erneuerte die militärischen Operationen. Am 7. Juli überschritt Cialdini den unteren Po und besetzte das Venezianische mit Ausnahme der Festungen, da die Österreicher das von ihnen bereits abgetretene Land fast ohne Schwertstreich räumten. Die Italiener dachten schon daran, sich nicht bloß mit Venetien zu begnügen, sondern alles italienisch sprechende Gebiet Österreichs, Welschtirol und Istrien, an sich zu reißen.

Zu weiteren Kämpfen kam es jedoch nur in Tirol und zur See. Trotz der großen Hoffnungen, welche man in Italien auf die Tüchtigkeit der Flotte setzte, hatte sich diese doch untätig in Ancona aufgehalten, während die österreichische Flotte bei Pola vor Anker lag. Als nun der Admiral Persano von dem italienischen Ministerium Befehl erhielt, in See zu stechen und die befestigte Insel Lissa an der dalmatischen Küste wegzunehmen, wurde er von dem österreichi-

schen Admiral Tegetthoff angegriffen und erlitt bei Lissa eine vollständige Niederlage (20. Juli). In Italien erhob sich ein stürmischer Unwille gegen Persano, er wurde daher mit vielen seiner Flottenoffiziere vor ein Kriegsgericht gestellt und abgesetzt.

In dem Waffenstillstand zu Cormons, am 12. August auf vier Wochen abgeschlossen, verzichtete Viktor Emanuel auf alle Erwerbungen außerhalb Venetiens und räumte die in Südtirol und Istrien besetzten Gebiete. Der definitive Friede kam aber erst am 3. Oktober in Wien zustande. In demselben wurde die Abtretung des Lombardisch-Venezianischen Königreiches innerhalb seiner bisherigen Grenze nochmals bestätigt, wogegen Italien sich verpflichtete, die auf jener Provinz haftenden Schulden zu übernehmen.

Um die Schwierigkeit der früher stattgefundenen Zession Venetiens an Napoleon zu heben, wurde am 21. und 22. Oktober noch eine Volksabstimmung in Venetien angeordnet, welche nur eine Minderheit von 69 Stimmen gegen die Einverleibung in das Königreich ergab. Am 7. November hielt Viktor Emanuel seinen feierlichen Einzug in das befreite Venedig.

Kaum war Venetien erworben, so drängte die ungeduldige Aktionspartei zur sofortigen Lösung der römischen Frage. Der Septemberkonvention gemäß hatte, nachdem eine päpstliche Armee, zumeist aus eifrig kirchlichen Freiwilligen, gebildet worden war, die französische Besatzung Rom und den Kirchenstaat geräumt.

Zum erstenmal seit Jahrhunderten war der Boden Italiens frei von fremden Truppen. Die italienische Regierung wollte sich zunächst mit diesem Erfolg begnügen und begann von neuem Verhandlungen mit der Kurie über eine friedliche Verständigung, die freilich von dieser schroff zurückgewiesen wurde.

Die Radikalen aber drängten zum Handeln. Garibaldi sammelte im Oktober 1867 eine Freischar, überschritt mit dieser am 22. Oktober die Grenze des Kirchenstaates und rückte gegen Rom. Während die päpstliche Armee den Garibaldinern entgegensog, landete zu ihrer Unterstützung ein Korps von 6.000 Franzosen in Civitavecchia, und mit dessen Hilfe siegten die päpstlichen Truppen am 3. November bei Mentana über die Garibaldische Freischar, welche gänzlich auseinander gesprengt wurde. Der Rest des Kirchenstaates wurde nun wieder von den Franzosen besetzt.

Die wenig verhüllte Begünstigung, welche der damalige Ministerpräsident Rattazzi, Garibaldi hierbei hatte zuteil werden lassen, ohne doch den Mut offenen Beistandes zu haben, brachte Italien Frankreich gegenüber in eine höchst demütigende Lage, und die Unfähigkeit des jungen Königreiches, seine Selbständigkeit allein mit eigenen Kräften zu behaupten, trat offen zu Tage. Die Zerrüttung der Finanzen, das ungeheure Defizit, die Eifersucht der Parteihäupter, die Indolenz (Trägheit) und Arbeitsscheu eines großen Teiles des Volkes erschwerten eine rasche Erstarkung des jungen Staatswesens.

Der Prozeß Persano, die Affäre Lobbia enthüllten bedenkliche Schäden in den herrschenden Kreisen. Die altpiemontesische Partei, die sogenannte Consorteria, erwies sich zwar noch am meisten tüchtig in der Durchführung der notwendigen Reorganisation; aber sie war verhaßt im Volk wegen ihrer sklavischen Unterwürfigkeit unter den Willen Frankreichs, und auch die reorganisatorischen Maßregeln, wie die Einziehung der Klöster, Einsparungen im Kriegsetat etc., konnten naturgemäß nicht sofort alle Übelstände beseitigen.

Wiederum kam aber das Glück den Italienern zu Hilfe. Als 1870 der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ausbrach, war Viktor Emanuel geneigt, den Dank, den er Napoleon III. und der französischen Nation zu schulden glaubte, damit abzuführen, daß er ihnen gegen Deutschland bewaffneten Beistand leistete. Dies verhinderte das Ministerium Lanza-Sella, ließ sich aber, als Napoleon dem italienischen Kabinett Anzeige von der bevorstehenden Räumung des Kirchenstaates durch seine Truppen machte, noch bereit finden, auf die Septemberkonvention von 1864 zurückzukommen und die Integrität des päpstlichen Besitzes anzuerkennen.

Aber die Katastrophe von Sedan änderte die gesamte europäische Lage. Die italienische Regierung war außerstande, dem einmütigen Ruf der Nation nach Roms Besitz längeren Widerstand zu leisten.

Am 7. September 1870 richtete der Minister des Äußeren ein Rundschreiben an seine Vertreter bei den fremden Mächten, worin er ihnen mitteilte, daß die italienische Regierung die für die gemeinsame Sicherheit des Papstes und Italiens notwendigen Punkte des römischen Gebietes besetzen werde, daß sie aber nach wie vor bereit sei, sich mit den Mächten über die Sicherung der geistlichen Unabhängigkeit des Papstes zu verständigen.

Gleichzeitig rückten die italienischen Truppen in den Kirchenstaat ein. Nur zum Schein, und um die äußere Gewalt konstatieren zu können, befahl der Papst, Rom zu verteidigen. Erst nachdem (eine) Bresche geschossen war, zog die Armee Viktor Emanuels am 20. September in das jubelnde Rom ein.

Der Vatikan blieb dem Papst zu ausschließlichem Besitz. Ein schon früher an den Papst gerichtetes Schreiben Viktor Emanuels blieb ebenso ohne Wirkung wie die späteren Schritte der Regierung, eine Versöhnung herbeizuführen. In der Enzyklika vom 1. November exkommunizierte Pius IX. alle Urheber und Teilnehmer der Besetzung Roms; aber das Dekret des Königs vom 8. Oktober, welches die Einverleibung Roms aussprach, blieb nichtsdestoweniger unangefochten. Die am 2. Oktober vorhergegangene Volksabstimmung hatte das Resultat, daß unter 167.000 Wählern 135.600 ihre Stimmen abgaben und 134.000 mit Ja und 1.507 mit Nein stimmten.

Kurz vorher hatte der Papst das vatikanische Konzil vertagt, welches die Unfehlbarkeit seiner Entscheidungen über Glauben und Sitte dekretiert hatte. Nach dieser maßlosen Selbstüberhebung erfolgte der jähe Sturz und der Zusammenbruch der weltlichen Macht des Papsttums. Obwohl nun eine Verständigung zwischen der päpstlichen Kurie und Italien nicht möglich war, bemühte sich die Regierung doch, der katholischen Welt den Beweis zu liefern, daß das Oberhaupt derselben in Rom ganz unabhängig sei.

Die im Mai 1871 publizierten sog. Garantiesetze gewährten dem Papst alle Bürgschaften. Die Person des Papstes wurde darin für heilig und unverletzlich erklärt gleich der des Königs und mit strengen Strafen jede Ehrenkränkung des Papstes bedroht. Der Papst behielt seine Leibgarde und seine Residenzen, welche volle Immunität genossen und namentlich auch zur Zeit eines Konklaves jeder Einmischung der bürgerlichen Obrigkeit unzugänglich sein sollten. Selbst eigene Post und Telegraphen zu halten, gestatteten die Garantiesetze dem Papste.

Die päpstlichen Gesandten und die der fremden Staaten beim Papst genossen die Bürgschaften des Völkerrechts. Der Papst sollte seine kirchlichen Erlasse in Rom durch Plakate und auf jede Weise ohne Staatskontrolle veröffentlichen können. Der König verzichtete auf seine Patronatsrechte bei Ernennung der Bischöfe. 5 Millionen Lire, welche bei der Einnahme Roms sich im Staatsschatz vorfanden, wurden dem Papst zurückgestellt und ihm von seiten des Staates eine jährliche Dotation von 3.225.000 Lire ausgeworfen.

Diese günstigen Bestimmungen wurden von dem Papst zwar im wesentlichen dadurch wirkungslos gemacht, daß er sich jeder Versöhnung unzugänglich erwies und am 15. Mai noch einmal feierlich keine Garantie von der ... Regierung annehmen zu wollen erklärte; vielmehr spielte Pius IX. die heuchlerische Rolle des Gefangenen im Vatikan weiter, ohne freilich die unfehlbare Leitung der Kirche aus der Hand zu geben.

Indes, unterstützt von dem leichten Temperament des Volkes, ließen sich König und Regierung hierdurch wenig anfechten. Am 26. Januar 1871 war von den Kammern die Verlegung des Regierungssitzes nach Rom beschlossen und am 10. März die Expropriation (Enteignung) von zehn großen Klöstern daselbst zur Unterbringung der Ministerien angeordnet worden. Am 30. Juni folgte die Verlegung, am 2. Juli hielt der König seinen glänzenden Einzug in Rom ... Die meisten auswärtigen Gesandten verlegten ebenfalls ihren Sitz nach der neuen Hauptstadt,

wodurch die Mächte ihre Anerkennung des Geschehenen aussprachen.

Am 27. November 1871 wurde das Parlament auf dem Monte Citorio in Rom eröffnet durch eine Thronrede des Königs, welche das Werk seines Lebens, die Einheit Italiens, hiermit für vollendet, für die Zukunft die Organisation der Freiheit und Ordnung als die höchste Aufgabe erklärte.

Vor allem galt es, die Finanzen des Staates zu regeln. Da man der Herstellung des Einheitsstaates bisher alle anderen Rücksichten untergeordnet und für die Errichtung einer starken Land- und Seemacht und deren stete Kriegsbereitschaft wiederholt große Anleihen zu wenig günstigen Bedingungen kontrahiert hatte, so waren die Staatsschulden auf 8 Milliarden, ja mit Zurechnung der Schatzscheine und Banknoten mit Zwangskurs auf 10 Milliarden gestiegen, die jährlich 460 Millionen an Zinsen erforderten.

Die Regelung der Finanzen und die Beseitigung des Defizits ... erwiesen sich daher als schwieriger, als man gedacht (hatte), obwohl die wirtschaftliche Entwicklung des Landes seit 1861 einen ungeheuren Aufschwung genommen und die regelmäßigen Einkünfte sich außerordentlich vermehrt hatten ...

Minghetti übernahm am 16. Juli 1873 den Vorsitz im Ministerium und die Finanzen. Es gelang ihm in der Tat, infolge von Ersparnissen, verbunden mit der natürlichen Vermehrung der Einnahmen, das Defizit 1875 aus dem Budget zu beseitigen und durch ein neues Bankgesetz die Abschaffung des Zwangskurses für das Papiergeld anzubahnen.

Von besonderer Bedeutung wurde das Ministerium Minghetti für die auswärtige Politik Italiens. Die Haltung Frankreichs nach dem deutsch-französischen Krieg flößte Italien allerdings einige Besorgnis ein.

Thiers war stets ein ebenso heftiger Gegner der Einheit Italiens wie der Deutschlands gewesen; um so bereitwilliger ging er daher auf die Wünsche der Klerikalen ein, die, über die Besetzung Roms von Wut entbrannt, am liebsten die Schmach von 1870 durch einen Kreuzzug nach Italien getilgt hätten.

Es blieb nicht nur der französische Botschafter beim Vatikan, sondern Thiers gab ihm 1872 auch einen Militärattaché bei und empfing beim internationalen metrischen Kongreß in Paris den Pater Secchi als Gesandten des Souveräns des Kirchenstaates, wogegen er damit zögerte, den Sitz des französischen Gesandten am italienischen Hofe von Florenz nach Rom zu verlegen. Im Hafen von Civitavecchia ankerte eine französische Fregatte, der Orénoque, um im Notfall den Papst bei der Flucht aus der Gefangenschaft aufzunehmen.

Da Italien Bedenken tragen mußte, allein einen Krieg mit Frankreich zu wagen, so suchte es bei den Ostmächten, Österreich und Deutschland, eine Stütze.

Nachdem bereits 1872 Kronprinz Humbert nebst Gemahlin einen Besuch in Berlin gemacht (hatten), trat, nach Thiers' Sturz und nach dem Emporkommen der Ultramontanen in Frankreich im Mai 1873, der König selbst in Begleitung Minghettis und des auswärtigen Ministers Visconti-Venosta im September 1873 eine Reise nach Wien und Berlin an, welche in Italien mit großen Beifallsbezeugungen begleitet, und durch welche Italiens Anschluß an das Dreikaiserbündnis besiegelt wurde.

Hierdurch wurde die italienische Regierung so gekräftigt, daß sie Frankreich gegenüber energischer auftreten konnte, im Oktober ihren Gesandten Nigra von Paris zeitweilig abberief und das Klostersgesetz, welches die Aufhebung fast aller Klöster und den Verkauf ihrer Güter anordnete, auch in Rom streng durchführte. Frankreich gewährte Italien 1874 die Genugtuung, daß es die Fregatte Orénoque abberief. Im Frühjahr 1875 erwiderte Kaiser Franz Joseph in Venedig, im Oktober Kaiser Wilhelm in Mailand die Besuche des Königs. ...<<

1867

Österreich-Ungarn: Nach der katastrophalen Niederlage gegen Preußen wird die deutsch-österreichische Vormachtstellung der Donaumonarchie in ihren Grundfesten erschüttert. Das

Habsburger Reich muß im Jahre 1867 nach langen, schwierigen Verhandlungen in den Doppelstaat Österreich-Ungarn umgewandelt werden. Ungarn (einschließlich Kroatien, Siebenbürgen, Slawonien u.a.) wird ein selbständiges Königreich, das jedoch in Personalunion mit Österreich verbunden bleibt.

Die Gegensätze der anderen Nationalitäten (Tschechen, Polen, Russen, Serben, Slowenen, Kroaten usw.) lassen sich dadurch jedoch nicht beseitigen. Angesichts dieser neuen Machtaufteilung fühlen sich besonders die stolzen Tschechen, die vielfältige Sonderrechte besitzen, gegenüber den Ungarn benachteiligt und übergangen. Viele Slawen fordern damals ein großes Reich aller Slawen unter russischer Führung (Panslawismus).

Die Regierung Österreich-Ungarns erläßt am 12. Dezember 1867 folgendes Staatsgrundgesetz (x272/104): >>Art. 1. Für alle Angehörigen der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder besteht ein allgemeines österreichisches Staatsbürgerrecht. ...

Art. 19. Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staat anerkannt.

In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält. ...<<

1868

Österreich-Ungarn: Da die Ungarn im Rahmen ihrer rigorosen Madjarisierung die slawischen Minderheiten sowie die deutsche Bevölkerung unterdrücken und vielerorts systematisch schikanieren, wehren sich im Jahre 1868 die Slawen und die Deutschen (sog. "Donauschwaben" und "Siebenbürger Sachsen") in Kroatien gemeinsam gegen die ungarischen Machthaber. Die Minderheiten erhalten danach in Kroatien zwar größere Freiheiten (Autonomie), doch der ungarische Adel und die katholische Kirche besetzen weiterhin alle wesentlichen Machtpositionen.

1870

Österreich-Ungarn: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1870-1878 (x812/524-528): >>(Österreich) ... Als 1870 der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrach, rüstete Österreich allerdings, um bei der Regelung der deutschen Verhältnisse im Frieden seinen Wünschen Nachdruck geben, vielleicht auch in den Kampf selbst eingreifen zu können.

Die Schnelligkeit und Entschiedenheit der deutschen Erfolge nahmen Österreich aber die Möglichkeit hierzu, und es mußte sich in die unabänderliche Tatsache der Vereinigung ganz Deutschlands unter preußischer Führung fügen, was Beusts Antwortnote vom 26. Dezember 1870 auf die Depesche vom 14. Dezember, in welcher Bismarck die Gründung des Deutschen Reiches anzeigte und die Hoffnung auf freundschaftliche Beziehungen desselben zu Österreich aussprach, in entgegenkommender Weise kundtat. ...

Da am 29. März 1870 der Ausschuß des Abgeordnetenhauses sich zur Ablehnung der galizischen Resolution ermannt hatte, erklärten die Polen am 31. März ihren Austritt aus dem Reichsrat, und ihnen folgten die föderalistischen Abgeordneten von Triest, Istrien, der Bukowina sowie die Slowenen, nachdem die klerikalen Tiroler schon im Januar ausgeschieden waren. Da der Reichsrat jetzt kaum noch beschlußfähig war, verlangten die Minister die Auflösung der Landtage, deren Mitglieder den Reichsrat verlassen hatten, und reichten, als der Kaiser ablehnend antwortete, am 4. April ihre Entlassung ein.

Nach dem Rücktritt des Ministeriums Hasner beauftragte der Kaiser den Grafen Potocki mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Da dieser sich mit den deutschen Autonomisten unter

Rechbauer nicht verständigen konnte, so wählte er außer Taaffe hauptsächlich Beamte zu Mitgliedern des Ministeriums, das demnach einen provisorischen Charakter trug. Getreu dem in der Denkschrift vom 24. Dezember 1869 niedergelegten Programm begann nun Potocki mit den Führern der nationalen Opposition, besonders den Polen und Tschechen, Unterhandlungen über einen gütlichen Ausgleich auf Grundlage der Verfassung.

Dieselben scheiterten jedoch an der Unerfüllbarkeit der polnischen und tschechischen Forderungen; ja, die Tschechen, denen sich die Feudalen und Klerikalen in Böhmen angeschlossen hatten, gingen hierbei noch über die Deklaration hinaus.

Da die Regierung aber auch mit dem ihr mißtrauisch gegenüberstehenden, zu einem Rumpfparlament zusammengeschrumpften Reichsrat nichts ausrichten konnte, wurden am 21. Mai 1870 das Abgeordnetenhaus und sämtliche Landtage, mit Ausnahme des böhmischen, dessen Auflösung erst am 29. Juli erfolgte, aufgelöst und die neuen Landtage für den 20. und 27. August und den 2. September, der Reichsrat für den 15. September einberufen.

... Im August traten die Landtage zusammen, bei ihrer Neuwahl hatte die deutsche Verfassungspartei in Böhmen die Mehrheit verloren und auch in Krain Einbußen erlitten. Überall suchte die Regierung durch Versprechungen die nationalen Parteien zu gewinnen und erreichte es auch, daß die Landtage von Galizien, der Bukowina und Istrien die Wahlen zum Reichsrat vornahmen.

Nur der Landtag von Böhmen, in welchem die Deklaranten an den Sitzungen teilnahmen und mit den Feudalen die Majorität bildeten, weigerte sich und forderte in einer Adresse an den Kaiser am 14. September die Anerkennung des böhmischen Staatsrechts. Als daher der Reichsrat am 15. September eröffnet wurde, fehlten die böhmischen Abgeordneten.

Als der Landtag trotz kaiserlichen Befehls auf seiner Weigerung und den Forderungen vom 14. September beharrte, ordnete die Regierung am 6. Oktober direkte Reichsratswahlen in Böhmen an. Infolge hiervon erhielt, da 24 Verfassungstreue und 36 Feudale und Deklaranten gewählt wurden, letztere aber nicht in den Reichsrat eintraten, die deutsche Verfassungspartei im Abgeordnetenhaus die Mehrheit, welche sie bisher nicht besessen hatte, weswegen dessen Sitzungen auch vertagt worden waren.

Im November beschloß aber das Abgeordnetenhaus ebenso wie das Herrenhaus eine Adresse an den Kaiser, in welcher auf das entschiedenste die Aufrechterhaltung der Verfassung gefordert, Potockis Versuche eines Ausgleiches zwischen unvereinbaren Gegensätzen als unfruchtbar und aussichtslos bezeichnet und die föderalistischen Bestrebungen der Tschechen aufs schärfste getadelt wurden. Das Ministerium sah darin das beabsichtigte Mißtrauensvotum und reichte seine Entlassung ein. Dieselbe wurde zwar angenommen, doch beließ der Kaiser das Ministerium noch so lange im Amt, als die Delegationen in Pest tagten (24. November 1870 bis 6. Februar 1871). ...

Nachdem das Bürgerministerium zerbröckelt und Potockis Vermittlungspolitik gescheitert war, wurde auf Betreiben einer im verborgenen wirkenden reaktionären Kamarilla der Versuch beschlossen, die österreichische Verfassung den Forderungen der Slawen anzupassen.

Diese Aufgabe übernahm das am 7. Februar 1871 ernannte neue Ministerium, an dessen Spitze der ultramontane Graf Hohenwart stand, dem außerdem zwei Tschechen (Habietinek für die Justiz und Jirecek für den Kultus) und ein Pole, Graf Grocholski, angehörten, während die übrigen Minister zwar Deutsche, aber nicht Mitglieder der Verfassungspartei waren.

In Wien nahm man das neue slawisch-feudal-klerikale Kabinett anfangs nicht ernst und nannte es das Faschingsministerium.

Indes schritt Hohenwart entschlossen zur Verwirklichung seines deutschfeindlichen autonomistischen Programms. Nachdem es die Feier der deutschen Siege über Frankreich untersagt (hatte), legte es am 25. April dem Reichsrat die erste der Vorlagen vor, welche nach seiner Ankündigung die legislative und administrative Autonomie der Länder so weit vermehren

sollten, als es mit der notwendigen Reichseinheit vereinbar sei; dieselbe verlieh den Landtagen die Initiative in der Gesetzgebung. Sie wurde am 9. Mai vom Abgeordnetenhaus abgelehnt.

Hohenwart trat hierauf nicht nur nicht zurück, sondern erklärte am Tag darauf, am 10. Mai, bei der ersten Beratung des am 5. Mai vorgelegten Gesetzentwurfes, der Galizien die in der galizischen Resolution geforderte Selbständigkeit verlieh, zugleich aber seinen Vertretern im Reichsrat das Recht beließ, in den Angelegenheiten der anderen Provinzen mitzustimmen, daß er gesonnen sei, wenn die böhmische Opposition mit der Galizien zugestandenen Autonomie sich zufriedengeben würde, Böhmen dieselbe zuzugestehen.

Die deutsche Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschloß ... am 26. Mai, eine Adresse an den Kaiser zu richten, welche offen und rückhaltlos die gefährliche vom Ministerium geschaffene Lage darlegte.

Aber als der Monarch beim Empfang derselben am 30. Mai sein volles Vertrauen zu dem Ministerium aussprach und nun der Reichsratsmehrheit kein anderes Mittel als die Verweigerung des Budgets übrigblieb, da versagte einigen der Abgeordneten doch der Mut, und sie enthielten sich der Abstimmung oder legten ihre Mandate nieder, und mit 77 gegen 66 Stimmen wurde ... (der) Antrag, nicht in die Budgetberatung einzutreten, abgelehnt. Das Budget wurde am 4. Juli genehmigt und am 10. Juli 1871 der Reichsrat auf unbestimmte Zeit vertagt.

Nach diesem Sieg schritt Hohenwart auf der eingeschlagenen Bahn weiter vorwärts. Die Grundzüge des Ausgleiches wurden schon Anfang August dem Ministerrat vorgelegt und die Führer der tschechischen Opposition, Clam-Martinitz und Rieger, am 5. August vom Kaiser empfangen.

Hierauf löste die Regierung die sieben verfassungstreuen Landtage auf und erreichte es durch rücksichtslose Beeinflussung der Wahlen, daß sie im oberösterreichischen und mährischen Landtag die Mehrheit erhielt; aus beiden schieden die Deutschen aus. Indem aber nun die Abgeordneten für Oberösterreich und Mähren der Regierungspartei zufielen, verfügte diese mit Einschluß der Böhmen ... (über) 203 gegen nur 66 verfassungstreue Stimmen und damit über die zu Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit.

In dem Reskript (Rechtsentscheidung) an den böhmischen Landtag erkannte der Kaiser am 14. September die Rechte des Königreiches Böhmen an und erklärte sich bereit, diese Anerkennung mit seinem Krönungseid zu erneuern; er forderte den Landtag auf, über die zeitgemäße Ordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse Böhmens zu beraten.

Ein Ausschuß ... entwarf sofort im Einverständnis mit Hohenwart die 18 Fundamentalartikel, welche dem Königreich Böhmen eine ähnliche Stellung wie Ungarn gaben und Österreich in einzelne Staaten mit einem Delegiertenkongreß und einem Senat als gemeinsamen Vertretungen auflösten. Die Artikel wurden am 10. Oktober dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt.

Die Aufregung, ja Erbitterung, welche diese Vorgänge in der verfassungstreuen deutschen Bevölkerung hervorriefen, bewog den Reichskanzler Grafen Beust, den Kaiser in einer besonderen Denkschrift auf die Unzulässigkeit der Fundamentalartikel und ihre Unvereinbarkeit mit dem ungarischen Ausgleich aufmerksam zu machen. Auch die übrigen Reichsminister und der ungarische Ministerpräsident Graf Andrassy sprachen ihre Bedenken gegen die Hohenwart'schen Pläne aus, deren Verwirklichung die zentrifugalen Bestrebungen der ungarischen Slawen stärken würde.

Da selbst ein paar Kollegen Hohenwarts, Holzgethan und Scholl, von ihm abfielen, lehnte der Kaiser die Genehmigung der Fundamentalartikel ab, und nachdem ein Versuch, die Tschechen zur Ermäßigung ihrer Ansprüche zu bewegen, gescheitert war, reichte das Ministerium Hohenwart am 26. Oktober seine Entlassung ein. Nach längeren Verhandlungen kam am 25. November ein neues verfassungstreu Ministerium unter dem Fürsten Adolf Auersperg zustande

...

Unmittelbar nachdem er durch sein Einschreiten die österreichische Verfassung gerettet (hatte), stürzte Beust. Der Kaiser machte ihm zum Vorwurf, daß er im Frühjahr 1870 zum Ausgleich mit den Böhmen gedrängt, dadurch das damalige Ministerium erschüttert und jetzt mit seiner Warnung so lange gewartet hatte, bis der Monarch durch seine Erklärung vom 14. September sich persönlich stark gebunden hatte.

Außerdem schien die Annäherung an Deutschland, die im Sommer 1871 durch die persönliche Begegnungen der beiden Kaiser Wilhelm und Franz Joseph in Ischl und Gastein angebahnt wurde, einen anderen auswärtigen Minister zu erfordern als Beust, der 1870 zum Kriege gegen Deutschland entschlossen gewesen war, überdies als Fremder und Protestant in Österreich keine festen Wurzeln schlagen konnte. Er erhielt daher am 6. November seine Entlassung und wurde am 14. November durch Andrassy ersetzt. ...

Das erste, was die neue Regierung tat, war die Auflösung der im Sommer neugewählten Landtage. Die von Mähren, Oberösterreich und der Bukowina wurden für die verfassungstreue Partei zurückgewonnen und dadurch die Beschlußfähigkeit des Reichsrates sichergestellt, trotzdem der böhmische Landtag, erbittert über die Zurückweisung der Fundamentalartikel, die Wahl der Reichsratsabgeordneten verweigerte und von den bei den darauf befohlenen direkten Wahlen gewählten Vertretern nur die 24 deutschen ihr Mandat auszuüben bereit waren.

Der neue Reichsrat mit einer verfassungstreuen Mehrheit wurde am 28. Dezember 1871 eröffnet.

Die von den Führern dieser Mehrheit geforderte und vom Ministerium auch beabsichtigte sofortige Einführung der direkten Wahlen wurde von den Polen vereitelt, welche zuerst für Galizien die versprochene Ausnahmestellung verlangten. Daher wurde im Februar 1872 ein neues Notwahlgesetz vorgelegt und angenommen, das die direkten Wahlen auch dann gestattete, wenn nicht der Landtag die Wahl, sondern der Gewählte die Ausübung des Mandats unterlasse.

Der Ausgleich mit Galizien kam aber nicht zustande, weil die Polen jede Abweichung von der galizischen Landtagsdeklaration von 1868 ablehnten, und das Ministerium legte im Februar 1873 das neue Wahlgesetz dem Reichsrat vor, der es schon im März annahm; dasselbe führte die Wahl durch die Bevölkerung statt durch die Landtage ein und vermehrte die Zahl der Abgeordneten von 203 auf 353, wobei besonders die Städte bevorzugt wurden, die 137 Vertreter erhielten, während der Großgrundbesitz 85, der Bauernstand 131 zählte.

Die Wiener Weltausstellung, welche am 1. Mai 1873 eröffnet wurde, sollte die großartigen Errungenschaften der neuen liberalen Ära verherrlichen. Der Besuch der Ausstellung war ... großartig, fast alle Fürsten Europas erschienen, auch die Kaiser Wilhelm und Alexander II. sowie König Viktor Emanuel.

Ihr Glanz wurde freilich erheblich verdunkelt durch den gleichzeitig eintretenden Krach an der Wiener Börse (Mai 1873), eine Folge der schwindelhaften Gründungen der letzten Jahre; durch denselben wurde das Volksvermögen bedeutend geschädigt (man schätzte den Verlust 1873-75 auf 3 Milliarden Gulden) und auch der Staat in Mitleidenschaft gezogen.

Dennoch fielen die ersten direkten Reichsratswahlen, welche nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses (7. September 1873) stattfanden, überwiegend regierungsfreundlich aus, indem 233 Abgeordnete verfassungstreu waren. Die Tschechen traten nicht in das Haus ein, die 81 Mitglieder starke Opposition bestand aus den Polen und der ultramontanen Rechtspartei unter Hohenwart.

Bei der Stärke der liberalen Partei mußte das Ministerium deren Wünschen einigermaßen entgegenkommen, und so kündigte denn die Thronrede, mit welcher der neue Reichsrat am 5. November 1873 eröffnet wurde, die Vorlage der kirchlichen Gesetze an, welche am 21. Januar 1874 erfolgte. Es waren deren vier: das erste handelte von der Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, das zweite von den Beiträgen aus den Pfründen zum

Religionsfonds, aus welchem die Bedürfnisse des katholischen Kultus bestritten werden sollten, das dritte von den Rechtsverhältnissen der klösterlichen Gemeinschaften, das vierte von der gesetzlichen Anerkennung der noch nicht anerkannten Religionsgesellschaften.

Das erste, zweite und vierte Gesetz wurde von beiden Häusern des Reichsrates im Mai angenommen, das dritte scheiterte daran, daß die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses die Gründung von neuen Klöstern von einem Spezialgesetz abhängig machen wollte, was vom Herrenhaus abgelehnt wurde. Ebenso verweigerte dies dem vom anderen Haus beschlossene Zivilehegesetz seine Zustimmung.

Verschiedene Bischöfe hatten sich in heftigen Ausdrücken über die Kirchengesetze beklagt, der Papst am 7. März 1874 in einer Enzyklika sie als eine Knechtung der Kirche und trotz scheinbarer Mäßigung für ebenso verderblich wie die preußischen erklärt, was Andrassy in einer scharfen Note zurückwies. Auch hatten die österreichischen Bischöfe nach Ablehnung ihres Antrages ... sich aus dem Herrenhaus entfernt. Gleichwohl erließen sie keinen Gesamtprotest und kamen unter dem Vorgeben, sie erfüllten nur die Bestimmungen des noch immer rechtsgültigen Konkordats, den Gesetzen im wesentlichen nach.

Die Regierung ihrerseits handhabte dieselben in möglichst milder Form und vermied einen offenen Konflikt mit dem Klerus. Auch der neue päpstliche Nuntius, Jacobini, wirkte in versöhnlichem Sinn, und allmählich fügte sich, mit Ausnahme von Tirol, die Geistlichkeit den Schulgesetzen und leisteten die Bischöfe die Anzeigepflicht. Unzweifelhaft war damit ein bedeutender Fortschritt erreicht, daß die Kirche unter das Gesetz gebeugt wurde, anstatt dem Staat als gleichberechtigte Macht gegenüberzustehen.

Indes war durch die kirchenpolitische Gesetzgebung, welcher sich die liberale Mehrheit mit ganzem Eifer widmete, deren Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Dingen abgezogen, ihr Gesichtskreis allzusehr verengt worden.

Nichts war geschehen, um das Deutschtum durch Gesetze und Institutionen zu stärken, die Stellung des Deutschen als Staatssprache zu sichern und dem Slawismus zeitig einen Damm entgegenzusetzen.

Die sogenannten "Jungen" der Verfassungspartei, eine Fraktion, welche bei den Neuwahlen 1873 hervortrat und 65 Sitze errang, verlangten zwar, daß in den deutschen Kronländern das deutsch-nationale Interesse betont und zu diesem Zweck auch deren Autonomie vermehrt werden müsse. Aber die durchaus zentralistisch gesinnte Mehrheit der Verfassungspartei wollte hiervon nichts wissen und eine Gefahr für die Herrschaft der Deutschen nicht anerkennen. Allzusehr wogen bei deren Führern ... die freisinnigen Grundsätze vor. ...

Seit Graf Andrassy die auswärtige Politik Österreichs leitete, hatte sich das Verhältnis zu Deutschland immer freundschaftlicher gestaltet. Unter deutscher Vermittlung fand auch eine Versöhnung mit Rußland statt, und im September 1872 erschienen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Alexander II. in Begleitung ihrer obersten Minister in Berlin, wo das Dreikaiserbündnis geschlossen wurde; durch dasselbe verbanden sich die drei Reiche zu gemeinschaftlichem Handeln in den europäischen Angelegenheiten, besonders im Orient, damit dadurch der allgemeine Friede gesichert werde.

Als nun dennoch infolge der von Rußland ausgehenden panslawistischen Wühlereien die orientalische Krise 1875 mit den Aufständen in Bosnien und Bulgarien ausbrach, war die Stellung Österreich-Ungarns insofern schwierig, als die verschiedenen Nationen des Reiches mit ihren Sympathien in den entgegengesetzten Lagern standen, die Ungarn türkenfreundlich, die Polen russenfeindlich waren, die Südslawen und Tschechen dagegen für den Panslawismus schwärmten. Die Deutschen wünschten vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens, welche auch die finanziellen Verhältnisse dringend erheischten.

Österreich lehnte daher eine Beteiligung am Krieg gegen die Türkei durch bewaffnetes Einschreiten in Bosnien und der Herzegowina ab, erlangte jedoch Anfang 1877 von Rußland für

das Versprechen seiner Neutralität das Zugeständnis, daß die an Österreich grenzenden Lande Bosnien und die Herzegowina sowie Serbien nicht in den Krieg hineingezogen und erstere nach dem Krieg von Österreich besetzt werden sollten.

Dieser Vertrag wurde streng geheimgehalten, und die Regierung hatte nun die schwierige Aufgabe, die erregte öffentliche Meinung bei den verschiedenen Stämmen der Monarchie zu beschwichtigen und Ausschreitungen bei den Kundgebungen zu unterdrücken. ...

Die russischen Niederlagen im Sommer 1877 wurden ... (in Ungarn) mit Flaggen und Illumination gefeiert. Andrassy ließ in den Kammern beider Reichshälften dem gegenüber erklären, daß das Hauptziel seiner Politik sei, eine europäische Komplikation zu vermeiden, daß er aber bei der definitiven Gestaltung der Dinge im Orient den der Lage und den Interessen der Monarchie entsprechenden Einfluß unter allen Umständen geltend machen werde.

Die unerwarteten Erfolge der Russen im Winter 1877-78, ihr unaufhaltsames Vordringen in Rumelien, endlich der Waffenstillstand von Adrianopel, wodurch Rußland Herr der Balkanhalbinsel wurde, machten allerdings alle die Voraussetzungen zunichte, unter denen Andrassy sich Anfang 1877 zur Neutralität verstanden hatte. Er regte daher bei den Mächten die Berufung einer Konferenz über die Orientfrage an, welche überall Anklang fand. ...<<

Italien, Kirchenstaat: Nach dem Abzug der französischen Truppen besetzen im Jahre 1870 italienische Truppen den Kirchenstaat. Rom (die Hauptstadt Italiens) und der restliche Kirchenstaat werden anschließend mit dem italienischen Königreich vereinigt, obgleich der Papst gegen die Auflösung des Kirchenstaates protestiert.

Papst Pius IX. (1792-1878, Papst von 1846-78) ruft im Jahre 1870 ein Konzil nach Rom, um die päpstliche Unfehlbarkeit zu bestätigen.

Am 18. Juli 1870 wird das Dogma über die unfehlbare Lehrautorität des Papstes fast einstimmig angenommen (x199/261): >>In Übereinstimmung mit der von Anbeginn des christlichen Glaubens überkommenen Überlieferung lehren wir und erklären unter Zustimmung des heiligen Konzils dies als ein von Gott geoffenbartes Dogma:

Wenn der römische Papst ex cathedra spricht, das heißt, wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen kraft seiner höchsten apostolischen Vollmacht eine für die gesamte Kirche bindende Lehre über Glauben und Sitten festsetzt, so besitzt er dabei durch den göttlichen Beistand, der ihm im heiligen Petrus verheißen ist, jene Unfehlbarkeit, mit der der göttliche Erlöser seine Kirche bei Festsetzung der Glaubens- und Sittenlehre hat ausgestattet wissen wollen. Derartige Entscheidungen des römischen Papstes sind also an und für sich, nicht aber erst infolge der Zustimmung der Kirche, unabänderlich.

Wenn aber jemand dieser unserer Entscheidung, was Gott verhüten wolle, zu widersprechen sich vermessen sollte, der sei verflucht. ...

Wenn einer behauptet, der römische Papst habe nur das Aufsichts- und Leitungsamt, nicht aber die volle und höchste Herrschergewalt über die Kirche, und zwar nicht nur in Sachen des Glaubens und der Sitte, sondern auch in denjenigen Fragen, die die Zucht und die Verwaltung der über den ganzen Erdkreis verbreiteten Kirche betreffen, der sei verflucht. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des Kirchenstaates von 1870-1871 (x809/777-778): >>(Kirchenstaat) ... Beim Beginn des deutsch-französischen Krieges 1870 fiel Rom und der Rest des Kirchenstaates der italienischen Regierung als reife Frucht in den Schoß. Am 28. Juli erhielten die französischen Truppen Befehl, sich zur Einschiffung nach Frankreich bereit zu halten; Anfang August wurden sie nach und nach abgezogen, und päpstliche Truppen besetzten die von ihnen verlassenen Plätze.

Viktor Emanuel verlangte Anfang September vom Papst die Genehmigung zu einer Okkupation des Kirchenstaates durch italienische Truppen als für die Sicherheit Italiens wie des Papstes selbst erforderlich. Der Papst lehnte jedoch am 11. September jede gütliche Vereinbarung ab.

Der König ließ noch an demselben Tag seine Truppen über die Grenze rücken und zwar in solcher Stärke, daß die päpstlichen Truppen sich überall mit Ehren, den erhaltenen Befehlen gemäß, zurückziehen konnten. Am 16. September wurde der militärisch wichtigste Punkt im Kirchenstaat, Civitavecchia, von den Italienern besetzt, und am 19. kamen sie unter General Cadorna vor den Toren Roms an.

Der Papst erteilte seinem General Kanzler den Befehl, nur des Protestes halber Widerstand zu leisten; sobald (eine) Bresche in die Mauer gelegt sei, sollte die Unterhandlung betreffs der Übergabe begonnen werden. Am 20. September ... gab General Kanzler den Widerstand auf, und die Italiener zogen an demselben Tag ein. ...

Der Papst war nunmehr auf die weitläufigen Gebäude und Gärten des Vatikans beschränkt. Schon am 2. Oktober setzte die italienische Regierung ein Plebiszit über die Annexion in Szene und erreichte das günstige Resultat von 133.681 Ja gegen 1.507 Nein.

Infolgedessen annektierte der König durch Dekret vom 9. Oktober 1870 den bisherigen Kirchenstaat. Die päpstlichen Truppen wurden entlassen, die Offiziere pensioniert. Der päpstliche Beamtenstand hörte auf, es blieben dem Papst nur Hofchargen und eine adlige Palastwache.

Der Papst seinerseits rächte sich dadurch, daß er durch Enzyklika vom 1. November 1870 sämtliche Urheber und Teilhaber an der Annexion exkommunizierte.

Um sich mit dem Papst auf besseren Fuß zu stellen und ihn womöglich zu einer Anerkennung des neuen Zustandes zu bewegen, ließ die italienische Regierung ein "Garantieggesetz" entwerfen und am 13. Mai 1871 publizieren, dem zufolge die Person des Papstes für unverletzlich erklärt wurde und ihm bestimmte souveräne Rechte zugestanden wurden. Er sollte Gesandte an fremden Höfen beglaubigen, auch Gesandte fremder Höfe empfangen dürfen, und diese letzteren sollten in Rom wohnen und als Vertreter des Auslandes bei einem Souverän betrachtet werden. Ebenso sollte der Papst hinsichtlich der Post- und Telegraphenverbindung zwischen dem Vatikan und der übrigen Welt die Rechte eines Souveräns genießen.

Der Besitz des Vatikans, des Laterans und der Villa Castel-Gandolfo wurde dem Papst garantiert und ihm außerdem eine jährliche Rente von 3.225.000 Lire als Dotation bewilligt. Der Papst erkannte jedoch dieses Garantieggesetz nicht an und verweigerte die Annahme der Rente. Er zog es vor, anstatt der ihm bewilligten Summe fernerhin den "Peterspfennig" als seine alleinige Einnahme zu betrachten; auch die übrigen Vorrechte eines Souveräns akzeptierte er nicht, sondern nahm sie als selbstverständlich in Anspruch.

Pius IX. ließ nicht ab, die weltliche Herrschaft des Papsttums als unbedingt erforderlich für die Unabhängigkeit seines kirchlichen Amtes immer wieder zu reklamieren, und auch sein sonst versöhnlicher Nachfolger Leo XIII. verlangte das Patrimonium Petri oder wenigstens die Stadt Rom nebst Gebiet als souveräne Herrschaft zurück.

Die italienische Regierung dagegen betrachtete das Garantieggesetz als gültig und bewahrte dem Papst die ausgesetzte, aber nicht erhobene Dotation auf. ...<<

1878

Österreich-Ungarn: Angesichts der gefährlichen Entwicklung, die sich überall in Ost-Mitteleuropa ausbreitet, fordert der radikale österreichische Führer der Altdeutschen Partei, Georg von Schönerer (1842-1921, antisemitischer Politiker, der später auch den jungen Hitler entscheidend beeinflusst) im Jahre 1878 einen engeren Anschluß zum Deutschen Reich ("Los-von-Rom-Bewegung").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Georg Ritter von Schönerer (x051/520): >>Schönerer, Georg Ritter von, geboren in Wien 17.7.1842, gestorben in Rose-nau (Niederösterreich) 14.12.1921, österreichischer Politiker; Schul- und Studienjahre in Deutschland, 1873-88 Abgeordneter des Waldviertels im Wiener Reichsrat.

Schönerer vertrat anfangs liberale Positionen, wandelte sich aber bald zum Deutschnationalen (Zeitschrift "Unverfälschte deutsche Worte", bis 1912) und Antisemiten, der zunehmend auch

rassisch argumentierte.

1882 formulierte er das Linzer Programm mit und entwickelte einen Germanenkult in Verehrung von R. Wagner. Als das "Neue Wiener Tageblatt" 1888 vorzeitig den Tod des geliebten deutschen Kaisers Wilhelm I. meldete, ließ sich Schönerer zu einem Überfall auf die Redaktion hinreißen, wurde zu vier Monaten Kerker verurteilt und verlor Mandat und Adelstitel.

1897-1907 war er erneut im Reichsrat, dieses Mal für Eger, und profilierte sich als "Kämpfer für Alldeutschland". Schönerer konvertierte wegen der angeblich slawenfreundlichen Haltung des katholischen Klerus zum Protestantismus und gründete eine Los-von-Rom-Bewegung. Nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts wurde der persönlich schwierige Eiferer nicht wiedergewählt, hatte aber weiter bedeutenden Einfluß auf die völkische und antisemitische Ideologie.

Hitler bezog sich in "Mein Kampf" ausdrücklich auf Schönerer, an dem er nur kritisierte, daß er die Arbeiterfrage nicht richtig eingeschätzt habe.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1878-1882 (x812/528-530): >>(Österreich) ... Im Februar 1878 forderte Andrassy von den Delegationen eine Anleihe von 60 Millionen Gulden, durch welche die Mittel für eine eventuelle kriegerische Aktion bereit gestellt wurden, und angesichts des Friedens von San Stefano, der die österreichischen Besorgnisse steigerte, wurde sie bewilligt.

Auf dem Berliner Kongreß vertrat Andrassy selbst nebst Graf Károlyi und Baron Haymerle die Interessen Österreich-Ungarns und erlangte am 29. Juni die Bestätigung des ihm schon von Rußland gemachten Zugeständnisses, Bosnien und die Herzegowina besetzen und in Verwaltung nehmen zu dürfen. Doch wurde im Berliner Frieden vom 13. Juli über die Modalitäten der Okkupation und Verwaltung eine besondere Konvention zwischen Österreich und der Pforte vorbehalten.

Da sich der Abschluß derselben verzögerte, weil der Sultan auf dem Vorbehalt seiner Souveränität bestand, so rückten die Österreicher ohne Konvention als "Freunde", wie die Proklamation besagte, am 29. Juli mit drei Divisionen unter General Philippovich in Bosnien und der Herzegowina ein, im Vertrauen darauf, daß weder die Behörden noch die Bevölkerung irgendwelchen Widerstand leisten würden.

Dies erwies sich jedoch als verhängnisvoller Irrtum.

In Sarajewo brach bei der Kunde vom Einmarsch ein Aufstand der mohammedanischen Bevölkerung aus, die türkischen Behörden wurden beseitigt, und ein kühner Abenteurer, Hadschi Loja, stellte sich an die Spitze der Empörer und rief alle Bewohner Bosniens zu energischem Widerstand gegen die fremden Eroberer auf. Die Österreicher stießen daher auf hartnäckigen Widerstand, den sie erst nach Aufbietung sehr bedeutender Streitkräfte (drei Armeekorps) und teilweise unglücklichen, verlustreichen Gefechten überwinden konnten. Sarajewo wurde am 19. August erstürmt und bis Ende September beide Provinzen besetzt.

Mit der Pforte wurde am 21. April 1879 eine Konvention abgeschlossen, in welcher jene die Okkupation Bosniens und der Herzegowina sowie des Sandschaks (Bezirk) Novi Pazar so lange anerkannte, bis sie die Kosten derselben zurückerstattet habe, aber sich die Souveränität vorbehielt. Die neuen Provinzen wurden dem gemeinsamen Zollgebiet einverleibt und ihre Verwaltung dem Reichsfinanzminister übertragen.

Die bedeutenden Opfer und Kosten (62 Millionen) der Okkupation riefen sowohl in Österreich als in Ungarn große Unzufriedenheit hervor. Aber während die Magyaren, dem Rat Tiszas folgend, ihre Mißstimmung unterdrückten und die Kosten und Einrichtungen der Okkupation genehmigten, um sich die Gunst des kaiserlichen Hofes und die Zustimmung zur nationalen Organisation ihres Staates zu sichern, griffen die Führer der Verfassungspartei, Herbst und Giskra, sowohl in der Presse als im Reichsrat die Regierung wegen ihrer Orientpolitik aufs heftigste an, fanden die Okkupation im Auftrag Europas unwürdig und einen Krieg mit Ruß-

land vorzuziehen. Sie erschütterten hierdurch die Stellung des Ministeriums Auersperg so, daß dieses seine Entlassung forderte, die der Kaiser am 6. Oktober 1878 annahm.

Noch wünschte der Kaiser keinen Systemwechsel und beauftragte daher den bisherigen Finanzminister, von Pretis, mit der Bildung eines neuen ... Kabinetts. Da Pretis die Okkupation aber nicht ungeschehen machen konnte und wollte, fand sein Programm keine Gnade vor den Augen der Liberalen, und er verzichtete auf das Ministerium. Auersperg führte vorläufig die Regierung weiter. ...

Mitte Februar 1879 beauftragte der Kaiser den Grafen Taaffe mit der Bildung eines neuen Ministeriums ... Hierauf wurde am 22. Mai 1879 das Abgeordnetenhaus aufgelöst und Neuwahlen angeordnet. Bei diesen, welche im Juni und Juli stattfanden, verlor die Verfassungspartei infolge des Abfalls des mährischen und böhmischen Großgrundbesitzes 30 Sitze und sank auf 132 Mitglieder, während die Rechte und die Slawen 181 Mitglieder zählten. ...

Taaffe wurde am 12. August zum Ministerpräsidenten ernannt und berief den Ultramontanen Falkenhayn, den Polen Ziemiakowski und den Tschechen Prazak in das Kabinett, das hiermit in das föderalistische Fahrwasser einlenkte.

So endete die Herrschaft der österreichischen Verfassungspartei nach 12jähriger, nur kurze Zeit unterbrochene Dauer nicht ohne Schuld der Partei selbst, namentlich ihrer Führer Herbst und Giskra, welche dem aus ihrer Mitte hervorgegangenen Ministerium Auersperg aus doktrinärem Liberalismus unaufhörliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt und besonders durch die Opposition gegen den Ausgleich mit Ungarn und die vom Kaiser einmal gebilligte und durchgeführte Orientpolitik das Ansehen des Ministeriums bei der Krone und im Land geschwächt hatten.

Das neue Ministerium Taaffe gab sich ausdrücklich für ein Versöhnungsministerium aus und stellte auch den Liberalen den Eintritt von Vertretern ihrer Richtung in Aussicht. Indes die Mehrzahl der verfassungstreuen Abgeordneten wies sofort auf dem Linzer Parteitag im September 1879 jede Koalition mit dem Ministerium schroff zurück, während Graf Hohenwart die bisherige Opposition, die Rechtspartei (Feudale und Ultramontane), die Polen und die Tschechen, zu einer sehr gemäßigten regierungsfreundlichen Erklärung bewog und dadurch die Regierung für sich gewann. ...

Taaffe, dessen Plan einer Mittelpartei durch die schroffe Haltung der Deutschliberalen vereitelt wurde, sah sich dadurch zu Zugeständnissen an die Fraktionen der Rechten gedrängt, von denen die Tschechen schon völlige Gleichberechtigung des Tschechischen mit dem Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien forderten. ...

1880 erließ die Regierung für Böhmen, Mähren und Schlesien eine Sprachenverordnung, welche bestimmte, daß alle tschechischen Eingaben auch tschechisch beantwortet werden müßten; ferner wurden auf Staatskosten zahlreiche slawische Mittelschulen errichtet. Die Verfassungspartei, welche es versäumt hatte, die deutsche Sprache zur Staatssprache gesetzlich zu erklären, konnte nichts dagegen ausrichten.

Im Juni 1880 schieden auch die letzten ehemaligen Mitglieder der Verfassungspartei ... aus dem Ministerium, in welches dagegen eins der Häupter der Autonomistenpartei, der Pole Dunajewski, als Finanzminister eintrat.

In der auswärtigen Politik hatte sich 1879 ein wichtiger Akt vollzogen, nämlich der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses mit dem Deutschen Reich, welches Bismarck und Andrassy am 7. Oktober zustande brachten, und welches vor allem gegen Rußlands Eroberungspolitik gerichtet war. Kurz darauf trat Andrassy zurück und wurde durch Haymerle ersetzt, der aber die Politik in demselben Sinn leitete und namentlich in den orientalischen Verwickelungen Hand in Hand mit Deutschland ging. Der enge Anschluß Serbiens an Österreich und die Annäherung Rumäniens waren die Früchte dieser Haltung.

Der Friede auf der Balkanhalbinsel wurde aufrecht erhalten und auch mit Italien, wo die Um-

triebe der Italia Irredenta (politische Bewegung) gegen Österreich von dem Ministerium Cairoli nicht energisch genug unterdrückt worden waren, 1881 die guten Beziehungen hergestellt, indem König Humbert am Wiener Hof einen Besuch abstattete. ...

Trotz des freundschaftlichen Verhältnisses der gemeinschaftlichen Regierung zu Deutschland sah sich das ... Ministerium durch seine Abhängigkeit von der ultramontan-slavischen Mehrheit zu einer größeren Nachgiebigkeit gegen die slawischen Ansprüche auf Kosten des Deutschtums genötigt. Bei der Grundsteuerreform wurden die galizischen Polen in ungerechter Weise bevorzugt, die deutschen Kronlande übermäßig belastet. Zu Gunsten der Tschechen wurde die Teilung der Prager Universität in eine deutsche und eine tschechische 1882 beschlossen. Den Tiroler Ultramontanen zuliebe wurde die Schulpflicht abgekürzt.

Aller Widerstand der Linken, wiederholter Austritt aus der Versammlung und anderes waren nutzlos. Ebensovienig hatte das Eintreten der Gerichte für die Deutschen in der Sprachenfrage und bei der Entscheidung der Gültigkeit der Wahlen eine Wirkung. Selbst die Sprüche des höchsten Reichsgerichtes ließen die Regierung und die Mehrheit des Abgeordnetenhauses unberücksichtigt. Seit Coroninis Rücktritt (1881), an dessen Stelle Smolka trat, war die Linke auch nicht mehr im Präsidium vertreten.

Besonders erregte Prazak, der 1881 Justizminister wurde, durch sein parteiisches Einschreiten gegen die deutsch gesinnte Presse und das Verbot aller deutschen Kundgebungen, während die slawischen ungehindert blieben, den Zorn der Deutschen aufs äußerste. Gegen die Brutalitäten des tschechischen Pöbels wurden die Deutschen nicht geschützt, vielmehr Beamte, die das versuchten, abgesetzt.

Die Gefahren, die dem deutschen Volkstum in Österreich unter dieser Regierung drohten, hatten auch bei den Deutschen ein schärferes Hervortreten des nationalen Gedankens zur Folge, wie das Programm bewies, das die aus den bisherigen beiden Klubs der Linken, den Liberalen und dem Fortschrittsklub, gebildete "vereinigte Linke" am 19. November 1881 veröffentlichte; alle Versuche, eine neue Mittelpartei zu gründen, hatte dagegen nur geringen Erfolg.

Die klerikal-tschechische Mehrheit war um so mehr darauf bedacht, die Dauer ihrer Herrschaft zu sichern, und glaubte dies durch eine Wahlreform zu erreichen, welche in Städten und Marktflecken allen 5 Gulden Steuern zahlenden Einwohnern das Wahlrecht einräumte; dieselbe, ebenso eine Neueinteilung der böhmischen Wahlbezirke zu Gunsten der Tschechen, wurden 1882 beschlossen. Immer mehr Volksschulen wurden von den Tschechen und Slowenen den Deutschen entrissen, ja 1882 sogar in Wien eine tschechische Volksschule gegründet.

...<<

Rußland, Osmanisches Reich, Europa: Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegen und große Teile des Osmanischen Reiches besetzen sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohen, schalten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollen den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampfflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestieren und drohen Rußland mit Krieg.

Bismarck hält sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<

Reichskanzler Bismarck versucht beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen kann schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.

Obgleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelt, fühlt sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis ist nach dem Berliner Kongreß jedenfalls empfindlich gestört und es entwickelt sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.

Der türkische Staat wird zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken müssen große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten un-

ter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosphorus" wird anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen ist niemand interessiert.

Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges (1877/78) im Balkan vorzudringen, endet für Rußland enttäuschend. Rußland erhält lediglich Bessarabien und Teile Armeniens (Rumänien bekommt zum Ausgleich die Dobrudscha). Die russische Expansionspolitik richtet sich danach verstärkt gegen Asien (Persien und Afghanistan) und gegen den Fernen Osten (China und Japan). Rußland gibt seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlt sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.

Österreich-Ungarn übernimmt nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekommen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselt die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und führt schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.

Großbritannien erhält Zypern.

Serbien (ab 1459 türkische Provinz, Königreich ab 1882) und Montenegro werden selbständig und erhalten ihre Unabhängigkeit.

Bulgarien muß Makedonien an das Osmanische Reich abtreten und verliert Ostrumelien (innere Autonomie).

Das Deutsche Reich, der sog. "ehrliche Makler", erhält nichts (außer der russischen Feindschaft).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über die allgemeine Stellung der Slawen (x814/1.029-1.030): >>(Slawen) ... Im europäischen Völkerkonzert nehmen die Slawen eine von den Romanen und Germanen abgesonderte, darum aber nicht weniger bedeutende Stellung ein. Da sie kein Bürgertum, kein Städtewesen aus sich heraus entwickelten, blieben sie auch neben den anderen beiden indoeuropäischen Hauptstämmen in Bezug auf Gewerbe und Handel, Künste und Wissenschaften bis in die neueste Zeit zurück; sie waren, da ihnen die Vermittlung zwischen Herr und Bauer fehlte, einseitig, und lange Zeit konnten die Slawen ohne fremde Hilfe, ohne Anregung von außen (Byzantiner, Deutsche) auf dem Gebiet der Kulturentwicklung nichts leisten.

Während sie vielfache Fertigkeiten, große Gewandtheit, Anständigkeit zeigen, vermissen wir bei ihnen bis jetzt große und originale Kulturleistungen, welche auf die Westeuropäer eingewirkt hätten, in der Wissenschaft, in der Kunst wie in den Gewerben. Die Slawen, von denen heute noch acht Zehntel Bauern (zumeist bis vor zwei Jahrzehnten Leibeigene) sind, traten als die letzten in die europäische Kulturentwicklung ein.

Politisch gelangen sie gegenwärtig durch Rußland mehr zur Geltung, neben dem nur Serbien und Montenegro seit kurzem zu selbständigen Staaten geworden sind, während die übrigen Slawen zum Deutschen Reich (besonders den östlichen Provinzen Preußens), zu Österreich und der Türkei (Bulgarien) gehören. ...<<

1879

Österreich-Ungarn: Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wird, schließen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft bleibt und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantiert (x090/228).

Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914-18) fördert, wird damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlen sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik gerät die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in

gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasten (x054/-161).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet damals über die allgemeine Stellung der Slawen (x814/1.029-1.030): >>(Slawen) ... Im europäischen Völkerkonzert nehmen die Slawen eine von den Romanen und Germanen abgesonderte, darum aber nicht weniger bedeutende Stellung ein. Da sie kein Bürgertum, kein Städtewesen aus sich heraus entwickelten, blieben sie auch neben den anderen beiden indoeuropäischen Hauptstämmen in Bezug auf Gewerbe und Handel, Künste und Wissenschaften bis in die neueste Zeit zurück; sie waren, da ihnen die Vermittlung zwischen Herr und Bauer fehlte, einseitig, und lange Zeit konnten die Slawen ohne fremde Hilfe, ohne Anregung von außen (Byzantiner, Deutsche) auf dem Gebiet der Kulturentwicklung nichts leisten.

Während sie vielfache Fertigkeiten, große Gewandtheit, Anstelligkeit zeigen, vermissen wir bei ihnen bis jetzt große und originale Kulturleistungen, welche auf die Westeuropäer eingewirkt hätten, in der Wissenschaft, in der Kunst wie in den Gewerben. Die Slawen, von denen heute noch acht Zehntel Bauern (zumeist bis vor zwei Jahrzehnten Leibeigene) sind, traten als die letzten in die europäische Kulturentwicklung ein.

Politisch gelangen sie gegenwärtig durch Rußland mehr zur Geltung, neben dem nur Serbien und Montenegro seit kurzem zu selbständigen Staaten geworden sind, während die übrigen Slawen zum Deutschen Reich (besonders den östlichen Provinzen Preußens), zu Österreich und der Türkei (Bulgarien) gehören. ...<<

1880

Österreich-Ungarn: Die Habsburger zeigen sich gegenüber den Tschechen und Slowaken kompromißbereit. Ab 1880 erlaubt man in Böhmen und in Mähren neben der deutschen auch die tschechische Amtssprache.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Böhmens von 1880-1883 (x803/142-143): >>(Böhmen) ... Das Jahr 1880 zeigte das Vorwärtsdrängen des wieder mehr als je selbstbewußt und herrschaftslustig gewordenen Alttschechentums auf der Bahn der Konzessionsforderung, andererseits sein Streben, die Polen zur gemeinsamen Aktion heranzuziehen und sich auch mit den Magyaren zu verständigen, wie dies im Herbst 1880 die Reise Riegers nach Pest kundgab.

So erreichten sie denn auch in der Sprachenfrage wesentliche Zugeständnisse und in der Streitfrage wegen der Prager Universität 1882 die Teilung derselben.

Während ihre Abgeordneten im Reichsrat eine einflußreiche Rolle spielten, errangen sie 1883 bei den Landtagswahlen den Sieg über die Deutschen und damit die Majorität im Landtag. Im Siegesübermut begingen die Tschechen vielfache Gewalttätigkeiten gegen die Deutschen und verdrängten sie aus möglichst vielen Behörden und Körperschaften, so daß die Deutschen sich zum Schutz ihrer Nationalität zur Forderung der Teilung Böhmens in einen deutschen und einen tschechischen Teil gedrängt sahen. Die Tschechen und die ihnen günstig gesinnte Regierung weigerten sich freilich, hierauf einzugehen. ...<<

1882

Deutsches Reich: Am 20. Mai 1882 schließen das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Italien einen Dreibund (Erweiterung des deutsch-österreichischen Zweibundes), dem 1883 auch Rumänien indirekt beitrifft.

Österreich-Ungarn: Die Tschechen gründen 1882 in Prag ihre 1. tschechische Universität.

Serbien: Serbien (seit mehreren Jahrhunderten bis 1877 ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches) proklamiert im Jahre 1882 ein Königreich.

Nach dem Rückzug des Osmanischen Reiches übernimmt der Balkanstaat Serbien allmählich eine führende Rolle. Die radikalen serbischen Nationalisten (unter Führung des großserbischen Geheimbundes der Omladina-Bewegung, die 1848 von serbischen Studenten in

Preßburg als Verein "Serbische Jugend" gegründet wird) stellen schnell die erforderlichen Kontakte mit den slawischen Kroaten und den Bosniern in Österreich-Ungarn her. Der serbische Geheimbund Omladina plant mittel- bzw. langfristig die gewaltsame Befreiung aller Südslawen und die Errichtung eines großen Slawenreiches unter serbischer Führung (sog. "Jugoslawismus").

1883

Österreich-Ungarn: Ab 1883 beherrschen die sog. "Altschechen" den Prager Landtag.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Österreichs von 1883-1888 (x812/530): >>(Österreich) ... Nachdem der Reichsrat 1883 einige die Hebung des Gewerbes bezweckende Gesetze und eine die Rückkehr zur konfessionellen Schule begünstigende Schulgesetznovelle angenommen hatte, wobei der Widerstand der liberalen Herrenhausmehrheit durch wiederholte feudal-ultramontane Pairsschübe beseitigt wurde, fand sich 1884 endlich die Mehrheit des Abgeordnetenhauses bereit, über den ... Antrag über die gesetzliche Anerkennung des Deutschen als Staatssprache zu verhandeln.

Derselbe sollte den Ansprüchen der Slawen ein Ziel setzen, welche verlangten, daß in allen Ländern mit verschiedenen Sprachen jeder Beamte beide Landessprachen, also außer dem Deutschen in Böhmen Tschechisch, in Krain Slowenisch, in Tirol Italienisch etc. sprechen müsse, wobei von einer Einheit des Beamtentums nicht mehr die Rede sein konnte.

Die Regierung und die Rechte erklärten den Antrag für überflüssig, da die Geltung der deutschen Sprache als die der Dynastie, des Heeres, des Reichsrates, kurz als Verständigungsmittel für alle gemeinsamen Angelegenheiten unbestritten sei, und erreichten auch seine Ablehnung mit 186 gegen 155 Stimmen (29. Januar). Doch bemühten sich darauf die Minister durch beruhigende Worte die Aufregung der deutschen Bevölkerung zu beschwichtigen.

Im Mai und Juni 1885 fanden die Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus statt. Die Regierung bereitete den Sieg der ihr geneigten Parteien dadurch vor, daß sie die deutsche Agitation auf alle mögliche Weise hinderte, auch den Deutschen Schulverein beschränkte, dagegen in Böhmen durch Änderung des Wahlmodus im Großgrundbesitz und in den Handelskammern die Tschechen begünstigte, in Galizien den Polen die Ruthenen unterdrücken half, in Dalmatien die Kroaten unterstützte und in Tirol ein Bündnis der Klerikalen mit den Italienern zustande brachte.

Auf deutscher Seite wurde besonders in Böhmen die "schärfere Tonart" angeschlagen. Das Resultat der Wahlen ergab für die Deutschliberalen einen Verlust von 15 Stimmen. Ein Sieg der Opposition über das System Taaffe war also noch mehr in die Ferne gerückt.

Andererseits freilich sah die Mehrheit ihre Macht durch die Einwirkung von allerlei Sonderinteressen, so bei der Nordbahnfrage und der Verhandlung über die galizischen Bahnen, geschwächt; wie bei der Verfassungspartei in der Zeit ihrer Herrschaft, kamen jetzt bei der Mehrheit allerlei Unregelmäßigkeiten, wie Ausbeutung des parlamentarischen Einflusses zu persönlicher Bereicherung und dergleichen, vor, so daß nicht bloß Abgeordnete, sondern auch der Handelsminister Pino zurücktreten mußten. Wiederholt drohte die regierungsfreundliche Mehrheit auseinander zu fallen; nur mit Mühe vermochte Taaffe sie durch immer neue Zugeständnisse zusammenzuhalten.

Die deutsche Opposition gewann dagegen an Kraft, als sie sich 1885 in einen deutschen und einen deutsch-österreichischen Klub teilte. Die Fortsetzung der Taaffeschen Versöhnungspolitik, die nur den Nationalitätenhader schürte, konnte sie um so weniger hindern, als die Regierung sich 1886 zu besonderen Opfern genötigt sah, um die Tschechen für die Annahme des neuen Ausgleichs mit Ungarn, der 1887 zustande kommen mußte und auch zustande kam, zu gewinnen.

Das wichtigste dieser Opfer war die Sprachenverordnung des Justizministers Prazak vom 23. September 1886, welche das Oberlandesgericht in Prag anwies, alle tschechisch eingereichten

Sachen ohne Übersetzung tschechisch zu erledigen, also von allen Beamten dieses Gerichtes die Erlernung der tschechischen Sprache forderte und in ihren Konsequenzen die Tschechisierung der Gerichte in Böhmen und auch in Mähren bedeutete.

Die Deutschen im böhmischen Landtag, welche seit 1884 die Mehrheit verloren hatten, beantragten, um dem vorzubeugen, die gerichtliche und administrative Teilung Böhmens in einen deutschen und einen tschechischen Teil. Doch wurde ihr Antrag nicht einmal zur Verhandlung zugelassen, so daß sich die Deutschen am 22. Dezember 1886 zum Austritt aus dem Landtag genötigt sahen.

Überall sah sich das Deutschtum in Österreich bedrängt und in der Verteidigung gegen seine Feinde durch die Maßregeln der Regierung gehemmt. Die Ansprüche der Nationalitäten stiegen immer höher und ließen keine Aussicht auf friedliche Zustände zu. Dazu kamen dann noch soziale Mißstände, und sozialistische Umtriebe, die sich besonders in Wien bemerkbar machten, und nötigten zu Ausnahmegesetzen und scharfem Einschreiten der Behörden.

Die auswärtige Politik der Monarchie wurde durch die Revolution in Ostrumelien (September 1885), welches sich mit dem Fürstentum Bulgarien vereinigte, beunruhigt. Denn dieses Ereignis brachte den ganzen Orient wieder in Bewegung.

Die Serben eröffneten aus Neid gegen die Bulgaren einen Krieg, der freilich ganz gegen ihr Erwarten höchst ungünstig ablief, so daß Österreich sich veranlaßt sah, als der Fürst von Bulgarien siegreich in Serbien eindrang, einzuschreiten. Es gelang auch, den Streit zwischen Serbien und Bulgarien durch den Bukarester Frieden beizulegen.

Eine neue Verwicklung entstand aber durch das brutale Attentat gegen den Fürsten Alexander (21. August 1886), seine Rückkehr und Abdankung (September) und die daran sich anschließenden Umtriebe Rußlands gegen die bulgarische Regentschaft. Österreich erklärte, die Besetzung Bulgariens durch Rußland nicht dulden zu wollen und traf rasch einige Vorbereitungen, um für den Kriegsfall gerüstet zu sein.

Eine 1883 durchgeführte Neueinteilung des Heeres sowie ein 1886 in beiden Reichshälften angenommenes Landsturm- und ein Rekrutengesetz hatten schon die Wehrkraft vermehrt. Jetzt wurden außerordentliche Mittel für bessere Bewaffnung (mit Mehrladern) und Befestigungen beschafft und diese schon ausgegebenen Gelder sowie weitere (im ganzen 52 ½ Millionen Gulden) in einer außerordentlichen Session 1887 von den Delegationen bewilligt.

Inzwischen hatten die Ungeschicklichkeit des russischen Agenten Kaulbars sowie die Klugheit und Standhaftigkeit der bulgarischen Regentschaft die Gefahr einer russischen Besetzung Bulgariens beseitigt. Überdies war Österreichs Stellung auf der Balkanhalbinsel durch sein Bündnis mit Deutschland, dem sich Italien anschloß, gesichert. Dennoch wurde wegen der Haltung Rußlands auch 1888 eine Verstärkung der Streitmittel für notwendig erachtet und weitere 47 Millionen Gulden bewilligt. ...<<

1884

Italien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Italiens von 1884-1887 (x809/85-86): >>(Italien) ... Der wiederholte Ausbruch der Cholera seit 1884, die besonders in Neapel furchtbar wütete, schadete dem Ansehen des Ministeriums nicht. Der Besuch, den der König Neapel während der schlimmsten Zeit abstattete, trug sehr dazu bei, die Anhänglichkeit an das nationale Herrscherhaus zu verstärken.

Was der italienischen Regierung die größten Schwierigkeiten bereitete, war wiederum die äußere Politik. Die Italiener, verwöhnt durch ihre früheren mühelosen Erfolge, wurden sofort ungeduldig, wenn sie keine Früchte der europäischen Politik ihrer Regierung sahen, und von dieser Ungeduld ließ sich auch Mancini beeinflussen. Er hatte sich zwar Deutschland und Österreich wieder genähert und hierdurch Italiens Stellung in Europa befestigt.

Während er Assab am Roten Meer besetzte und damit den Anfang machte, Italiens Anteil an der kolonialen Entwicklung zu sichern, wachte er mit Eifersucht über die Wahrung der italie-

nischen Interessen in Tripolis und Marokko.

Aber daß der Bund mit den Kaisermächten nur dazu dienen sollte, Europa den Frieden zu sichern, genügte den Italienern nicht. Dazu kam, daß der Kaiser von Österreich den Besuch des Königs Humbert nicht erwiderte, und daß Deutschland wieder freundschaftliche Beziehungen mit der päpstlichen Kurie anknüpfte, mit der die Regierung wegen der Einziehung von Gütern ... in den heftigsten Streit geraten war.

Jene Haltung der Kaisermächte sah man in Rom als eine Geringschätzung Italiens an und überhäufte Mancini deshalb mit Vorwürfen. Dieser sah sich hierdurch veranlaßt, nach einem größeren Erfolg zu streben, der seinen Widersachern den Mund schlosse, und ließ sich verleiten, auf der nach London zur Regelung der ägyptischen Angelegenheiten berufenen Konferenz auf die Seite Englands zu treten, in der Hoffnung, daß dieses Italien bei der Unterwerfung des Sudan hinzuziehen und ihm einen Teil jener Länder einräumen werde.

Zu diesem Zweck besetzten italienische Truppen 1884 den wichtigen Hafen Massaua. Aber 1885 gab England wegen seiner Verwickelungen mit Rußland den Plan, den Sudan wieder zu unterwerfen, auf und zog seine Truppen nach Ägypten zurück.

Damit war die Hoffnung Mancinis auf Eroberungen im Sudan vereitelt, und zugleich erwies sich der Negus (Kaiser) Johannes von Abessinien den italienischen Annäherungsversuchen gegenüber mißtrauisch und unzugänglich. Die Lage der italienischen Truppen in dem ungesunden Massaua war eine höchst mißliche, und die kostspielige Besetzung schien ganz verfehlt. Mancini wurde daher wegen seiner falschen Berechnung in der Kammer heftig angegriffen und nahm im Juni 1885 seine Entlassung. An seine Stelle trat der bisherige Botschafter in Wien, Graf Robilant.

Indes auch wegen anderer Fragen war die ministerielle Mehrheit der Kammer ins Wanken geraten. Zunächst war die von der Regierung vorgeschlagene Übertragung des Betriebes der Eisenbahnen an zwei Privatgesellschaften erst nach langen Verhandlungen mit Mühe durchgesetzt worden. Dann hatte der Gesetzentwurf über die gleichmäßige Verteilung der Grundsteuer, welche im Süden eine geringere war als im Norden, die Deputierten Süditaliens entfremdet. ...

Der Minister des Auswärtigen, Graf Robilant, war besonders bemüht, die äußere Lage Italiens zu sichern. Zwar waren die Beziehungen zu Frankreich keine feindseligen, aber Konflikte doch möglich; auch wurden zwei Entwürfe eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Italien von den französischen Kammern abgelehnt.

England war Italien freundschaftlich gesinnt, konnte aber keine wirksame Hilfe leisten. Unter diesen Umständen schloß Robilant anfangs 1887 ein Verteidigungsbündnis mit Deutschland und Österreich ab, welches Italien für den Fall eines französischen Angriffes auf Deutschland zum tätigen Eingreifen verpflichtete, dafür ihm aber auch den Beistand der beiden Kaiserreiche gegen jeden Angreifer zusicherte.

Da trat ein unerwartetes Ereignis ein. Die Italiener hatten, von Massaua aus ins Innere vordringend, Saati besetzt und dort ein Fort errichtet. Dies wurde von den Abessiniern unter Ras Alula im Januar 1887 angegriffen und eine mit Vorräten Saati zu Hilfe gesandte Truppenabteilung, 3 Kompanien Infanterie mit einer Mitrailleusen-Abteilung (Maschinengewehr-Abteilung), bei Dogali am 25. Januar von einem übermächtigen abessinischen Heer vernichtet; nur 90 Verwundete konnten sich retten. Der in Massaua befehligende General Gené zog sofort die vorgeschobenen Posten ein und verlangte Verstärkungen.

Das Ministerium machte am 1. Februar der Kammer hiervon Mitteilung und verlangte die Bewilligung von 5 Millionen für die Verstärkung der Truppen in Massaua, die sofort ausgesprochen wurde. Bei den weiteren Verhandlungen wurden aber Robilant und der Kriegsminister Ricotti heftig getadelt, weil sie die Schwierigkeiten in Massaua unterschätzt hatten ...

Robilant reichte hierauf seine Entlassung ein, und um eine völlige Neubildung des Kabinetts

zu ermöglichen, dankte das ganze Ministerium ab. ...

Das neue Ministerium erklärte am 18. April in der Kammer, daß es zwar dabei bleibe, daß das Ziel der Besetzung von Massaua ein handelspolitisches sei, aber es für unerläßlich halte, das Ansehen der italienischen Waffen wiederherzustellen und die bei Dogali gefallenen Italiener zu rächen. Dies Programm wurde von der Kammer gutgeheißen und die Vorbereitungen für das Einschreiten in Abessinien sowie die Bildung eines Kolonialkorps genehmigt.

In Europa wurde an der von Robilant eingeschlagenen Richtung der auswärtigen Politik, für welche der König selbst entschieden eintrat, festgehalten, und 15 Millionen wurden für Verstärkung der Streitkräfte bestimmt. ...<<

1885

Bulgarien: Aufgrund der Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien kommt es 1885/86 zum serbisch-bulgarischen Krieg, der mit einem Sieg Bulgariens endet.

Der Student Zvetan Zvetkov Radoslavov (1863-1931) verfaßt im Jahre 1885 den Text der späteren Nationalhymne Bulgariens (x230/30):

>>Stolzes Balkengebirge,
Neben dem die Donau blaut,
Die Sonne bescheint Thrakien,
Flammt über dem Pirin. Heimat!
Liebe Heimat,
Du bist ein Paradies auf Erden,
Deine Schönheit, dein Zauber,
Ach, sie sind ohne Ende!<<

1887

Österreich-Ungarn: Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski fordert im Jahre 1887 in einem Zeitungsartikel (x309/77): >>... Dieses ganze Flußgebiet von der Weichsel bis zur Mündung des Njemen (Memel), das einst so unachtsam zugleich mit Schlesien durch den polnischen Staat vertan wurde, muß durch das polnische Volkstum wiedergewonnen werden.

...

Unsere Politiker träumen noch von Wilna und Kowno (in Litauen), aber um Polen kümmern sie sich weniger; Danzig haben sie vollkommen vergessen, und an Königsberg und Oppeln denken sie überhaupt nicht. Es ist endlich Zeit, ... nach so vielen Jahrhunderten des Umherirrens in Wahngebilden auf den alten Weg zurückzukehren, den zum Meere hin gebahnt haben die kräftigen Fäuste der Krieger aus der Piastenzzeit.<<

1889

Österreich-Ungarn: Die konservativen, gemäßigten "Alttschechen" werden ab 1889 von den radikalen "Jungtschechen" abgelöst. Gleichzeitig wandern verstärkt tschechische Facharbeiter in die deutsch-böhmischen Industriegebiete und drängen den deutschen Bevölkerungsanteil ständig weiter zurück. Da sich die radikalen Jungtschechen überall gegenüber den gemäßigten Tschechen durchsetzen, herrscht in Böhmen zeitweilig der Ausnahmezustand und es ereignen sich vielfach bürgerkriegsähnliche Zustände.

In Böhmen entwickelt sich außerdem ein erbitterter Sprachenstreit. Als die deutsche Amtssprache vielerorts verboten und durch das Tschechische verdrängt wird, fühlen sich die Deutschen benachteiligt und wehren sich. Erst mit dem sog "Mährischen Ausgleich" (1905) versucht Österreich-Ungarn, eine gerechte Lösung der Sprachen- und Nationalitätenfrage zu erreichen (x054/165).

Die Pazifistin Bertha Freifrau von Suttner (1843-1914, erhält 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis) schreibt im Jahre 1889 in ihrem Buch "Die Waffen nieder!" (x069/94): >>... Im Zeitalter der Luftfahrzeuge und Giftgase kann man der Gewalt nicht mehr mit Gewalt beikommen. Das bedeutet entweder das Ende der Gewalt oder das Ende der Menschheit.

Rache und immer wieder Rache! Wann nimmt das ein Ende? Wie kann Gerechtigkeit erlangt, wann altes Unrecht gesühnt werden?

Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegputzen zu wollen – nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.<<

Adolf Hitler wird im Jahre 1889 in Braunau am Inn geboren. Hitlers Eltern sind der 51jährige österreichische Zollbeamte Alois Hitler (eigentlicher Name: Schicklgruber) und Klara Hitler (geborene Pölzl). Hitlers Familienstammbaum kann nie zweifelsfrei ermittelt werden. In der Familie ereignen sich aber nachweislich mehrere Fälle von Inzucht. Hitlers Eltern sind z.B. Blutsverwandte (Onkel und Nichte). Sie dürfen erst mit einer besonderen Erlaubnis der katholischen Kirchenleitung heiraten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Alois Hitler (x051/259):
>>Hitler, Alois, geboren in Strones (Waldviertel/Niederösterreich) 7.6.1837, gestorben in Leonding 3.1.1903, österreichischer Beamter (Zollinspektor).

Der Vater Adolf Hitlers war das uneheliche Kind der Maria Anna Schicklgruber (1795-1847). Diese heiratete 1842 den Johann Georg Hiedler, der den Stiefsohn jedoch nicht legitimierte. Dies geschah erst 1876, als Alois Hitler bereits 39 Jahre alt war, unter Mitwirkung von Hiedlers Bruder Johann Nepomuk Hüttler, der inzwischen von der Forschung (W. Maser) als leiblicher Vater des Alois Hitler und somit Großvater Adolf Hitlers angesehen wird. (Die Schreibweise des Namens "Hitler" entstand vermutlich durch Hörfehler des die Urkunde ausstellenden Pfarrers).

Ehrgeizig und zielstrebig arbeitete sich der junge Alois Hitler im Zolldienst bis zum "Zolloberoffizial in der Rangklasse IX" hoch. 1873 heiratete er die Zollbeamtentochter Anna Glassl; die Ehe wurde 1880 geschieden. Danach nahm er seine Geliebte Franziska Matzelsberger bei sich auf, die er 1883 heiratete (Sohn Alois, geboren 1882, Tochter Angela, geboren 1883). Nach deren Tod im folgenden Jahr erwirkte er einen kirchlichen Dispens, um seine Verwandte Klara Pölzl heiraten zu können.

Dieser dritten Ehe entstammten neben Adolf Hitler noch Gustav (1885-87), Ida (1886-88), Otto (kurz nach der Geburt gestorben), Edmund (1894-1900) und Paula Hitler (1896-1960). 1895 ließ er sich vorzeitig pensionieren.<<

1890

Österreich-Ungarn: Die radikalen "Jungtschechen" (Omladina-Bewegung bzw. Panslawisten), die eine politische Einigung aller Slawen und einen slawischen Gesamtstaat unter russischer Führung anstreben, verhindern seit 1890 alle österreichisch-tschechischen Ausgleichsversuche.

In den "neuen Provinzen" der Österreicher erhält die polnische Bevölkerung eine gewisse Teilautonomie (Zulassung der polnischen Amtssprache in Galizien usw.).

Serbien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Serbiens im Jahre 1890 (x818/876): >>(Serbien) ... In der auswärtigen Politik wünschten die Radikalen einen Umschwung gegenüber der österreichfreundlichen Haltung des Königs Milan. Dessen Politik war ja keineswegs reich an Erfolgen, dagegen wohl an Enttäuschungen gewesen.

Serbien, das sich früher unter den slawischen Staaten der Balkanhalbinsel zur Führerschaft berufen geglaubt hatte, mußte es erleben, daß Bosnien und die Herzegowina auf dem Berliner Kongreß an Österreich überliefert wurden, dann Bulgarien sich mit Ostrumelien vereinigte und damit das zahlenmäßige Übergewicht über Serbien erhielt, und der serbisch-bulgarische Krieg mit einem Siege dieses Nebenbuhlers endete.

Die Radikalen schrieben diese Ergebnisse der österreichischen Freundschaft zu und glaubten durch die russische Freundschaft bessere erzielen zu können. Sie knüpften daher mit dem Petersburger Hof wieder engere Beziehungen an, indem ihr Führer Paschitsch, Präsident der Skuptschina, sich wiederholt nach Petersburg begab und die Sendung von Waffen und Muni-

tion erwirkte.

Die radikale Presse stellte sich ganz auf den panslawistischen Standpunkt und griff Österreich-Ungarn in schärfster Weise an. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Nachbarland wurden erschwert, die Einfuhr rumänischen Getreides und Viehs durch Serbien in Österreich-Ungarn, um die von diesem gegen Rumänien eingeführten hohen Zölle zu umgehen, begünstigt.

Die österreichische Regierung gab ihre Unzufriedenheit hiermit zu erkennen, indem Kalnoky im Juni 1890 in seiner Rede in den Delegationen sich über Serbien beschwerte und die ungarische Regierung die Schweineausfuhr aus Serbien verbot.

Die serbische Regierung versicherte in lebhafter Weise ihre Unschuld und ihren aufrichtigen Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen zur Nachbarmonarchie aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig versuchte sie aber, sich über Saloniki einen von Österreich unabhängigen Weg für ihre Ausfuhr an Schweinen und Getreide zu eröffnen, was jedoch nicht gelang. ...

Daher suchte sich die Regierung Österreich wieder zu nähern, um wenigstens die Aufhebung des Schweineausfuhrverbots zu erlangen. Dies glückte endlich auch, indem die ungarische Regierung nur auf einigen Vorsichtsmaßregeln bestand, welche Serbien gern bewilligte. Bei der Feier zur Eröffnung der Arbeiten am Eisernen Tor Ende September wurde die Wiederherstellung der freundlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien von beiden Seiten konstatiert.

Die neugewählte Skuptschina wurde am 19. November 1890 mit einer Thronrede eröffnet, welche unter dem Eindruck dieser letzten Ereignisse die Regierung beglückwünschte, daß das vertragsmäßige Verhältnis zu Österreich, mit welchem Serbien Beziehungen der Freundschaft und guter Nachbarschaft zu unterhalten wünsche, wieder in Kraft gesetzt werde.

Dem gegenüber hielt es die radikale Mehrheit für notwendig, in der Antwort ... auf die Thronrede dem erhabenen Kaiser des russischen Brudervolkes den immerwährenden tiefgefühltesten Dank des serbischen Volkes auszusprechen; der Kaiser habe, wie immer, so auch in neuester Zeit Beweise seines Wohlwollens für Serbien und das serbische Volk gegeben. ...<<

1891

Serbien: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Serbiens im Jahre 1891 (x818/876-877): >>(Serbien) ... Der Pressegesetzentwurf, den das Ministerium einbrachte, um den groben Beleidigungen und Herausforderungen Österreichs in der Presse entgegenzutreten zu können, wurde vom Ausschuß verworfen.

Daher reichte im Februar 1891 das Ministerium Gruitsch seine Entlassung ein, und der Führer der Radikalen, Paschitsch, bildete am 23. Februar ein neues Kabinett, das aus rein radikalen Mitgliedern zusammengesetzt war.

Dasselbe sprach in einem diplomatischen Rundschreiben den festen Willen aus, mit allen Staaten die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten und alle Kräfte der inneren Konsolidierung des Landes zuzuwenden; nach Petersburg erging aber eine besondere Note mit der Versicherung, die Beziehungen zu Rußland sollten mit der altüberlieferten Freundschaft und Sympathie und mit den Dankgefühlen des serbischen Volkes in Einklang gebracht werden. Denn die Radikalen schmeichelten sich ernstlich mit der Hoffnung, daß Rußland ihnen helfen werde, das großserbische Reich zu errichten. ...

Eine verdrießliche Schwierigkeit bereitete dem neuen Ministerium der Exkönig Milan, der im März 1891 plötzlich wieder in Belgrad erschien und, indem er seinen früheren Ministerpräsidenten Garaschanin, ... der Ermordung (1887) der Attentäterin Ika Markowitsch und ihrer Gefährtin Jelena Knitschanin im Kerker beschuldigte, einen großen Skandal hervorrief.

Garaschanin, durch die Anklage heimlicher Mitwissenschaft mit dem Mordanschlag auf Milan herausgefordert, schob in seiner Antwort an den "Grafen von Takowo" diesem die Schuld an der Erdrosselung der beiden Frauen zu. Doch gelang es der Regierung, Milan durch eine

Vorschußzahlung von 1 Million Dinar auf seinen Anteil an der Zivilliste zu dem Versprechen zu bewegen, bis zur Großjährigkeit des jungen Königs von Serbien fernzubleiben. ...<<

Italien: Im Verlauf der ersten Weltfriedenskongresse in Rom (1891) und in Budapest (1896) entwickeln Politiker aus verschiedenen Nationen umfassende Programme zur Friedenssicherung, die erstmalig nicht nur humanitäre Grundsätze berücksichtigen.

Papst Leo XIII. (Papst von 1878-1903) bestätigt im Jahre 1891 in einem Rundschreiben die Grundzüge der katholischen Sozialpolitik und lehnt den Sozialismus bzw. "Klassenkampf" ab (x069/73, x145/128): >>... Ein Grundfehler in der Behandlung der sozialen Frage ist sodann auch der, daß man das gegenseitige Verhältnis zwischen der besitzenden und der unvermögenden, arbeitenden Klasse so darstellt, als ob zwischen ihnen von Natur ein unversöhnlicher Gegensatz Platz griffe, der sie zum Kampf aufrufe. Ganz das Gegenteil ist wahr ...

Die Natur hat gewollt, daß im Körper der Gesellschaft jene beiden Klassen in einträchtiger Beziehung zueinander stehen und ein gewisses Gleichgewicht darstellen. Die eine hat die andere durchaus notwendig. Der Besitz ist auf die Arbeit angewiesen und die Arbeit auf den Besitz.<<

>>... Wie dem auch sei, so ist allen völlig klar, daß man der unteren Volksschicht schnell und wirksam helfen muß, da die ihr Angehörigen zum größten Teile in tiefer Verelendung ein menschenunwürdiges Dasein führen. Im letzten Jahrhundert wurden ja die alten Korporationen der Gewerbetreibenden beseitigt, ohne daß an ihre Stellen andere Sicherungen traten, und da das öffentliche Leben und die Gesetzgebung sich immer mehr auch von der überkommenen Religion loslösten, kam es allmählich dahin, daß die Arbeiter in schutzloser Vereinzelung dem unsozialen Geist der Besitzenden und dem Druck einer hemmungslosen Konkurrenz ausgeliefert waren.

Verschlimmert wurde dies alles durch den raffgierigen Wucher, der zwar schon oft und oft von der Kirche verurteilt wurde, dennoch aber von hab- und gewinnsüchtigen Leuten in moderner Form immer wieder getrieben wird. Schließlich sind der Produktionsprozeß und fast der ganze Handel unter die Verfügungsmacht nur weniger Menschen geraten, so daß eine verschwindend kleine Schicht gutgestellter und vermögender Leute eine breite Masse von Besitzlosen in beinahe sklavischer Abhängigkeit hält. ...<<

1892

Österreich-Ungarn: Ab 1892 beginnt mit der Gründung der polnischen sozialistischen Partei (PPS) der nationale Freiheitskampf unter Führung von Jozef Pilsudski (1867-1935, ab 1918 polnischer Staatschef). Diese polnische Nationalbewegung wird durch Rußland unterstützt.

1894

Österreich-Ungarn: Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" berichtet im Jahre 1894 über politische Unruhen in Böhmen (x269/23-24): >>Im Böhmerland gärt es. Seitdem dort die Jungtschechen die Oberhand haben, haben sie ihre Forderungen, die im wesentlichen in dem Satz gipfeln "Böhmen den Tschechen", immer rücksichtsloser verfochten, und der infolge dieser Agitationen über Böhmen verhängte Ausnahmezustand hat das Seine dazu beigetragen, die Gegensätze zu verschärfen.

Vor einiger Zeit war die Polizei in Prag einem Geheimbund, der sich Omladina nannte, auf die Spur gekommen, der zum größten Teil aus jugendlichen Mitgliedern bestand ...<<

1895

Österreich-Ungarn: Der österreichische Journalist Theodor Herzl schreibt im Jahre 1895 über seine Arbeiten für die Gründung eines "Judenstaates" (x043/345): >>... Ich arbeite seit einiger Zeit an einem Werk, das von unendlicher Größe ist. Ich weiß heute nicht, ob ich es ausführen werde. Es sieht aus wie ein mächtiger Traum. Aber seit Tagen und Wochen füllt es mich aus bis in die Bewußtlosigkeit hinein, begleitet mich überall hin, schwebt über meinen gewöhnlichen Gesprächen, blickt mir über die Schulter in die komisch kleine Journalistenar-

beit, stört mich und berauscht mich. ...<<

1896

Österreich-Ungarn: Der österreichische Journalist Theodor Herzl (1860-1904) veröffentlicht im Jahre 1896 sein Buch "Der Judenstaat". In diesem Buch fordert Herzl die Heimkehr des jüdischen Volkes nach Palästina.

Der Judenstaat (Palästina) soll den verstreuten Juden endlich wieder eine Heimat geben und damit die eigentlichen Wurzeln des Antisemitismus beseitigen.

Theodor Herzl schreibt in seinem Buch "Der Judenstaat" (x243/250, x261/158): >>... Es ist merkwürdig, daß wir Juden diesen königlichen Traum (einer Wiedererrichtung des Judenstaates) während der langen Nacht unserer Geschichte geträumt haben. Jetzt bricht der Tag an. ...

Ich halte die Judenfrage weder für eine soziale noch für eine religiöse. ... Sie ist eine nationale Frage, und um sie zu lösen, müssen wir sie vor allem zu einer politischen Weltfrage machen, die im Rate der Kulturvölker zu lösen sein wird. ...<<

>>... Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man läßt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwengliche Patrioten, vergebens bringen wir dieselben Opfer an Gut und Blut wie unsere Mitbürger, vergebens mühen wir uns, den Ruhm unserer Vaterländer in Künsten und Wissenschaft, ihren Reichtum in Handel und Verkehr zu erhöhen ...

Man wird uns nicht in Ruhe lassen. Nach kurzer Periode der Duldsamkeit erwacht immer und immer wieder die Feindseligkeit gegen uns. Unser Wohlergehen scheint etwas Aufreizendes zu enthalten, weil die Welt seit vielen Jahrhunderten gewohnt war, in uns die Verächtlichsten unter den Armen zu sehen. Dabei bemerkt man aus Unwissenheit und Engherzigkeit nicht, daß unser Wohlergehen uns als Juden schwächt und unsere Besonderheiten auslöscht. Nur der Druck preßt uns wieder an den alten Stamm, nur der Haß unserer Umgebung macht uns wieder zu Fremden.

So sind und bleiben wir denn, ob wir es wollen oder nicht, eine erkennbare Gruppe von historischer Zusammengehörigkeit, Wir sind ein Volk – der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu, wie das immer in der Geschichte so war. In der Bedrängnis stehen wir zusammen, und da entdecken wir plötzlich unsere Kraft. Ja, wir haben die Kraft, einen Staat und zwar einen Musterstaat zu bilden. Wir haben alle menschlichen und sachlichen Mittel, die dazu nötig sind. ...

... Palästina ist unsere unvergeßliche historische Heimstatt. Dieser Name allein wäre ein gewaltig ergreifender Sammelruf für unser Volk. ...<<

Der österreichische Journalist Theodor Herzl schreibt später über die Arbeiten an seinem Buch "Der Judenstaat" (x043/345): >>... Während der letzten zwei Monate meines Aufenthaltes in Paris schrieb ich das Buch DER JUDENSTAAT. Ich erinnere mich nicht, je etwas in so erhobener Stimmung wie dieses Buch geschrieben zu haben".

Heine sagt, daß er die Schwingen eines Adlers über seinem Haupte rauschen hörte, als er gewisse Verse niederschrieb. Ich glaubte auch an so etwas wie ein Rauschen über meinem Haupte, als ich dieses Buch schrieb. ...

Als ich mein Buch beendet hatte, bat ich einen meiner ältesten und besten Freunde, das Manuskript zu lesen. Während er las, fing er plötzlich zu weinen an. Ich fand diese Erregung ganz natürlich, da er ein Jude war, ich hatte ja auch manchmal beim Schreiben geweint.

Aber zu meiner Bestürzung gab er einen ganz anderen Grund für seine Tränen an. Er dachte ich wäre irrsinnig geworden, und da er mein Freund war, machte ihn mein Unglück sehr traurig.<<

1899

Österreich-Ungarn: Der Österreicher Josef Lanz (1874-1954, ein ehemaliger Zisterzienser-

Mönch) hält schon im Jahre 1899 antijüdische Hetzreden unter Hakenkreuzfahnen. Lanz "predigt" damals von einer "blondblauen Edelrasse" und nennt die Juden abfällig "Sodoms Äfflinge". Für alle "minderwertigen Rassen" soll es nur Versklavung geben.

In jener Zeit breitet sich in allen österreichischen Provinzen ein radikaler Nationalismus aus, der sich in erster Linie gegen die Serben und Tschechen, später auch verstärkt gegen die Juden richtet.

Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski schreibt im Jahre 1899 in der Lemberger Zeitung "Przeglad Wszechpolski" ("Allpolnische Rundschau") (x309/77-78): >>... In dem Nationalkampfe kann die Parole nur lauten: 'Wir oder ihr'. Das ist wirklich ein Kampf auf Leben und Tod, denn es ist kein Polen denkbar ohne Oberschlesien, ohne Posen, ohne Westpreußen, auch sogar ohne Ostpreußen.

Für den preußischen Staat bedeutet der Verlust dieser Provinzen, deren Grenzen nur wenige Meilen von Berlin entfernt liegen, gleichsam Vernichtung, Umsturz seiner Macht, sogar Verlust seines Namens. ... Preußen verlöre den vierten Teil seiner Bevölkerung und würde zum Standpunkte und zur Benennung 'Brandenburg' zurückfinden. ...

Wir können nicht zugeben, daß man uns aus der Wiege unseres Landes und unserer Nation hinausdrängt und uns hindert an das Meer zu gelangen, eine für die Entwicklung einer großen zeitgemäßen Nation unumgängliche Bedingung.<<

Niederlande: In Den Haag findet im Jahre 1899 die 1. Internationale Friedenskonferenz statt. An dieser Konferenz nehmen 26 Staaten teil. Mehrere Staaten (auch das Deutsche Reich) wehren sich vor allem gegen die vorgeschlagenen Rüstungsbeschränkungen.

Während dieser Friedenskonferenz wird der Haager Schiedsgerichtshof gegründet und am 19. Juli 1899 die sog. "Haager Landkriegsordnung" abgeschlossen, um eine weitere "Humanisierung" der Kriegsführung zu erreichen. Wesentliche Abmachungen der "Haager Landkriegsordnung" betreffen die Schonung und Schutz der Zivilbevölkerung, der Kriegsgefangenen, der Verwundeten und Kranken, die Beschränkung der Herstellung und Verwendung von Waffen, die unnötige Leiden verursachen sowie den Schutz des Privateigentums.

1900

Österreich-Ungarn, Serbien: Infolge der ungarischen Unterdrückungspolitik rücken die seit uralten Zeiten verfeindeten Serben und Kroaten näher zusammen und verbünden sich nach 1900 gegen die Deutschen (Pan- bzw. Jugoslawismus).

Der deutsche Redakteur und Historiker Ekkehard Kuhn schreibt später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den slawischen Nationalismus (x024/42): >>Der Panslawismus, die Idee von der Einheit aller slawischen Völker, hat nicht nur den Zusammenhalt des Habsburger Reiches untergraben, er diente auch als Richtlinie der russischen Außenpolitik und erlaubte es dem Zaren, als Repräsentant der slawischen Vormacht, als Sprecher und Beschützer aller Slawen aufzutreten - eine entscheidende Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg erschienen obskure Landkarten, in denen slawischen Staaten das ganze im frühen Mittelalter einmal slawisch besiedelte Gebiet Mitteleuropas einnahmen. Die Deutschen sollten auf ein Reservat im Westen zurückgedrängt werden. Das waren gewaltige Übersteigerungen, die natürlich nicht von allen geteilt wurden, auch nicht als Wunschtraum. Aber sie kennzeichnen doch den slawischen Nationalismus und dessen Expansionsgelüste ...<<

1903

Serbien: Serbische Offiziere, unter Führung des Nationalisten Dragutin Dimitrijevic, ermorden im Jahre 1903 in Belgrad König Alexander I. (1876-1903, seit 1889 König von Serbien), seine Ehefrau, den serbischen Ministerpräsidenten und weitere Regierungsmitglieder (x175/-35). König Alexander I. wird vermutlich die geplante Annäherung an Österreich-Ungarn zum

Verhängnis.

Nachfolger des ermordeten Königs wird Peter I. von Serbien.

Peter I. (1844-1921, ab 1903 König der Serben, seit 1918 König der Serben, Kroaten und Slowenen) ist ein begeisterter Anhänger des radikalen "Jugoslawismus". Die "großserbische Bewegung" nimmt danach gefährliche Formen an.

1905

Österreich-Ungarn: In Mähren gelingt im Jahre 1905 der seit 1898 vorbereitete "Mährische Ausgleich" (Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen). In Böhmen scheitern die österreichisch-tschechischen Verhandlungen.

Wegen mangelnder Leistungen und fehlender Disziplin scheitert Hitler auch an der Staatsoberrealschule in Steyr und geht 1905 ohne die erhoffte "Mittlere Reife" ab.

1906

Österreich-Ungarn: Vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts wird im Jahre 1906 vereinbart, daß Böhmen durch 75 tschechische und 55 deutsche Abgeordnete vertreten werden soll.

Angesichts der äußerst radikalen anti-österreichischen Politik Serbiens werden die Österreicher zusehends unruhiger. Da Serbien vielerorts als der Urheber zahlreicher Schwierigkeiten angesehen wird, fordern österreichische Generäle bereits eine sofortige Besetzung Serbiens. Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand (1863-1914) lehnt damals jedoch militärische Lösungen ab und versucht den Serben wirtschaftlich beizukommen.

Um Serbien in die Schranken zu weisen, verhängt Österreich-Ungarn z.B. eine Viehimportsperrre. Serbien übersteht diesen sogenannten "Schweinekrieg" (1906-1908) jedoch mit französischer Kapitalhilfe (x061/359).

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über den sogenannten "Schweinekrieg" von 1906-1908 (x307/56): >>... Allerdings war diese Maßnahme (für Österreich) kontraproduktiv, weil Serbien rasch andere Exportmärkte fand (insbesondere in Deutschland, Frankreich und Belgien) und nunmehr anfang, in großem Stil Schlachthöfe zu bauen. ... Schließlich verschaffte sich Belgrad nicht über Wien einen hohen Kredit, sondern über Paris (im Gegenzug für Rüstungsaufträge bei französischen Firmen). ...<<

1907

Österreich-Ungarn: Die Reichstagswahlen (erstmalig gilt ein allgemeines Wahlrecht) in Österreich-Ungarn besiegeln im Jahre 1907 die slawische Mehrheit (233 deutsche gegen 265 slawische Abgeordnete bei 28 Fraktionen) im arbeitsunfähigen Reichsrat (x061/357).

Hitlers Mutter Klara stirbt im Jahre 1907 mit 47 Jahren an den Folgen einer unheilbaren Krankheit. Hitler wird durch den frühen Tod seiner Mutter schwer erschüttert, denn im Gegensatz zum despotischen, spießbürgerlichen Vater Alois (gestorben 1903), den Hitler haßte, verehrte er seine Mutter beinahe abgöttisch.

1908

Österreich-Ungarn: Da Österreich eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtet bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen will, annektiert Österreich im Jahre 1908 die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina.



Abb. 50 (x237/220): "Der kochende Kessel" (Karikatur aus der englischen Zeitschrift "Punch", 1908).

Die Annexion erfolgt ohne die Zustimmung der "Berliner Kongreßmächte". Das Deutsche Reich wird außerdem nicht über die österreichisch-russischen Geheimverhandlungen (Konferenz von Buchlau am 16. September 1908) informiert (x063/467).

Mit dieser schicksalhaften Annexion der strategisch überaus wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina verhindern die Österreicher, daß Serbien den angestrebten direkten Zugang zur Adria erhält. Serbien droht zwar mit Krieg, aber Rußland ist nach dem russisch-japanischen Krieg (1904-05) und der Revolution (1905) noch viel zu schwach, um gegen Österreich-Ungarn und das verbündete Deutsche Reich anzutreten.

Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow lehnt damals die österreichischen Kriegsabsichten

("Abrechnung mit Serbien") strikt ab. Nach deutscher Fürsprache kann der gefährliche Konflikt zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Rußland schließlich friedlich beigelegt werden. Die überflüssigen Warnungen der deutschen Regierung werden von den empfindlichen Russen als große Demütigungen empfunden.

Der Balkan bleibt weiterhin ein äußerst gefährlicher Konfliktherd, aber das Deutsche Reich hält trotz der bedrohlichen Lage starrsinnig an der bisherigen Bündnispolitik fest.

Die Jungtschechen fordern im Jahre 1908 weiterhin einen eigenen Staat und den Zusammenschluß mit den Slowaken (x184/19).

Jozef Pilsudski (1867-1935, ursprünglich Sozialist) organisiert ab 1908 in Krakau (Galizien) bewaffnete Einheiten, die jahrelang als Schützenvereine getarnt werden. Die polnischen Behörden in Österreich-Polen dulden die Bildung der Armeekader, so daß Pilsudski bis 1914 fast 200 Schützenverbände aufstellen kann (x064/114).

Der kunstbegeisterte Hitler zieht mit großen Zukunftsplänen nach Wien. Hier träumt Hitler von einer glorreichen Künstlerkarriere. Er lebt als "Kunstmaler" größtenteils vom elterlichen Erbe und einer relativ hohen Waisenrente. Im Jahre 1908 bewirbt sich der junge Mann zum 2. Mal an der Wiener Akademie für Bildende Künste, aber man lehnt ihn wieder wegen mangelnder "künstlerischer" Begabung und nicht ausreichender Leistungen ab.

1909

Österreich-Ungarn: Das arbeitsunfähige österreichisch-ungarische Parlament wird im Jahre 1909 nur noch mit dem Verordnungsrecht regiert.

Als Hitlers Ersparnisse allmählich verbraucht sind, schlägt sich der 20jährige Müßiggänger mit seiner Waisenrente (bis 1910) und unregelmäßigen Gelegenheitsarbeiten durch. Der gescheiterte "Künstler" malt z.B. kleine Ölbilder nach Postkartenvorlagen, die er vor allem an reiche Wiener Juden verkauft. Praktische, körperliche Arbeiten lehnt der "egozentrische Künstler" und "Frührentner" grundsätzlich ab.

1911

Serbien: In Serbien gründen im Jahre 1911 fanatische, radikale serbische Nationalisten die Geheimorganisation "Schwarze Hand" (Ziel: "Slawische Vereinigung oder Tod").

Der australische Historiker Christopher Clark berichtet später über die serbische Geheimorganisation "Schwarze Hand" (x307/68-69): >>... Die Bewegung wahrte strenge Geheimhaltung. neue Rekruten legten in einem abgedunkelten Raum vor einer Gestalt mit Kapuze den Eid ab, unter Todesstrafe der Organisation bedingungslosen Gehorsam zu leisten.

Ich (Name) schwöre, mit dem Eintritt in die Organisation "Vereinigung oder Tod", bei der Sonne, die mich wärmt, bei der Erde, die mich nährt, vor Gott, bei dem Blute meiner Vorfahren, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich von diesem Moment an bis zum Tode die Gesetze dieser Organisation treu befolgen werde und daß ich immer bereit sein werde, jedes Opfer für sie zu bringen

Ich schwöre vor Gott, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich alle Aufträge und Befehle fraglos ausführen werde.

Ich schwöre vor Gott, bei meiner Ehre und meinem Leben, daß ich alle Geheimnisse dieser Organisation mit ins Grab nehmen werde.

Mögen Gott und meine Kameraden in der Organisation meine Richter sein, falls ich jemals, ob wissentlich oder nicht, diesen Eid brechen sollte.

... Bis Ende 1911 war die Zahl der Mitglieder auf 2.000 bis 2.500 angewachsen ...<<

1912

Österreich-Ungarn: Um die österreichischen Militärbehörden abzuschütteln und weil ihm ab 1912 die nötigen Mittel fehlen, übernachtet Hitler fast nur noch in Männerwohnheimen oder im Obdachlosenasyll. Dort fällt der schwächliche junge Mann bereits durch seine fanatischen Reden und radikalen Ansichten auf. Ansonsten ist Hitler dauernd vor irgendwelchen Gläubi-

gern und der österreichischen Musterungskommission (seit 1909) auf der Flucht.

Im Verlauf seines unsteten Lebens trifft der verbitterte, kleinbürgerliche und naive Hitler in Wien zahlreiche fanatische und zwielichtige Gestalten, die sein weiteres Leben entscheidend beeinflussen (wie z.B. die stadtbekanntesten Judenhasser Karl Lueger und Adolf Lanz sowie den fanatischen Nationalisten Georg von Schönerer, der später Hitlers politische Leitfigur wird).

Hitler kennt keine Langeweile, denn der arbeitsscheue Lebenskünstler ist ein fanatischer Leser.

Während seiner Lesesucht "verschlingt" Hitler praktisch jeden Lesestoff, den er bekommen kann. Er liest Broschüren, Bücher und Zeitschriften über Religion, Militär, Medizin, Kunst und primitive, rechtsradikale Gelegenheitslektüre. Hitler erwirbt dadurch zwar ein umfangreiches, aber oftmals nur naives und äußerst oberflächliches Allgemeinwissen.

Hitler, der unerschütterlich an sein unwissenschaftliches, begrenztes Weltbild glaubt, entwickelt sich allmählich zu einer Person, die kein selbstkritisches bzw. normales Urteilsvermögen mehr besitzt. Hitlers Weltanschauung wird besonders durch primitive Rassentheorien beeinflusst. Er verliert schon bald jegliche christliche, humane Gesinnung.

In Hitlers Wahnvorstellungen nimmt vor allem der Antisemitismus eine Sonderstellung ein. Der jüdische Mensch wird für Hitler zu einem "Untermensch" und Parasit der Völker, der ausgemerzt werden muß.

Balkanstaaten: Die Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland schließen sich im Jahre 1912 unter russischer Leitung zum "Balkanbund" gegen das Osmanische Reich zusammen (x054/169). Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führt (1911/12), nutzt der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und greift das Osmanische Reich an.

Die angeschlagenen Türken werden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und müssen Mazedonien räumen. Italien verhindert aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über die Balkankriege 1912/13 (x057/192): >> Von Rußland beeinträchtigt, begannen die 4 Balkanmächte Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland den Krieg gegen die Türkei wegen der Aufteilung der europäischen Türkei (1. Balkankrieg 1912).

Aber ein Streit um die Beute führte zum Krieg Bulgariens gegen die übrigen Balkanstaaten, denen sich Rumänien anschloß (2. Balkankrieg 1913) und endete mit einer Niederlage Bulgariens. Die europäische Türkei wurde aufgeteilt (mit Ausnahme von Konstantinopel und Adrianopel) und als neuer Staat das Fürstentum Albanien errichtet. Hierüber zeigte sich Serbien bitter enttäuscht, obwohl es einen reichen Gebietszuwachs erlangt hatte und entfaltete eine großserbische Bewegung, die sich vor allem gegen Österreich-Ungarn richtete.

Die Balkankrise bedeutete eine ständige europäische Kriegsgefahr und war begleitet von einem Wettrüsten der Großmächte. Frankreich führte die dreijährige Dienstzeit ein, so daß sein Heer trotz der geringeren Einwohnerzahl größer war als das deutsche (1913). Es ergänzte seine Bündnisse durch Militärabkommen mit England und traf geheime Abmachungen mit Belgien, nachdem mit Rußland schon seit 1892 eine Militärkonvention abgeschlossen worden war. Rußland baute mit französischen Geldern sein Eisenbahnnetz in Polen aus und verstärkte sein Heer auf die Zahl von 2 ¼ Millionen. Auch zwischen England und Rußland wurde über eine Marinekonvention verhandelt.

Demgegenüber bestanden zwischen den Dreibundmächten keine militärischen Verabredungen. Deutschland verstärkte zwar seine Rüstung ebenfalls, aber wesentlich bescheidener infolge des Widerstandes der Linken im Reichstag (Wehrvorlage 1913).

Andererseits fehlte es nicht an Verständigungsversuchen zwischen Deutschland und England, die wegen eines Neutralitätsabkommens miteinander verhandelten, ohne ein Ergebnis zu erzielen; denn England forderte immer wieder die Beschränkung der deutschen Flotte, obwohl die englische Flottenstärke der deutschen weit überlegen war. Die Isolierung Deutschlands

war vollendet, die Spannung aufs höchste gestiegen.<<

Albanien: Das "Unabhängigkeitslied" des Aleksander Stavre Drenova (1872-1947) wird im Jahre 1912 zur Nationalhymne Albaniens erklärt (x230/9):

>>Die Fahne, die im Kampf uns einte,
Bereit zum Schwur uns alle fand;
Ein Sinn, ein Ziel, bis frei vom Feinde
Und ohne Schmerz ist unser Land.
Wir stehn im Kampf für Recht und Freiheit,
Des Volkes Feinde stehn allein.
Der Held sein Leben unserm Lande weihet,
Noch sterbend wird er tapfer sein.

In unsern Händen blitzen Waffen,
Sie geben unserm Lande Schutz.
Sie sichern uns das Recht zum Schaffen
Und bieten jedem Feinde Trutz
Wir stehn im Kampf ...<<

1913

Österreich-Ungarn: Österreich-Ungarn und Rußland verhandeln Anfang 1913 über die Expansionspläne Serbiens (x233/144): >>Rußland erklärte, daß es eine Vernichtung Serbiens nicht zulassen würde, Österreich verkündigte, es werde eine maßlose Vergrößerung Serbiens nicht hinnehmen, Zwischen diesen beiden Vetos handelte es sich darum, ein Mittel zu finden, um den Frieden am Leben zu erhalten. ...<<

Der tschechische Panslawist Karel Kràmàr (1860-1937, 1918/19 erster Ministerpräsident der Tschechoslowakei) erklärt damals im Reichstag, daß die Tschechen den Tag herbeisehnen würden, an dem sie vom Böhmerwald bis Wladiwostok in einem Reich leben dürften (x206/25).

Rußland: Der russische Außenminister Sergei Sasonow (1860-1927) informiert im Mai 1913 Nikolaus von Hartwig (1857-1914, seit 1909 russischer Botschafter in Serbien) über die zukünftige politische Entwicklung Serbiens (x307/453): >>Um sein Bestimmungsziel zu erreichen, muß es noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dessen Verlauf seine ganze Existenz auf dem Spiel steht. ...

Das gelobte Land Serbien liegt im Territorium des heutigen Österreich-Ungarn und nicht in der Richtung, in die es derzeit strebt, wo die Bulgaren ihm den Weg verstellen. Unter diesen Bedingungen liegt es im vitalen Interesse Serbiens, ... sich durch zielstrebige und geduldige Arbeit in einen Zustand der Bereitschaft für den unausweichlichen künftigen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und für den Sturz seiner Feinde, die bereits eindeutige Anzeichen des Verfalls aufweisen. ...<<

Stalin schreibt im Jahre 1913 in seinem Buch "Nationale Frage und Marxismus" über den Begriff "Nation" (x156/9): >>Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart. ... Es muß hervorgehoben werden, daß keines der angeführten Merkmale, einzeln genommen, zur Begriffsbestimmung der Nation ausreicht. Mehr noch: Fehlt nur eines dieser Merkmale, so hört diese Nation auf, eine Nation zu sein. ...<<

Balkanstaaten: Im Verlauf der Bündnisverhandlungen des Jahres 1913 zwischen Bulgarien und Serbien erklärt der bulgarische Ministerpräsident vor dem Beginn des Balkankrieges (x233/144): >>... Gewiß, wenn die Liquidation der Türkei mit einem Zerfall Österreich-Ungarns Hand in Hand ginge, wäre die Lösung viel einfacher: Serbien erhielte Bosnien und

die Herzegowina, Rumänien Siebenbürgen und wir hätten nicht mehr das Eingreifen Rumäniens während unseres Krieges gegen die Türkei zu fürchten. ...<<

Als sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen können, greift Bulgarien Serbien an (Mai 1913). Danach beteiligen sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg (1913).

Bulgarien wird bis August 1913 entscheidend besiegt und muß z.B. Mazedonien, die Dobrukscha und Kreta abtreten.

Während des 2. Balkankrieges können Serbien und Griechenland zwar nochmals große Gebietsgewinne erzielen, aber Serbien wird trotzdem wieder maßlos enttäuscht. Österreich verteidigt angesichts der Unterstützung durch das Deutsche Reich (Dreibund) entschlossen die Selbständigkeit Albaniens (seit 1912/13 unabhängig) und fordert Serbien auf (Ultimatum vom 18.10.1913), die besetzten albanischen Gebiete innerhalb von 8 Tagen zu räumen. Als Serbien am 25.10.1913 die Truppen aus Albanien abzieht, ist die akute Kriegsgefahr zunächst gebannt und Albanien versperrt Serbien weiterhin den angestrebten direkten Zugang zur Adria.

Bulgarien: Am 29. September 1913 vereinbaren Bulgarien und das Osmanische Reich erstmalig eine Bevölkerungsumsiedlung in Europa (jeweils etwa 50.000 Staatsbürger).

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x056/79) = Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3.</u> Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte.</u> Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Band 2.</u> Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche.</u> Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV.</u> Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x087	Möller, Horst (Hg.): <u>Der rote Holocaust und die Deutschen.</u> Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.

x141	Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert. 6. Auflage. Frankfurt/Main 1989.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte.</u> 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 2.</u> Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x184	Längin, Bernd G.: Unvergessene Heimat Sudetenland. Augsburg 1994.
x199	Rang, Martin, und Otto Schliiske: Die Geschichte der Kirche. 3. durchgesehene Auflage. Göttingen 1952.
x206	Hemmerle, Rudolf: Sudetenland. Lexikon. Geografie, Geschichte, Kultur. Augsburg 1996.
x230	Reclam, Philipp (Hg.): <u>Nationalhymnen.</u> Text und Melodien. 6. revidierte und veränderte Auflage. Stuttgart 1993.
x233	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 5.</u> Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3.</u> Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4.</u> Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x253	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band III.</u> Vom Fürstentum zur Bürgerfreiheit. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x254	Klett, Ernst (Hg.): <u>Lebendige Vergangenheit. Band IV.</u> 2. Auflage. Stuttgart 1954.
x261	Günther-Arndt, Hilke, und Jürgen Kocka (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 3.</u> Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Das 19. Jahrhundert. 1. Auflage. Berlin 1986.
x263	Ripper, Werner u.a. (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 2.</u> Von der bürgerlichen Revolution bis zum Imperialismus. 1. Auflage der Neubearbeitung. Frankfurt/Main, Berlin, München 1974.
x269	Ferber, Christian (Hg.): <u>Berliner Illustrierte Zeitung.</u> Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x272	Mickel, Wolfgang W. u.a. (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 1.</u> 1789-1914. Frankfurt/Main 1985.
x273	Kuhr, J. und Löser, J. (Hg.): Lesebuch für landwirtschaftliche Schulen. 5. sorgfältig bearbeitete Auflage. Stuttgart 1907.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können.</u> Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x307	Clark, Christopher: <u>DIE SCHLAFWANDLER.</u> Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle.</u> Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.

Internet

x801	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 1. Band: A - Atlantid. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x803	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 3. Band: Blattk - Chim. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x809	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 9. Band: Irid - Königsg. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x810	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 10. Band: Königsh - Luzo. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x811	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 11. Band: Luzu - Natha. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x812	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 12. Band: Nathu - Phlegm. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x814	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 14. Band: Rue - Soda. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x815	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 15. Band: Sodb - Urali. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x816	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 16. Band: Urals - Z. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x818	Meyers Konversationslexikon. Autorenkollektiv, Verlag des Bibliographischen Instituts. 18. Band: Jahres-Supplement 1890-1891. Vierte Auflage. Leipzig/Wien 1885-1892. http://www.retrobibliothek.de - September 2013.
x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.